



universität
wien

Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

Internationale Strategien zur Prävention moderner
Sklaverei in den 1990er Jahren und im 21.
Jahrhundert

Verfasserin

Mag.phil. Angelika Maria Löhr

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 066 805

Studienrichtung laut Studienblatt: Globalgeschichte

Betreuerin: Univ.-Doz. Susan Zimmermann

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Einleitung</i>	3
<i>II. Definitionen moderner Sklaverei</i>	5
<i>III. Internationale Konventionen zur Abschaffung und Prävention der Formen moderner Sklaverei unter besonderer Berücksichtigung von Zwangsarbeit</i>	9
III.1 Maßnahmen der ILO gegen moderne Sklaverei	10
III.2 Die ILO-Konventionen zur Abschaffung von Zwangsarbeit	12
III.2.1 Die Forced Labour Convention 29, 1930	12
III.2.2 Die Abolition of Forced Labour Convention C 105, 1957	14
III.3 Die Umsetzung der ILO-Konventionen aus Perspektive der ILO	14
III.4 Maßnahmen des Völkerbundes und der United Nations gegen moderne Sklaverei	29
III.4.1 UNO-Konvention zur Abschaffung von Sklaverei, SklavInnenhandel, Institutionen und Praktiken 1956	30
III.4.2 Das UNO- FACT-Sheet N0.14 zu moderner Sklaverei 1991	31
III.5 Kritik an den Maßnahmen von UN und ILO gegen Sklaverei	32
<i>IV. Human Trafficking als moderner SklavInnenhandel</i>	35
<i>V. Internationale Kinderarbeit als besonderes Problemfeld im Kontext moderner Sklaverei</i>	49
V.1 Die ILO-Arbeit gegen Kinderarbeit	53
V.1.1 Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit, ILO Convention 182, 1999	53
V.1.2 Umsetzung der Regelungen zur Abschaffung von Kinderarbeit aus Perspektive der ILO	54
V.2 Weitere Aspekte der Bestrebungen zur Abschaffung von Kinderarbeit	61
<i>VI. Alternative Ansätze zur Abschaffung moderner Sklaverei</i>	67
<i>VII. Conclusio</i>	80
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	85
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	86
<i>Zusammenfassung</i>	91
<i>Abstract</i>	92
<i>Lebenslauf</i>	94

I. Einleitung

Moderne Sklaverei ist auch im 21. Jahrhundert ein globales Phänomen. Wie Sklaverei in der Gegenwart aussehen kann und wie sie sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt hat, soll in dieser Arbeit herausgearbeitet werden. Kern der Arbeit soll jedoch sein, welche Strategien sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gegen Sklaverei entwickelt haben. Das Hauptaugenmerk soll auf die Entwicklungen der 1990er Jahre und das beginnende 21. Jahrhundert gelegt werden. Es soll erhoben werden, in welcher Weise die Abschaffung moderner Sklaverei in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben wurde, welche Maßnahmen es gibt und insbesondere, wie diese umgesetzt werden.

In dieser Arbeit sollen eingangs Begrifflichkeiten und Definitionen moderner Sklaverei vorgestellt und diskutiert werden. Wichtig ist mir hierbei, zu zeigen wie der Begriff der modernen Sklaverei unterschiedlich aufgefasst werden kann und wie er in dieser Arbeit verwendet wird. Auch soll festgehalten werden, welche einzelnen Arbeitssituationen heute als moderne Sklaverei verstanden werden.

Ein zentraler Teil der Master Thesis ist der Arbeit internationaler Organisationen in Hinblick auf moderne Sklaverei gewidmet. Konkret habe ich die ILO (Internationale Arbeitsorganisation), die UN (Vereinte Nationen) und die IOM (Internationale Organisation für Migration) fokussiert, welche Konventionen und Berichte zur modernen Sklaverei verfasst haben und laufend verfassen. Auch ist für mich von Interesse, inwiefern die genannten politischen, internationalen Organisationen sich aktiv an der Ausrottung von moderner Sklaverei beteiligen und wie sie die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte einschätzen. Als Maßstäbe für die Umsetzung sollen vor allem Einschätzungen der Organisationen selbst herangezogen werden, welche sie in regelmäßigen Abständen publizieren. Neben den politischen, internationalen Institutionen soll auch die Position von INGOs (Internationale Non-Government-Organisationen) bei der Abschaffung moderner Sklaverei miteinbezogen werden. Es soll aufgezeigt werden, welche Vorgehensweise alternativ zu den Konzepten der politischen Organisationen noch gegen moderne Sklaverei angewendet werden kann und wie INGOs die Situation moderner Sklaverei und die Entwicklung der letzten Jahrzehnte einschätzen. Dadurch soll auch eine kritische Perspektive auf die politische Arbeit gegen

moderne Sklaverei gewonnen werden. Exemplarisch nennen möchte ich hierfür Anti-Slavery International und Free the Slaves, wobei erstere eine lange Tradition beim Kampf gegen die Abschaffung von Sklaverei hat, aber die auch beide in den für diese Arbeit besonders relevanten letzten beiden Jahrzehnten aktiv um die Ausrottung von Sklaverei bemüht waren. Durch die Analyse der Arbeit politischer und non-politischer internationaler Organisationen gegen moderne Sklaverei soll herausgearbeitet werden, welchen Stellenwert in der modernen Welt die Abschaffung von Sklaverei hat und warum trotz globalem Engagement moderne Sklaverei nach wie vor so verbreitet ist. Mit politischen Organisationen sind internationale Einrichtungen gemeint, die wie die UN und die ILO auch aus nationalen RegierungsvertreterInnen bestehen, die von den einzelnen Staaten abgesandt werden. Non-politische Organisationen entstanden jedoch aus privater Initiative und sie sind in ihrer Arbeit unabhängig von Regierungen.

Die zentralen Forschungsfragen sind demnach also Folgende:

- I. Wie arbeiten politische und nicht-politische internationale Organisationen gegen moderne Sklaverei?
- II. Welche Gründe sehen sie für den Fortbestand moderner Sklaverei?
- III. Warum ist bis heute trotz des internationalen Engagements von Organisationen moderne Sklaverei weltweit nach wie vor existent?

Um die Arbeit der Organisationen evaluieren zu können, ziehe ich von ihnen publizierte Dokumente heran. Um die besondere Komplexität der einzelnen Formen moderner Sklaverei verdeutlichen zu können, sollen Kinderarbeit und Menschenhandel als Sonderformen separat eingehend behandelt werden. Dies begründet sich darin, dass Kinderarbeit in der globalen Arbeitswelt sehr verbreitet ist und die Einordnung von Kinderarbeit als moderne Sklaverei sehr strittig ist. Zudem ist das öffentliche Bewusstsein um die Problematiken von Kinderarbeit besonders geschärft. Aus diesem Grund sind Fortschritte in der Abschaffung von Kinderarbeit für meine Erhebung interessant. Menschenhandel ist im Kontext moderner Sklaverei ebenfalls von spezifischem Interesse für mich, denn Menschenhandel ist der moderne SklavInnenhandel. Der Handel mit Menschen ist in vielerlei Hinsicht eine Voraussetzung für die Verbreitung moderner Sklaverei, da die SklavInnen über die zahlreichen Transportnetzwerke an ihren Bestimmungsort gelangen und auf diese Weise die Nachfrage nach ihnen befriedigt wird. Dieser

Mechanismus zwischen Angebot und Nachfrage, mit seinen Ursachen und Wirkungen soll in einem eigenen Kapitel umfassend behandelt werden. Strategien zur Abschaffung von Menschenhandel sind demnach bei der Ausrottung moderner Sklaverei von großer Bedeutung. Ist der Transfer von SklavInnen unterbunden und die Nachfrage kann nicht mehr befriedigt werden, müssen UnternehmerInnen neue Wege finden, um ihre Produktion aufrechtzuhalten. Gerade durch die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sind die Möglichkeiten für Menschenhandel optimiert worden. Zugleich können globale Vernetzungen aber auch den Kampf gegen Menschenhandel stärken. In welcher Weise dies geschieht und welche Pläne verfolgt werden um dies in Zukunft vermehrt zu tun, soll in dem auf Menschenhandel konzentrierten Kapitel festgestellt werden.

Meine Perspektive zur Thematik von moderner Sklaverei ist also in erster Linie auf Strategien zur Bekämpfung der Formen moderner Sklaverei im Laufe des 20. Jahrhunderts und im 21. Jahrhundert fokussiert, wobei der Schwerpunkt auf den vergangenen beiden Jahrzehnten liegen soll. Anhand der Entwicklungen in der Bekämpfung moderner Sklaverei sollen die Stärken und Schwächen der Konzepte herausgearbeitet werden, welche in den verschiedenen internationalen Organisationen zur Anwendung kommen. Die praktische Anwendung der Strategien soll anhand von Berichten und Evaluierungen, welche die einzelnen Organisationen publiziert haben, festgehalten werden.

II. Definitionen moderner Sklaverei

„The abolition of slavery remains an unfulfilled promise“ (Skinner 2008: 7)

Das Verbot des transatlantischen SklavInnenhandels im 19. Jahrhundert schien ein viel versprechender Schlag gegen die Sklaverei zu sein. Im 21. Jahrhundert, ist die Sklaverei illegal, und existiert nach wie vor. (Vgl. Skinner 2008: 7-8)

Menschenhandel ebenfalls ist verbreitet im 21. Jahrhundert. Menschen werden also gegen ihren Willen mit Gewalt, Bedrohung und unter falschen Versprechungen verschleppt. Ihr Schicksal ist vielfältig. Menschenhandel ist ein Kernstück der Strukturen von Sklaverei.

Es ist vielfach schwer nachzuvollziehen, warum und in welcher Weise Sklaverei heute existiert und welche Mittel dagegen zu ergreifen wären. Die Geschichte der Abschaffung von Sklaverei hat im späten 18. Jahrhundert begonnen und dauert nach wie vor an. Obwohl seit über 200 Jahren gegen Sklaverei gekämpft wird, besteht sie also weiterhin. Waren das große Engagement und die vielen Bewegungen in der Vergangenheit umsonst? Ist eine Abschaffung von Sklaverei weltweit überhaupt umsetzbar, wenn es schon so lange Bestrebungen gibt, endlich ans Ziel zu kommen? (Vgl. Bales 2007: 10-11)

Welche Variationen von Definitionen es heute für Sklaverei gibt, soll in diesem Kapitel zusammengefasst werden, bevor in den folgenden Kapiteln im Detail auf einzelne Formen moderner Sklaverei und insbesondere auf die Umsetzung von Maßnahmen gegen moderne Sklaverei und deren Entwicklung in den 1990er Jahren und im 21. Jahrhundert eingegangen werden soll.

Die Darstellung der Definitionen soll zeigen, was heute unter Sklaverei verstanden werden kann und zu verdeutlichen, wie verbreitet Sklaverei auch im 21. Jahrhundert ist.

Sowohl Sklaverei wie auch Menschenhandel gelten vielen eher als historisches Phänomen, denn als gegenwärtiges. Beide Phänomene werden in der Gegenwart oft verdeckt, umschrieben, verleugnet. Die Ausbeutung von Arbeitskräften durch Konzerne als Form moderner Sklaverei ist nur eine von vielen Variationen. Auch stellt sich hier bereits die Frage, wo die Ursachen für diese Form moderner Sklaverei liegen.

Um zu zeigen, was heute unter Sklaverei verstanden werden kann, möchte ich wiedergeben, welche aktuellen Definitionen von Sklaverei es gibt. Zunächst die Positionen der Sklavereiexperten Skinner und Bales zusammenfassen. Weiters soll auch die Perspektive der INGO Anti-Slavery International wiedergegeben werden, die sich intensiv mit der Definition moderner Sklaverei befasst und einzelne Formen moderner Sklaverei nennt und erklärt.

Sklaverei ist nach Skinner mehr als grausame Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. SklavInnen erhalten tatsächlich gerade genug um zu überleben. Zudem ist ihre persönliche Freiheit stark eingeschränkt. Sie leben unter Zwang und meist unter Gewalt. Diese Umstände prägen die Identität stark. Oft wird moderne Sklaverei also mit verbreiteten Benachteiligungen wie unterbezahlter Arbeit und

Ausbeutung der Arbeitskraft gleichgesetzt, obwohl es Sklaverei in ihrer viel ursprünglicheren Form ebenfalls nach wie vor gibt. (Vgl. Skinner 2008: 133)

Die INGO Anti-Slavery International fasst ebenfalls Formen moderner Sklaverei zusammen. Demnach sind SklavInnen zur Arbeit gezwungen, besessen oder kontrolliert von einem/ ArbeitgeberIn, unter Druck gesetzt durch physische oder psychische Gewalt oder die Androhung dieser. Des Weiteren wird ihnen kein Status als Mensch zuerkannt. Sie werden regelrecht dehumanisiert und als Ware oder Besitz behandelt, gehandelt und verkauft. Auch ist ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt, entweder indem sie physisch festgehalten werden oder aber auch durch entsprechende Vorschriften. (Vgl. Definition moderner Sklaverei, Anti-Slavery International 2009) Anti-Slavery International nennt verschiedene Typen von Sklaverei auf ihrer Homepage und nennt auch stets besonders betroffene Gruppen. Was als „Bonded Labour“ bezeichnet wird, ist eine Form von Arbeitsverträgen in die Menschen meist durch Tricks gelockt werden und an die sie dann dauerhaft gebunden sind. Es ist eine Art Schuldknechtschaft, aus der sich die Betroffenen theoretisch oft freikaufen könnten oder durch Arbeit ihre „Schulden“ zurückzahlen könnten, doch meist sind die Verträge so zum Nachteil der Opfer aufgesetzt, dass sie kaum aus den Arbeitsverträgen entkommen können. Oft sind auch ihre Nachkommen an diese Verträge gebunden. Betroffen sind laut Angaben von Anti-Slavery International weltweit Millionen Menschen. (Vgl. Definition moderner Sklaverei, Anti-Slavery International 2009) Ein weiterer Typ moderner Sklaverei, der von Anti-Slavery International angeführt wird, ist Zwangsheirat. Frauen und Mädchen werden ohne Mitspracherecht in Verbindungen gezwungen, wo sie dann hart arbeiten müssen und oft Gewalt erleiden. Unter Zwangsarbeit wird von Anti-Slavery International die illegale und unfreiwillige Rekrutierung von Arbeitskräften und deren Einsatz unter Druck und Gewalt verstanden. Sklaverei durch Abstammung betrifft Menschen, die von ihrer Gesellschaft durch ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe automatisch in eine Klasse von SklavInnen fallen. Der Begriff „Human Trafficking“ umfasst den Transport und Handel von Menschen, mit der Absicht, sie am Zielort zu versklaven und in unfreiwillige Arbeitsverhältnisse zu zwingen. Als letzten von Anti-Slavery International genannten Typus von Sklaverei werden die schlimmsten Formen von Kinderarbeit angeführt, wobei hier bei der Definition und den angeführten 126

Millionen Kindern weltweit die ILO als Quelle angeführt wird. (Vgl. Definition moderner Sklaverei, Anti-Slavery International 2009)

Als besonders schwierig sehen Bales und Cornell die Definition von Sklaverei in Hinblick auf Prostitution. Sexueller Missbrauch von SklavInnen und SexsklavInnen sind in der Geschichte von Sklaverei stets vorgekommen. Bis in die Gegenwart werden SklavInnen (insbesondere Frauen und Mädchen) zur Prostitution gezwungen. Sex-Trafficking als eine spezifische Form des Menschenhandels ist die Achse für diese Form der Zwangsprostitution. Nun stellen sie sich die Frage, ob Prostitution automatisch als Variante von Sklaverei zu betrachten ist. Im Kern der Kontroverse steht die Frage, ob Frauen sich tatsächlich auch aus freien Stücken dazu entscheiden als Prostituierte zu arbeiten, oder ob Prostitution immer aus Zwängen heraus stattfindet. Eine weitere Position tritt dafür ein Prostitution als Gewerbe zu betrachten bei welchem, sofern der/die Prostituierte Kontrolle über das Einkommen und die Arbeitsbedingungen hat, nicht von Sklaverei zu sprechen ist. (Vgl. Bales/Cornell 2008: 105-108)

Kinderarbeit im Kontext moderner Sklaverei einzuordnen ist sehr komplex, wie die Definition von Kinderarbeit in der ILO-Konvention 189 zeigt. Denn nicht jede Form von Kinderarbeit soll als Form der Sklaverei angeprangert werden. Wichtig ist hingegen zu verdeutlichen, dass Kinder aufgrund ihrer sozialen Position besonders gefährdet sind, Opfer moderner Sklaverei zu werden. Kinder sind leichter zu täuschen und zu beeinflussen, zudem sind sie von Erwachsenen in ihrem Umfeld abhängig. Dies ebnet den Weg für die TäterInnen, Kinder zu versklaven. Jene Tätigkeiten, welche die ILO als schwerste Formen von Kinderarbeit zusammengefasst hat, sind eindeutig unter dem Begriff moderner Sklaverei zu sammeln. (Vgl. ILO Convention 189, 1999)

Human Trafficking ist in Zusammenhang mit moderner Sklaverei von großer Bedeutung. Es ist als Bindeglied zwischen Angebot und Nachfrage zu verstehen. Trafficking macht einen wesentlichen Anteil des Profits im modernen Sklavereigeschäft aus. Es handelt sich also um einen illegalen, entgeltlichen Transport von Menschen.

Moderne Sklaverei findet also unter verschiedensten Rahmenbedingungen statt. Sie reichen von lokalen Traditionen bis zu Netzwerken von organisierter Kriminalität, welche trans- und international verknüpft sind. Gerade in Hinblick auf den Menschenhandel als modernen SklavInnenhandel verdient das Netz internationaler,

organisierter Kriminalität besondere Berücksichtigung. Die heute besonders verbreiteten Formen von Sklaverei, nämlich Zwangsarbeit, Human Trafficking und Kinderarbeit sollen in der Arbeit näher behandelt werden.

* * *

Es ist eine große Herausforderung, moderne Sklaverei zu definieren. Moderne Sklaverei umfasst zahlreiche Praktiken menschlicher Ausbeutung. Die Geschichte der Abschaffung von Sklaverei ist bis heute nicht abgeschlossen. Was Sklaverei auch heute ausmacht, sind neben der Ausbeutung die Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Verlust einer eigenen Identität. Ein weiterer Indikator für moderne Sklaverei ist das Vorenthalten von Lohn, oder die Ausbezahlung von Lohn ist an das Fortsetzen der Tätigkeit gebunden. Der Druck, die physische und psychische Gewalt können ebenfalls Kennzeichen moderner Sklaverei sein. Die De-Humanisierung, die Behandlung als Ware oder Gegenstand ist Ausdruck der Versklavung. Typen von Sklaverei sind beispielsweise Zwangsarbeit, Formen von Schuldknechtschaft, Zwangsheirat, Zwangsprostitution, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit und Human Trafficking. Moderne Sklaverei ist ein globales Phänomen, eingebunden in das Netz organisierter, internationaler Kriminalität.

III. Internationale Konventionen zur Abschaffung und Prävention der Formen moderner Sklaverei unter besonderer Berücksichtigung von Zwangsarbeit

Die internationale Zusammenarbeit wurde seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Hinblick auf die Abschaffung und Prävention von Sklaverei intensiv vorangetrieben. Verschiedene internationale Organisationen betrieben dies. Beispielhaft sollen hier einige herangezogen werden, die sich darauf verstärkt konzentriert haben und die auch in der jüngeren Geschichte einen wichtigen Schwerpunkt auf die Bekämpfung nach wie vor existenter Formen von Sklaverei gelegt haben und die sich darum bemühen effiziente Maßnahmen zu finden, um Sklaverei endgültig zu Geschichte zu machen. Angesichts der fortschreitenden

internationalen Vernetzung im Bereich von Arbeit und Markt scheint die internationale Zusammenarbeit ein wichtiges Instrument zu sein, um gegen solche Missstände vorgehen zu können. Dennoch sollen die Bedeutung der lokalen Umstände und das lokale Engagement nicht unbeachtet bleiben und auch fokussiert werden, wie effizient die Arbeit internationaler Organisationen in Hinblick auf die Abschaffung und Prävention von Sklaverei in den letzten Jahrzehnten war und ob sie als Instrument tatsächlich praktischen Wert haben.

III.1 Maßnahmen der ILO gegen moderne Sklaverei

Eine wichtige Basis für die Prävention moderner Sklaverei sind internationale Gesetze und Konventionen. Sie geben Richtlinien vor, inwiefern diese verbindlich sind soll aber in diesem Abschnitt im Detail anhand von derzeit gültigen Dokumenten analysiert werden. Die erste internationale Organisation die ich hierzu behandeln möchte ist die ILO, welche mehrere Konventionen zum Thema Sklaverei und Zwangsarbeit verabschiedet hat.

Die Gründung der ILO fand 1919 statt. Die ILO ist die älteste Teilorganisation innerhalb der Vereinten Nationen, zunächst dem Völkerbund untergeordnet und ab 1946 als einzige von dessen Organisationen als Sonderorganisation in die UNO eingegliedert. (Vgl. Maul 2007: 14) Repräsentiert wurden die Interessen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und der Regierungen. Es bestand eine enge Anbindung an den entstehenden Völkerbund. In der ILO-Verfassung wurde bereits festgehalten, dass eine Regulierung der Arbeitsbedingungen auf transnationaler Ebene angestrebt werde, allerdings damals noch begrenzt auf so genannte Industrienationen. (Vgl. Zimmermann 2008: 147) Die Entwicklungen seither waren rasant. Ziel war jedoch vom Entstehen der Organisation an die Verbesserung von Arbeitsbedingungen auf internationaler Ebene, für welche die ILO heute noch arbeitet. Zentral bei der Umsetzung von Maßnahmen der ILO ist das reguläre Berichtssystem, das bis heute in Kraft ist. Jeder Staat der eine Übereinkunft der ILO ratifiziert, muss einen separaten Bericht zu dieser Konvention in regelmäßigen, vorgegebenen Abständen der ILO zukommen lassen, welcher im Inland Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenvereinigungen vorgelegt und von diesen auch kommentiert werden kann. Die Überprüfung der Berichte nehmen

unabhängige JuristInnen vor, die Ergebnisse werden in Konferenzen diskutiert. (Vgl. Senghaas-Knobloch/Dirks/Liese 2003: 8-10) In Hinblick auf Prävention moderner Sklaverei hat die ILO im Lauf des 20. Jahrhunderts Anteil an wichtigen Entwicklungsprozessen gehabt. Insbesondere war die ILO in die Dekolonisierungsprozesse nach dem 2. Weltkrieg stark involviert. (Vgl. Maul 2007: 20) Was die ILO in ihrer internen Struktur von anderen internationalen Organisationen unterscheidet, ist ihr drittelparitätischer Aufbau. Denn nicht nur RegierungsvertreterInnen eines Mitgliedslandes repräsentieren sie in den Gremien der ILO, sondern auch VertreterInnen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, welche ebenfalls volles Stimmrecht haben. (Vgl. Maul 2007: 14) Somit kommt es zur Repräsentation von differenzierten Positionen und es wird nicht nur zwischen RegierungsvertreterInnen diskutiert, sondern auch auf einer innerstaatlichen Ebene des Mitgliedslandes. (Vgl. Maul 2007: 20) Gemeinsam mit anderen internationalen Apparaten hat die ILO, dass sie im Vergleich zu den einzelnen Mitgliedsstaaten nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten besitzt. Die Machtmittel der ILO sind sehr begrenzt. Daher bemüht sich die ILO ständig um die Anerkennung ihrer Konventionen und Normen und in weiterer Folge um eine Umsetzung dieser. Angestrebt wird auch eine Weitervermittlung von Information durch ExpertInnen. Die Ebene des Diskurses ist ebenfalls von großer Wichtigkeit für die ILO. Denn öffentliche Aufmerksamkeit als Weg zur Umsetzung ihrer Ziele ist Teil ihrer Strategie. Zugleich bietet die ILO den Mitgliedsstaaten Legitimierung ihrer politischen Entscheidungen, wenn sie sich an den Normen der ILO orientieren, denn die ILO genießt internationale Anerkennung. Es existiert ein starker Konsens hinsichtlich der Richtlinien, welche die ILO vorgibt. So können Staaten, die sich daran orientieren, auf internationale Zustimmung hoffen. (Vgl. Maul 2007: 23-24) In Hinblick auf moderne Sklaverei gab es einige sehr bedeutsame Dokumente der ILO. Bereits 1930 wurde die Konvention zu Zwangsarbeit verabschiedet. Auch in der jüngeren Zeit, auf welche hier der Forschungsschwerpunkt gelegt werden soll, engagiert sich die ILO gegen Sklaverei. 1999 kam es zu einer Konvention zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Die ILO führt eine Liste die aufzeigt, welche Staaten die als wichtigste Konventionen bezeichneten Übereinkünfte bereits ratifiziert haben. Unter diesen wichtigsten Konventionen werden auch die Konventionen zur Abschaffung von Zwangsarbeit und zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit genannt, die hier im

Folgenden detaillierte Berücksichtigung finden sollen. Die Konvention 105 wurde bereits von 171 von 182 Mitgliedsstaaten ratifiziert, die Konvention 182 von 169 Staaten. (Vgl. Ratifikation der wichtigsten Konventionen, ILO 2009) Auffällig ist bei der näheren Betrachtung der Ratifikationen, dass in Hinblick auf die Abschaffung von Zwangsarbeit und den schlimmsten Formen von Kinderarbeit die meisten nicht-ratifizierenden Staaten asiatisch sind. Hier sind demnach die Übereinkommen im Prozess der Zurückdrängung moderner Sklaverei weniger bedeutsam.

Neben den beiden Konventionen aus den Jahren 1930 und 1957 gegen Zwangsarbeit fordert die ILO mit ihren Programmen und Publikationen in der Gegenwart zu weiteren Schritten zur Abschaffung von Zwangsarbeit auf. In ihren regelmäßigen Berichten zu den Fortschritten der Abschaffung von Formen moderner Sklaverei wie Zwangsarbeit oder Menschenhandel wird stets auch diskutiert, welche Maßnahmen noch ergriffen werden können.

III.2 Die ILO-Konventionen zur Abschaffung von Zwangsarbeit

III.2.1 Die Forced Labour Convention 29, 1930

Das Übereinkommen C 29 der ILO gegen Zwangsarbeit ist bis heute in Kraft. Es umfasst 33 Artikel. (Vgl.: ILO Convention No. 029, 1930) So verpflichten sich alle Mitglieder, welche die Konvention ratifizieren, Zwangsarbeit und Frondienste so schnell wie möglich abzuschaffen. Nach einer Frist von 5 Jahren sollen die einzelnen Regierungen einen umfassenden Bericht verfassen. Die Begriffe Zwangsarbeit und Frondienst umfassen hier alle Formen von Arbeit oder Dienstleistung, welche von einer anderen Person erzwungen werden und nicht freiwillig angeboten werden. Ausgenommen sind verpflichtender Militärdienst, Arbeiten und Dienste die Teil der normalen Bürgerpflicht in einem autonomen Land sind, Strafarbeiten nach rechtsgültigen Verurteilungen unter Aufsicht einer öffentlichen Autorität, Ausnahmesituationen wie Kriegs- und Katastrophenfälle, sowie kleinere Dienste für die Gemeinschaft, sofern alle Mitglieder sie gleichermaßen leisten müssen und als sie Bürgerpflicht verstanden werden können. Die Regierung darf Zwangsarbeit und Frondienst zugunsten von Privatpersonen, Firmen und Vereinen nicht fördern oder einfordern. Existiert dergleichen bei

Ratifizierung der Konvention, hat das Mitglied ab sofort für die Abschaffung Sorge zu tragen. Es darf keinerlei Konzessionen geben und falls bislang welche existierten, muss für deren Abschaffung garantiert werden.

Regierungen, die bestimmte Formen von Zwangsarbeit oder Frondiensten einfordern wollen, sollen sich vorher versichern, dass die verlangten Leistungen von großer Wichtigkeit für die Gesellschaft sind, dass es keine Freiwilligen gibt, welche für Löhne oder bestimmte Bedingungen die Leistungen übernehmen könnten. Zudem sollen die Belastungen für die Bevölkerung nicht zu groß sind. Für die Zwangs- und Frondienste, die im Interesse der Gemeinschaft zugelassen sind, sind nur erwachsene, gesunde Männer zwischen 18 und 45 Jahren heranzuziehen, von welchen nicht mehr als 25% herangezogen werden sollen. Soziale Entwicklungen der Gesellschaft sind zu berücksichtigen, wie auch die Bedürfnisse der Betroffenen in ihrem normalen Leben. Die Arbeitszeiten sollen jenen von freiwilliger Arbeit entsprechen, weiters soll ein Ruhetag in der Woche basierend auf lokaler Tradition, ermöglicht werden. Löhne sollen immer den Arbeitenden selbst ausgezahlt werden. Krankheits- und Unfallregelungen sollen ebenfalls jenen bei freiwilliger Arbeit entsprechen. Vom Einsatz in Gebieten mit extrem von der gewohnten Norm abweichenden klimatischen oder nahrungstechnischen Bedingungen ist abzusehen, ausgenommen spezifische Notwendigkeiten. Bevor Zwangsarbeit oder Frondienst im Sinne der Gesellschaft eingesetzt werden hat die Regierung Sorge zu tragen, dass die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden gewährleistet ist, die Subsistenz der Familie gesichert ist und beste Transportmöglichkeiten für die Rekrutierten angeboten werden. Landwirtschaftliche Frondienste sollen von Regierungen nur als Maßnahme gegen Hungersnot ergriffen werden und die produzierte Nahrung dann den produzierenden Individuen beziehungsweise deren Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Zwangsarbeit als Strafe für ein Individuum darf nicht als Kollektivstrafe auf eine Gemeinschaft übertragen werden. Arbeit in unterirdischen Minen darf nicht unter Zwang stattfinden. Die Mitglieder müssen jährliche Berichte erstellen, welche genaue Angaben über die Zwangsarbeit und Frondienste in ihrem Land enthalten. Illegale Zwangsarbeit und Frondienste sollen als strafbare Handlungen gelten und strengstens geahndet werden. (Vgl.: ILO Convention No. 029, 1930)

III.2.2 Die Abolition of Forced Labour Convention C 105, 1957

Das Übereinkommen zur Abschaffung von Zwangsarbeit 1957 verweist eingangs auf die Völkerbund-Konvention zur Abschaffung von Sklaverei 1926 und auf die ILO-Konvention zur Abschaffung von Zwangsarbeit 1930 und bekräftigt beide in ihrer Gültigkeit. (Vgl. ILO Convention No. 105, 1957) Es wird auch darauf hingewiesen, dass Zwangs- und Pflichtarbeit der Sklaverei ähnliche Zustände verursacht. Es soll nun gegen weitere Formen von Zwangsarbeit vorgegangen werden, welche die internationalen Menschenrechte verletzen. Dann werden die Voraussetzungen genannt die jedes ILO-Mitglied erfüllen muss, das die Konvention 105 ratifiziert. Verboten wird Zwangsarbeit als Mittel politischen Zwanges, als Methode um Arbeitskraft zur wirtschaftlichen Entwicklung auszuheben, als Maßnahme zur Arbeitsdisziplinierung, als Strafe für die Teilnahme an Streiks oder als Diskriminierung jeglicher Form. Es müssen sofortige Maßnahmen gegen sämtliche angeführte Formen von Zwangs- und Pflichtarbeit ergriffen werden. Berichte über die Fortschritte müssen regelmäßig den entsprechenden Stellen der ILO zur Überprüfung übermittelt werden. (Vgl. ILO Convention No. 105, 1957)

III.3 Die Umsetzung der ILO-Konventionen aus Perspektive der ILO

Die in der Konvention von 1930 angestrebten Zielsetzungen haben bis zum Jahre 2009 nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Die ILO fordert jährliche Berichte zu den Fortschritten aller Staaten ein, welche das Abkommen ratifiziert haben. Der aktuellste Bericht zu den Konventionen 029 und 105 ist der IOLEX-Bericht aus dem Jahre 2007. Hier werden die wichtigsten Punkte aus den beiden Konventionen nochmals zusammengefasst und auf ihre Umsetzung und die Problematiken hierbei eingegangen. Detailliert werden die einzelnen Abschnitte der Konvention, welche sich mit den abzuschaffenden und zulässigen Formen von Zwangsarbeit auseinander setzen, angeführt. Dann wendet sich der Bericht der Umsetzung zu.

Einleitend wird festgehalten, die Abschaffung von Zwangsarbeit sei weltweit nahezu umgesetzt: „As previously mentioned, forced or compulsory labour is now almost universally banned, and the two ILO Conventions on the subject are the

most widely ratified of all international labour Conventions.” (ILOLEX 2007: Absatz 67) Die ILO sieht also ihre Arbeit in Hinblick auf die Abschaffung von Zwangsarbeit als erfolgreich was darauf schließen lässt, dass in naher Zukunft keine weiteren Konventionen gegen Zwangsarbeit verabschiedet werden. Es wird in dem Bericht festgehalten, dass grundsätzlich in Gesetzen freie Arbeit garantiert wird und die Verletzung der persönlichen Freiheit durch den/die ArbeitgeberIn in vielen Ländern strafrechtlich verfolgt wird. Dann wird fortgefahren mit der Feststellung, dass in manchen Ländern noch Spuren von Sklaverei in Formen von Zwangsarbeit zu finden sind. Dies passiere öfters mittels Entführung in bewaffneten Konflikten und der Versklavung der Entführungsoffer. Weiters würden Menschen in die Falle von Schuldknechtschaft gelockt. Auch Menschenhandel mit dem Ziel von Ausbeutung von Menschen in Form von (Sex-) Arbeit wird hier angeführt. In einigen Ländern existieren noch staatliche Instanzen welche Zwangsarbeit fördern, die die internationalen Richtlinien verletzen. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 67-68) Verschiedene Arbeitsverhältnisse die Ähnlichkeiten mit traditioneller Sklaverei aufweisen werden festgehalten. So sind Nachkommen von SklavInnen mancherorts dazu angehalten für einen „Master“ zu arbeiten, welcher Anspruch auf deren Arbeitskraft erhebt. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 69) Sklavereiähnliche Bedingungen entstehen auch durch die Zugehörigkeit zu bestimmten, ethnischen Gruppen. Es müssen unbezahlte Arbeiten verrichtet werden, meist in der Land- und Viehwirtschaft oder im hauswirtschaftlichen Bereich. In Bürgerkriegen kommt es ebenfalls zur Verschleppung von Personen als SklavInnen, wobei hervorgehoben wird, dass insbesondere Frauen und Kinder betroffen sind. Die Bedingungen sind besonders schwer und von Gewalt geprägt, auch Folter und Quälerei sind gängige Praktiken. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 70) Der ILOLEX-Bericht problematisiert die Schuldknechtschaft, ihre Opfer gelten als besonders armutsbedroht. Häufig haben sie nur geringe Bildung und sind AnalphabetInnen, was es den TäterInnen leichter macht sie zu betrügen und sie ohne Wahrung ihrer Rechte an sich zu binden. Versuchen sie ihren Beschäftigungsort zu verlassen, werden sie verfolgt und mit Gewalt zurückgebracht. In Hinblick auf die einzelnen Berichte verweist der Report darauf, dass die Schuldknechtschaft vor allem in der Landwirtschaft verbreitet ist. In manchen Ländern sind indigene Völker und Stammesgesellschaften häufig durch Schuldknechtschaft in Unfreiheit. Schulden sind der Grund für die Gebundenheit an den/die ArbeitgeberIn. Deshalb muss hier,

wie der ILOLEX-Report feststellt, angesetzt werden durch effektive Gesetze. Der ILOLEX-Report empfiehlt harte Strafen gegen ArbeitgeberInnen welche gegen die Gesetze verstoßen und Menschen in Schuldknechtschaft festhalten. Weiters soll es gezielte Maßnahmen zur Rehabilitation ehemals in Schuldknechtschaft gebundener Personen geben, damit sie nicht in die Schuldknechtschaft zurückfallen können. In den betroffenen Ländern gibt es Bestrebungen, die Schuldknechtschaft durch entsprechende Gesetzgebung zu unterbinden. Bei der Umsetzung scheitert es vor allem am Mangel einer adäquaten Arbeitsinspektion. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 71)

Die Thematisierung von Sklaverei durch die UN-Konvention (Vgl. Kap.2.4) und Zwangsarbeit durch die ILO-Konvention in der Zwischenkriegszeit ist der Beginn eines neuen Zeitalters im Umgang mit den Kolonien und den dortigen, indigenen Völkern. Bei der Auseinandersetzung mit den Konventionen muss der historische Kontext dieser stets berücksichtigt werden. Ursprünglich strebte die ILO an, die Ausbeutung von Arbeitskräften in geregelte Bahnen zu lenken, wobei das zentrale Interesse eigentlich nicht in den Kolonien lag. Doch die ILO griff auch bereits im ersten Jahrzehnt seit ihrer Gründung 1919 verschiedene Problematiken bei der Beschäftigung von Indigenen in den Kolonien auf. Nach dem zweiten Weltkrieg änderte sich die Position der ILO zum Kolonialismus. Gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle Völker bekamen einen neuen Stellenwert. Zugleich wurde die ursprüngliche Teilorganisation des Völkerbundes nun von der UNO übernommen. (Vgl.: Rodriguez-Pinero 2005: 32-36) Die zweite ILO-Konvention gegen Forced Labour wurde 1957 als Ergänzung zur Konvention 029 verabschiedet. Auch sie entstand noch im spätkolonialen Zeitalter, als die Dekolonisierung jedoch bereits fortschreitende Umsetzung fand und einen anderen Stellenwert auch bei den Kolonialmächten hatte. Denn die ILO-Konventionen gegen Zwangsarbeit haben nach wie vor Gültigkeit und an ihrer praktischen Umsetzung wird nach wie vor gearbeitet, auch wenn sie bereits einige Jahrzehnte alt sind. Ursachen von Zwangsarbeit haben sich seit der Verfassung der beiden ILO-Konventionen 029 und 105 verändert, die Kriterien für die Definition sind aber gleich geblieben. Hinzuzufügen ist weiters, dass die Forced Labour Convention die erste Übereinkunft ihrer Art war. Durch die Forced Labour Convention wurde wertvolle Basisarbeit geleistet, auf der später aufgebaut wurde. Die Behandlung indigener ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz wurde durch die ILO erstmals dahingehend

verändert, dass sie Rechte haben. Die Befürchtungen waren bereits damals, dass die Konvention nur dort auf Zustimmung stoßen würde, wo ihre Forderungen bereits Umsetzung finden. Dennoch löste die Konvention ein Umdenken aus, es begann ein neues Zeitalter im Umgang mit Zwangsarbeit. Offen blieb allerdings, bis wann die Zwangsarbeit endgültig der Vergangenheit angehören sollte. (Vgl. Miers 2003: 148) Bis zur Gegenwart verfasst die ILO Berichte und Stellungnahmen zur Entwicklung von Zwangsarbeit und moderner Sklaverei, zu aktuellen Problematiken und zu Erfolgen und wichtigen Schritten bei der Abschaffung. Einerseits sammelt und veröffentlicht die ILO sämtliche jährlichen Berichte, die die einzelnen Mitglieder verfassen und die Aufschluss geben sollen über den Stand zur Abschaffung von Zwangsarbeit. Weiters arbeitet die ILO jedoch selbst regelmäßige Reports aus, mit aktuellen Zahlen und Fakten zu Formen von Zwangsarbeit, globaler Verteilung und internationalen Tendenzen. Diese Berichte halte ich für besonders aufschlussreich, was die Aussagekraft über die Umsetzung der ILO-Maßnahmen anbelangt.

Die Berichte der ILO setzen sich in erster Linie mit dem Phänomen der Zwangsarbeit auseinander, die Übergänge zu moderner Sklaverei sind jedoch fließend. Im Dokument „Global Action against Forced Labour“ aus dem Jahre 2005 führt die ILO an, wo sie ihre praktischen Anknüpfungspunkte sieht. (Vgl. ILO 2005: 82) Im Gegensatz zu anderen Berichten, die eher oberflächliche Zusammenfassungen der Situation geben, ist in diesem Dokument auch beschrieben auf welche Weise sich die praktische Arbeit der ILO gegen Phänomene moderner Sklaverei gestaltet. Eine starke, internationale Zusammenarbeit wird als Voraussetzung festgehalten. Angestrebt wird eine globale Allianz gegen alle Formen von Zwangsarbeit. Diese umfasst neben der ILO auch ihre Dachorganisation, die UNO und weitere internationale Organisationen, des weiteren ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen und vielfältige nationale und internationale Einrichtungen. Der Plan der ILO sieht nationale Aktionspläne vor, die in einem bestimmten Zeitrahmen umzusetzen sind. Hier differenziert sich das neue Programm der ILO sehr deutlich von den beiden Konventionen gegen Zwangsarbeit, die keinen Zeitplan vorgeben bei der Abschaffung von Zwangsarbeit. Die nationalen Strategien sollen spezifische Arbeitsmarktpolitik und Schritte zur Reduktion der Armut beinhalten. Des Weiteren ist auch eine entsprechende Migrationspolitik erforderlich. Auch die Umsetzung von Genderngleichheit spielt für die ILO eine Rolle bei den nationalen

Aktionsplänen. (Vgl. ILO 2005: 82-83) Die ILO stellt fest, dass die Umsetzung ihrer Forderungen in den Konventionen auf gesetzlicher Basis trotz nahezu weltweiter Ratifikation noch immer nicht in wünschenswertem Maße fortgeschritten ist. Die Gesetze sollen auf die spezifischen Umstände in den jeweiligen Staaten zugeschnitten sein. Ein Vorschlag der ILO ist auch eine engere Zusammenarbeit der Staaten bei der Gesetzgebung. So könnten im Zusammenhang von modernem SklavInnenhandel gemeinsam entsprechende Migrationsgesetze ausgearbeitet werden, die illegale Migration, Schlepperei und Menschenhandel erschweren und ahnden. (Vgl. ILO 2005: 83)

Auch die Rehabilitation von Opfern spricht die ILO an. Ohne soziale Reintegration sind die Opfer besonders gefährdet, erneut Opfer moderner Sklaverei zu werden. Die Opfer sollen ökonomische und soziale Stärkung erfahren, um sich ein neues Leben aufbauen zu können und wieder in stabilen, sozialen Verhältnissen leben zu können. (Vgl. ILO 2005: 83)

Die ILO sieht regional unterschiedlichen Handlungsbedarf und möchte die einzelnen Aktionsprogramme auch auf die lokalen Bedürfnisse abgestimmt wissen. In den Entwicklungsländern sieht die ILO besonders in Hinblick auf die Zusammenhänge von Armut, Diskriminierung und Zwangsarbeit Bedarf für gezielte Bekämpfung von moderner Sklaverei. Zudem sind oft Formen von Zwangsarbeit verknüpft mit lokalen Traditionen. Hier ist eine Zusammenarbeit mit lokalen politischen und religiösen Autoritäten erstrebenswert. Die ILO nennt als Erfolgsbeispiel ein Pilotprojekt in Niger, wo im Kampf gegen die kulturelle Legitimierung von Sklaverei erfolgreich mit lokalen Autoritäten zusammengearbeitet wurde. Durch die Zusammenarbeit konnte eine gute Basis für eine Gesetzgebung gegen Zwangsarbeit erarbeitet werden. (Vgl. ILO 2005: 83)

Weitere Entwicklungen hält die ILO in einem Bericht zur Internationalen Arbeitskonferenz 2009 fest. Die ILO bemüht sich um eine Erfassung aktueller Trends im Bereich der Zwangsarbeit. Festgehalten wird die steigende Zahl an Organisationen, Interessensgruppen und Individuen, die sich mit Zwangsarbeit auseinandersetzen und gegen sie Maßnahmen ergreifen möchte. Zugleich entstand eine Debatte um Definitionen von Zwangsarbeit und darum, welche Maßnahmen von wem ergriffen werden sollten. Ein zentraler Schwerpunkt der gegenwärtigen Arbeit der ILO gegen Zwangsarbeit ist das weltweite Erheben und Weitergeben von Daten. Diese Informationen dienen jüngst vor allem dazu zu beweisen, dass

Zwangsarbeit ein globales Problem ist. Insbesondere in Europa gab es Bemühungen, anhand der Daten einheitliche Normen zu schaffen, die gegen Zwangsarbeit eingesetzt werden können. Während in den einzelnen Staaten Statistiken zur strafrechtlichen Verfolgung von Zwangsarbeit häufig verfügbar sind, gibt es wenig Zahlen zu den tatsächlich von Zwangsarbeit Betroffenen. Human Trafficking zu sexueller Ausbeutung oder Ausbeutung durch andere Arbeit hat in den vergangenen Jahren die meiste Aufmerksamkeit auf sich gezogen. (Vgl. ILO 2009: 11-12)

Die regionalen Trends in Hinblick auf Zwangsarbeit sind ein weiterer Teil der Analyse der ILO. In Afrika hat das Problem der Zwangsarbeit bislang relativ geringe Aufmerksamkeit erhalten. Im westafrikanischen Raum sind nach wie vor sklavereiähnliche Praktiken sehr verbreitet. Während Bürgerrechtsgruppen die Existenz der Sklaverei in Westafrika betonen, beharren Regierungen darauf, dass es zwar nicht gelungen sei Sklaverei komplett auszulöschen, in Hinblick auf die Verbreitung allerdings übertrieben werde. (Vgl. ILO 2009: 15) Die Untersuchungen der ILO ergaben, dass es zwar keine Hinweise auf offene Sklaverei gebe, aber auf starke soziale Schichten, welche aus traditionellen Strukturen resultieren und zu Abhängigkeiten zwischen den Nachkommen ehemaliger SklavInnen und den einstigen BesitzerInnen führen. Auch führte die ILO Nachforschungen durch, was die Umsetzung ihrer Grundsätze in Hinblick auf indigene Völker und Stammesgesellschaften anbelangt. Dabei wurde festgestellt, dass in Westafrika Pygmäen von nicht-indigenen Gruppen unter Kontrolle gehalten werden. Diese Nicht-Indigenen bestimmen auch, ob und welchen Lohn die Pygmäen für ihre Arbeit erhalten. (Vgl. ILO 2009: 15) Im Jahr 2008 wurden neue Gesetze gegen Human Trafficking in Mosambik, Tansania und Sambia verabschiedet. Die ILO schätzt diese Gesetze als wichtige Basis für zukünftige Schritte gegen Human Trafficking ein. Im südlichen Afrika fanden mehrere Treffen statt, die sich mit dem Problem von Human Trafficking und Zwangsarbeit befassten, wie beispielsweise die „Human Trafficking Week“ in Südafrika 2007. (Vgl. ILO 2009: 15) In Asien gibt es ebenfalls spezifische Probleme in der Entwicklung moderner Sklaverei. Drei Formen haben besondere Verbreitung. Es handelt sich um Systeme von Schuldknechtschaft vor allem in Südasien, Human Trafficking vor allem in Zusammenhang mit kommerzieller, sexueller Ausbeutung, welches in Asien weit verbreitet ist und das Bestehen von Zwangsarbeit in staatlicher Hand, wie es in

Burma vorkommt. (Vgl. ILO 2009: 17) Die Formen von Zwangsarbeit, welche in Asien anzutreffen sind, zeichnen sich durch große Vielfalt aus. Extreme Formen von Ausbeutung, die auch Gewalt und Bedrohung umfassen, sind vor allem in ruralen, abgelegenen Gebieten in China zu finden. Die Zwangsarbeit als solche zu identifizieren, ist relativ leicht. Aufgrund der Abgeschlossenheit wird die Zwangsarbeit jedoch selten als solche identifiziert. Die Arbeitsbedingungen in Minen sind oft sehr gefährlich. Dort wird der Lohn oft an die Fortsetzung der Arbeit gebunden, auch wenn es deutliche Anzeichen für Gefahren oder Unfälle gibt. (Vgl. ILO 2009: 18) Diese Vorgehensweise widerspricht klar der ILO-Konvention 029 welche besagt, dass die Auszahlung von Lohn nicht an die Fortführung der Tätigkeit gebunden sein dürfe.

Die Situation in Burma ist die eines ausgesprochenen Sonderfalles. 2007 hatte die ILO die Möglichkeit, umfassende Erhebungen zu Zwangsarbeit in Burma durchzuführen. Die staatlichen Institutionen sind zentral bei der Einforderung von Zwangsarbeit von der Zivilbevölkerung, häufig wird diese durch militärischen Druck eingeholt. Nun soll es von der ILO unterstützte Bemühungen geben, Zwangsarbeit durch den Staat zu eliminieren. (Vgl. ILO 2009: 18)

In Lateinamerika gab es in den vergangenen Jahren eine Entwicklung welche zu vermehrter Wahrnehmung von Zwangsarbeit führte. Zwangsarbeit kommt hier vor allem in Form von Schuldknechtschaftsverträgen vor. Sie steht auch in engem Zusammenhang mit Diskriminierung und sozialer Ungleichheit, vor allem gegenüber indigenen Völkern. Große Fortschritte beim Vorgehen gegen Zwangsarbeit in den vergangenen Jahren können in Brasilien und Peru ausgemacht werden. Dort wurden Ursachen für die Zwangsarbeit erkannt und das Vorgehen entsprechend koordiniert. In Argentinien wurde die Kampagne „Slave Labour kills“ mit Einrichtung einer kostenlosen Hotline ins Leben gerufen und medial groß beworben. (Vgl. ILO 2009: 20) In Nordamerika richtete sich die Aufmerksamkeit in Hinblick auf Zwangsarbeit vor allem auf ausländische Arbeitskräfte, wie sie in Haushalten und Landwirtschaft zahlreich vertreten sind. Es wurde mit strengeren Gesetzen gegen die Problematik von Human Trafficking vorgegangen. (Vgl. ILO 2009: 20) Auch in Europa wurde Zwangsarbeit vor allem in Zusammenhang mit irregulären Migrationsströmen von der ILO behandelt. Einen Wandel gab es in Hinblick auf Herkunfts- und Zielländer. So waren Staaten in Osteuropa, wie Polen oder die Tschechische Republik, lange Zeit Herkunftsländer von illegalen

MigrantInnen. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union wurden diese Staaten zur Zielländern für Traffickers. Die Zahlen von Opfern von Human Trafficking innerhalb der Europäischen Union sind steigend. Die Mehrheit der Opfer bleiben aber Frauen, welche für sexuelle Ausbeutung in die Europäische Union gebracht werden. Doch nun wurde wahrgenommen, dass auch zahlreiche Männer Opfer von Human Trafficking sind, die in Zwangsarbeitsverhältnissen landen. (Vgl. ILO 2009: 20-21) In Zentralasien konnten Erhebungen der ILO ebenfalls neue Trends ausmachen. So änderten sich mit dem steigenden Lebensstandard in Aserbaidschan auch die Arbeitsverhältnisse und die Zahl der ZwangsarbeiterInnen sank. Zudem wurde auch vom Staat stärker gegen Zwangsarbeit vorgegangen. In Russland stiegen die Zahlen von Personen, die als Opfer von Zwangsarbeit identifiziert wurden, was für eine bessere Politik gegen Zwangsarbeit spricht. (Vgl. ILO 2009: 21) Im Nahen Osten wurde vermehrt über Human Trafficking berichtet, weniger über Zwangsarbeit. Einige Länder verabschiedeten neue Gesetze gegen Human Trafficking. Es gibt rege Diskussionen um geeignete Sicherheitsrichtlinien, die Human Trafficking unterbinden sollen in Ländern, in denen bestimmte Wirtschaftssektoren von MigrationsarbeiterInnen abhängig sind. Die Golfstaaten sind in Anbetracht der hohen Zahl an MigrationsarbeiterInnen in Relation zur lokalen Bevölkerung besonders betroffen. Die öffentliche Wahrnehmung des Problems von ZwangsarbeiterInnen ist in den Staaten im Nahen Osten sehr gering. (Vgl. ILO 2009: 22) Die Präventionsstrategien, welche die ILO empfiehlt, setzen sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern von Opfern von Human Trafficking an. Der Zwang nimmt bereits im Herkunftsland seinen Anfang, reicht über den Transport und endet in den Zwangsarbeitsverhältnissen. So gibt es in einigen asiatischen Staaten Sammellager für Personen, die mittels Human Trafficking in andere Länder oder Landesteile gebracht werden sollen. Die künftigen MigrantInnen werden dort festgehalten bis zu ihrem Transport. Berichten zufolge können sie sich nicht frei bewegen. Oft werden sie auf ihre zukünftige Tätigkeit, beispielsweise als Haushaltshilfe vorbereitet. Es kann ein halbes Jahr und länger dauern, bis sie den nächsten Schritt ihrer Reise antreten und während ihrem Aufenthalt in diesem Lager müssen sie ohne Lohn oder nur gegen geringe Bezahlung arbeiten. (Vgl. ILO 2009: 26) In den Zielländern ist die Information über den Praktiken von Human Trafficking und Zwangsarbeit nach wie vor oft sehr gering. Häufig kommt Zwangsarbeit vor unter temporär begrenzten

Arbeitsarrangements. Inzwischen haben viele Staaten Zusammenhänge mit ihren Systemen für Zeitarbeitskräfte und Zwangsarbeit erkannt. Die Agenturen haben oft staatliche Genehmigungen und arbeiten dennoch häufig an den Gesetzen vorbei. (Vgl. ILO 2009: 26) Auch in besonders betroffenen Berufsgruppen erhebt die ILO den Fortschritt der Abschaffung von Zwangsarbeit. Zunächst wendet sich der Bericht aus dem Jahre 2009 den Seeleuten und FischerInnen zu. Sie sind eine jener gefährdeten Berufsgruppen, welche systematischer Analyse bislang entzogen waren. Ihre Lage einzuschätzen wird erschwert durch die Isolation in der sie arbeiten und durch die undurchsichtigen Verhältnisse in der Zusammenstellung von Crews, die das Nachprüfen von Legalität der Arbeitskräfte komplex macht. Es gibt bereits gemeldete Fälle, wo Arbeitskräfte betrogen und Löhne vorenthalten wurden. Weiters gibt es Berichte, welche die asiatische Fischereiindustrie betreffen, dass FischerInnen sich nicht frei bewegen dürfen. Das trifft insbesondere auf Thailand zu. ArbeiterInnen für die Fischereiindustrie werden in großer Zahl in Burma rekrutiert. Die Rekrutierung erfolgt häufig mit Praktiken von Human Trafficking. Gearbeitet wird mit gefälschten Pässen, welche die burmesischen ArbeiterInnen als Thais ausgeben. Durch den illegalen Aufenthalt besteht besondere Gefährdung für Ausbeutung. Hinzu kommt, dass durch die falschen Identitätsnachweise ArbeitgeberInnen später leugnen können, die jeweilige Person überhaupt beschäftigt zu haben. Ein dokumentierter Extremfall nennt 39 burmesische Todesopfer. Sie sind verhungert, da sie über zwei Monate hinweg ohne Nahrung und Wasser zurückgelassen worden waren. (Vgl. ILO 2009: 28-29) Doch auch Fischerei in europäischen Gewässern ist nicht frei von Zwangsarbeit. So wurde der Fall indonesischer FischerInnen bestätigt, welche in spanischen Gewässern auf einem Fischerboot eingesetzt worden waren, die einer Agentur 500 US-Dollar für die Vermittlung bezahlten und vor Ort nur ein Drittel des versprochenen Lohns erhielten. Die Rekrutierungspraktiken müssen also in Zukunft stärker ins Auge gefasst werden. Das gilt auch für die Möglichkeiten der FischerInnen, ein Schiff wieder zu verlassen und sich eine neue Beschäftigung zu suchen, da diese oft mit physischen Mitteln oder psychischem Druck zum Bleiben gezwungen werden. (Vgl. ILO 2009: 29)

Auch Hausarbeitskräfte werden in dem 2009 publizierten Report erneut als besonders gefährdete Gruppe für Zwangsarbeit behandelt. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen. Das besondere Risiko für die Ausbeutung liegt erneut in

der Isolation in der sie arbeiten. Durch ihre Tätigkeit in privaten Haushalten leben sie oft sehr abgeschieden und deshalb auch außerhalb des Schutzes von Staat und ArbeitnehmerInnenorganisationen. Gerade MigrantInnen sind sehr gefährdet, da sie weit weg von zuhause und ihren sozialen Netzwerken beschäftigt sind. Doch auch Hausbedienstete innerhalb des Heimatlandes sind von Zwangsarbeit betroffen. Die ILO verweist in diesem Zusammenhang auf einen von ihr publizierten Bericht aus dem Jahre 2007 zur Abschaffung von Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz. Dabei werden Frauen als doppelt belastet beschrieben. Gerade Hausangestellte sind eine gefährdete Gruppe. Die Arbeitsbedingungen von Hausarbeitskräften variieren enorm. Doch die Gefahr von Diskriminierung, Ausbeutung und diversen Arten von Missbrauch ist sehr hoch und reicht von Bedrohung über Gewalt, niedrige Löhne bis hin zu fehlender, sozialer Sicherheit. (Vgl. ILO 2009: 29) Dass die Hausarbeitskräfte oft aus dem Lohnrecht fallen ist eine Problematik, mit der sich die ILO intensiv befasst. Nicht nur die Auszahlung von geringem Lohn oder das Verweigern von Lohnzahlungen sind Teil dieses Aspekts der Ausbeutung. Auch dass die Arbeitsdauer nicht kontrolliert wird und die Arbeitszeiten deshalb oft sehr lang sind, ist ein wichtiger Gesichtspunkt der Ausbeutung von HausarbeiterInnen. Zudem fallen viele, sehr schwere Arbeiten in ihren Arbeitsbereich. Freie Tage sind vielfach unregelmäßig oder werden gar nicht zugestanden. Zahlreiche Berichte schildern auch ungenügende Unterbringung von Hausangestellten. (Vgl. ILO 2009: 29) Um die Bedingungen für Hausbedienstete zu verbessern haben Gesetzgeber die Möglichkeit, Arbeitsinspektionen auf den Bereich der Hausangestellten auszudehnen. Durch die geregelte Kontrolle würden die Arbeitsbereiche sicherer vor Ausbeutung werden. Zudem müssen die ArbeitgeberInnen entsprechend bestraft werden wenn nachgewiesen wird, dass sie ihre HausarbeiterInnen nicht angemessen bezahlt haben oder sie anderwärtig ausgebeutet wurden. Positive Entwicklungen zum Schutz von Hausangestellten gibt es beispielsweise in Lateinamerika, wo die besondere Gefährdung von Hausarbeitskräften bereits wahrgenommen wurde und wo nun ArbeitsinspektorInnen zum Wohle der Hausangestellten eingesetzt werden. Auch in Asien gibt es positive Trends, verschiedene Staaten entschieden sich für härtere Strafen für ArbeitgeberInnen, die ihre Hausangestellten ausbeuten. In Europa gibt es Bürgerrechtsgruppen und BürgerInneninitiativen, welche sich für die Rechte von Hausangestellten, insbesondere für MigrantInnen, einsetzen. Sie bieten ihnen

rechtlichen Beistand und soziale Unterstützung. Die Organisationen dokumentieren auch Missbrauchsfälle. Ein Schlüsselaspekt der Arbeit der ILO in den letzten Jahren war es, Projekte zu initiieren, welche sowohl die Herkunftsländern MigrationsarbeiterInnen als auch die Zielländer einbinden. (Vgl. ILO 2009: 30)

Auch die Frage nach Profit und Kosten von Zwangsarbeit beschäftigt die ILO in ihrem Bericht. Die ILO nennt 31,7 Billionen US-Dollar Gewinn pro Jahr, durch Zwangsarbeit im Zusammenhang mit Human Trafficking. (Vgl. ILO 2009: 30)

Einerseits werden die geringen Löhne stets als ausschlaggebend für hohe Profite genannt. Denn Personen die Zwangsarbeit leisten, haben in der Regel ein niedrigeres Einkommen als auf dem Arbeitsmarkt üblich oder es liegt sogar unter dem Subsistenzminimum. Oft sind Abschläge für Verpflegung und Unterbringung bewusst überhöht, was das Einkommen der Opfer senkt. Hinzu kommt, dass viele für die Vermittlung einer Stelle oder den Transfer noch Schulden abbezahlen, was die Kosten für ArbeitgeberInnen zusätzlich reduziert, da sie die Transportkosten nicht tragen müssen und sie auf die Opfer abwälzen. Die Gewinne werden somit bewusst auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gemacht. (Vgl. ILO 2009: 3-32)

Auch die einzelnen Maßnahmen zur Abschaffung von Zwangsarbeit sind neben der Dokumentation des aktuellen Standes und den globalen Trends von Zwangsarbeit zentral bei dem Report aus dem Jahre 2009. Erneut setzt sich die ILO mit der Rolle nationaler Regierungen auseinander. Hierbei geht es vor allem um die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen und die Adaption von effizienten Arbeitsinspektionen. Die Kooperation mit nationalen ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen wird als sehr wichtig eingeschätzt. Zwangsarbeit und Human Trafficking waren traditionell nicht fokussiert von den nationalen Arbeitsinspektionsorganen. Ein Grund dafür ist, dass Zwangsarbeit insbesondere im informellen Sektor stattfindet, der sich Kontrollen entzieht. ArbeitsinspektorInnen haben ein breites Spektrum an Möglichkeiten bei ihrer Arbeit. So können sie jederzeit unangekündigt den Arbeitsplatz aufsuchen. Es ist ihre Aufgabe, alle potenziellen Übertretungen des Arbeitsrechts zu eruieren. (Vgl. ILO 2009: 44)

Durch die vermehrte Einbindung von Arbeitsverwaltungen konnte in vielen Ländern gut gegen moderne Formen von Sklaverei gearbeitet werden. Auch ein erhöhter Personalaufwand bei zuständigen Institutionen war eine zielführende Maßnahme gegen Zwangsarbeit. Dies führte in weiterer Folge auch zu mehr Verurteilungen von TäterInnen. Regierungen realisieren in den letzten Jahren

verstärkt, dass Präventionsarbeit sich lohnt, da sie geringeren Aufwand bedeutet, als die Versorgung der Opfer. Woran es mangelt, sind Evaluierungen zum Erfolg von nationalen Präventionsmaßnahmen, wie die ILO kritisiert. (Vgl. ILO 2009: 47) Gerade Zwangsarbeit in der Privatwirtschaft bedeutet auch in Zukunft eine große Herausforderung, wenn die Abschaffung moderner Sklaverei als Ziel angestrebt wird. ArbeitgeberInnenorganisationen realisierten in den vergangenen Jahren, dass eine Abschaffung von Zwangsarbeit auch in ihrem Interesse ist. So erkannten viele Unternehmen, dass auch in ihren Produktionsketten und auf ihren Handelswegen Zwangsarbeit vorkommt. Die ILO befürwortet eine Kooperation mit den ArbeitgeberInnen- und den ArbeitnehmerInnenorganisationen für unumgänglich bei der Umsetzung der Abschaffung von Zwangsarbeit. Dafür ist vor allem ein einheitliches, internationales Verständnis von Zwangsarbeit notwendig. Zudem muss geklärt werden, welche Rolle die einzelnen Institutionen bei der Abschaffung spielen sollen. So können die einzelnen Organisationen durch ihre Strukturen bereits viel zur Umsetzung beitragen. Sie können ihre Mitglieder schulen und Richtlinien bereitstellen, um Zwangsarbeit zu unterbinden. (Vgl. ILO 2009: 49) Die ILO hat im Jahre 2007 im Rahmen des „Special Action Programme to Combat Forced Labour“ einige Prinzipien aufgestellt an denen sich Unternehmensführungen orientieren können, wenn sie Unterstützung beim Kampf gegen Zwangsarbeit und Human Trafficking brauchen. So ist eine transparente Unternehmenspolitik, welche sich gegen Formen von moderner Sklaverei ausspricht zentral. Es muss sichergestellt werden, dass diese Firmenpolitik auch für alle Betriebe gilt, welche in die Herstellung der Produkte des Unternehmens involviert sind. Angestellte, welche für Personalentscheidungen und Personalwohl verantwortlich sind sollen darin geschult werden, Zwangsarbeit zu erkennen und Mittel zur Bekämpfung einzusetzen. Auch AktionärInnen und InvestorInnen sollen unbedingt davon in Kenntnis sein, dass das Unternehmen sich an ethischen Grundsätzen orientiert und deshalb auch Zwangsarbeit bekämpft und Präventionsarbeit gegen Zwangsarbeit leistet. Die ILO weist Unternehmen auch insbesondere darauf hin, MigrationsarbeiterInnen fair zu behandeln. Sie sollen die Agenturen welche die Arbeitskräfte vermitteln, genau überprüfen in Hinblick auf die Arbeitsverträge. Agenturen welche bekannt dafür sind, missbräuchliche Praktiken anzuwenden, sollen bei der Vermittlung von Arbeitskräften nicht in Anspruch genommen werden. Alle Arbeitskräfte sollen schriftliche Verträge haben,

die ihre Arbeit regeln. Diese Verträge sollen in einer Sprache verfasst sein, die sie gut beherrschen. Beinhaltend sollen diese Verträge unbedingt Arbeitszeiten, Lohn und die Einbehaltung von Dokumenten. Unternehmen werden von der ILO auch dazu aufgefordert, zwischen Regierungen, ArbeitnehmerInnen, strafverfolgenden Einrichtungen und Arbeitsinspektionen gute Zusammenarbeit zu fördern. Zudem ist den Unternehmen auch nahe gelegt, eigene Initiativen gegen Zwangsarbeit ins Leben zu rufen und diese auch in den Medien zu vertreten. (Vgl. ILO 2009: 50) Eine derartige Einbindung der Unternehmen in den Kampf gegen Zwangsarbeit hält die ILO für sehr wertvoll.

Dennoch sind Überprüfungen in der Privatwirtschaft eine unvermeidliche und effiziente Methode, um Praktiken von Zwangsarbeit aufzudecken und in Zukunft zu verhindern. Die ILO sieht soziale Überprüfung als Teil der Kontrollmechanismen gegen Zwangsarbeit. Dafür hat sie ein eigenes Handbuch herausgegeben, das als Anleitung für Firmen und ArbeitgeberInnenorganisationen dienen soll. Große Bedeutung wird dem sozialen Dialog über Zwangsarbeit beigemessen. (Vgl. ILO 2009: 55) In diesem Kontext befürwortet die ILO auch umfassende Informationskampagnen. Dabei soll adäquate Information zu sozialen Profiten der Abschaffung von Zwangsarbeit bereitgestellt werden. Dabei handelt es sich um Maßnahmen wie Bildung, welche eine Gesellschaft bereichern sollen. Einige erfolgreiche Kampagnen nennt die ILO. Zum Beispiel fand 2006 in Großbritannien eine gezielte Kampagne in der Lebensmittelindustrie Birminghams statt, wo ein Großteil der ArbeitnehmerInnen MigrantInnen sind. Veranstaltet wurde die Kampagne von der Transport and General Worker's Union, die durch diese Kampagne 300 neue Mitglieder gewinnen konnte. Zahlreiche ArbeitnehmerInnen konnten durch die Kampagne erreicht werden, vor allem weil die Organisation für die Kampagne MitarbeiterInnen engagierte, welche die gleiche Herkunft und Muttersprache wie die ArbeiterInnen hatten. (Vgl. ILO 2009: 59) Ein anderes Fallbeispiel gibt es in Malaysia, wo ein Helpdesk-Netzwerk für MigrationsarbeiterInnen ins Leben gerufen wurde. Das Netzwerk ist in über 20 malaiischen Regionen anzutreffen. Es bietet MigrationsarbeiterInnen aus anderen asiatischen Ländern Hilfe und Beratung an. Sie kümmern sich auch um Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung am Arbeitsplatz. (Vgl. ILO 2009: 59)

Auch die Einbeziehung nationaler Gewerkschaften und internationale Kooperation zwischen den Gewerkschaften sind für Fortschritte in der Abschaffung moderner

Sklaverei von Relevanz. Die Gewerkschaften vertreten ArbeitnehmerInnen im jeweiligen Land und haben guten Einblick in die Arbeitsrechtssituation des entsprechenden Landes. Eine Zusammenarbeit ist gerade in Hinblick auf die von Zwangsarbeit besonders häufig betroffenen MigrationsarbeiterInnen sehr sinnvoll. Auch hier führt die ILO wieder Beispiele in ihrem Bericht an, wo bereits erfolgreiche Kooperation zwischen Gewerkschaften einzelner Staaten stattfindet. In Zentralasien gibt es eine Übereinkunft zwischen der landwirtschaftlichen kirgisischen Gewerkschaft und einer regionalen landwirtschaftlichen Union in Kasachstan, die besseren Schutz kirgisischer MigrationsarbeiterInnen in Kasachstan zum Ziel hat. Die kirgisische Gewerkschaft bietet Information über die Arbeitsbedingungen in Kasachstan an, die sich an potenzielle MigrantInnen richtet. Die Informationen umfassen Reisekosten, Arbeitsbedingungen und Kontakte zu einer Niederlassung der Organisation in Kasachstan. Die kasachische Gewerkschaft vor Ort hat zugestimmt, die MigrantInnen über ihre Arbeitsrechte zu informieren. Weiters haben sie die Möglichkeit der lokalen Gewerkschaft beizutreten. (Vgl. ILO 2009: 60)

Die Gewerkschaften können auch von Kooperation mit NGOs und BürgerInnenorganisationen profitieren. Diese haben oft gute Kenntnisse der spezifischen, lokalen Situation. Weltweit entstehen zahlreiche neue Organisationen gegen moderne Sklaverei, was intensive Kooperation umso erstrebenswerter macht. Vor allem die Organisation der Betroffenen gegen moderne Sklaverei durch lokale Einrichtungen kann sehr erfolgsversprechend sein. So gelang 2007 in Nepal die Organisation von Personen in Schuldknechtschaftsverträgen. Der kollektive Kampf gegen das System von Bonded Labour kam dadurch in Gang. (Vgl. ILO 2009: 60)

Obwohl also das Bewusstsein für moderne Sklaverei in den nationalen Gewerkschaften gewachsen ist, haben sie noch wenig Erfahrung im Umgang damit. Eine Herausforderung sind hierbei erneut die MigrationsarbeiterInnen, die besonders häufig betroffen sind. Denn sie werden von den inländischen ArbeitnehmerInnen oft abgelehnt, da sie als Konkurrenz empfunden werden. Davon sind auch die ArbeitnehmerInnenorganisationen geprägt. Heimische ArbeitnehmerInnen lehnen aus diesem Grund den Zugang der MigrationsarbeiterInnen zu den Gewerkschaften unter Umständen ab. Andererseits sind auch die MigrationsarbeiterInnen zurückhaltend mit Beitritten, aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und der darauf vielleicht folgenden Abschiebung.

Doch meist unterbinden Gesetze den Beitritt zu nationalen Gewerkschaften für MigrationsarbeiterInnen. (Vgl. ILO 2009: 60-61) Zudem sind jene Sektoren, die von Zwangsarbeit besonders oft betroffen sind, oft am Rande der Erreichbarkeit von Gewerkschaften. Die Ausdehnung des Einflusses der Gewerkschaften auf diese Sparten der Wirtschaft ist eine logistische Herausforderung. Schwer erreichbar für Gewerkschaften sind besonders jene Sektoren, die in den Bereich der informellen Wirtschaft fallen. Die Betroffenen haben oft so ausgedehnte Arbeitszeiten, dass sie keine freie Zeit haben, um Hilfe zu suchen. (Vgl. ILO 2009: 61)

Die ILO strebt also bei einem zukünftigen Vorgehen eine Aktionsweise an, die auf ihre tripartitischen Grundsätze zurückzuführen ist. In der Abschaffung von Zwangsarbeit sieht die ILO Regierungen, ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen gefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Wenn eine Kooperation aller in einem Land zustande kommt, ist dies besonders effizient. (Vgl. ILO 2009: 62-63)

In der umfassenden Publikation „The Cost of Coercion“ aus dem Jahre 2009 legt die ILO also detailliert dar, inwiefern die Abschaffung von moderner Sklaverei in Form von Zwangsarbeit und Human Trafficking vorangetrieben werden kann, welche Erfolge es bereits gibt und welche Trends es seit ihrem Bericht „A Global Alliance against Forced Labour“ im Jahre 2005 gab. Das letzte Kapitel des Reports 2009 setzt sich intensiv mit einer globalen Strategie gegen Zwangsarbeit auseinander. Die ILO sieht sich in führender Funktion bei der globalen Allianz gegen Zwangsarbeit. Die globale Allianz nimmt deutlichere Formen an. Angestrebt wird, weltweit immer mehr PartnerInnen zu finden, welche sich beteiligen. Die Herausforderungen, welche der Kampf gegen Zwangsarbeit stellt, sind unterschiedlicher Natur und erfordern verschiedene Vorgehensweisen. Zwangsarbeit ist vor allem in Entwicklungsländern noch immer sehr verbreitet. Betroffen ist vor allem der informelle Sektor in abgeschiedenen Regionen, wo die Armut sehr groß ist. Dagegen kann nur durch einen Maßnahmenmix vorgegangen werden, durch strafrechtliche Verfolgung von Praktiken moderner Sklaverei und durch proaktive Präventionsprogramme. Einen Rahmen um die PartnerInnen zu erreichen, bieten auch die Vereinten Nationen. Die ILO will auch sichergestellt wissen, dass die Ausrottung von Zwangsarbeit Teil der UN-Ziele gegen Armut und für Entwicklung ist. (Vgl. ILO 2009: 77)

III.4 Maßnahmen des Völkerbundes und der United Nations gegen moderne Sklaverei

Der Völkerbund und noch mehr die Vereinten Nationen sind als große, internationale Organisationen mit den Menschenrechten intensiv befasst. Im Jahre 1923 schuf der Völkerbund ein Sklaverei-Komitee und 1926 eine Sklavereikonvention, die aus der Arbeit des Komitees hervorging. (Vgl. Rogriduez-Pinero 2005: 30-31) 1956 gab die UNO eine Konvention zur Abschaffung von Sklaverei und SklavInnenhandel heraus. Es ist bislang die einzige UN-Konvention zu Sklaverei geblieben. Zunächst sollen die Inhalte der Konvention zusammengefasst werden und dieser Beitrag der UN zur Abschaffung von Sklaverei im Anschluss diskutiert werden.

Die UN hat weiters 1991 ein Fact Sheet zu moderner Sklaverei publiziert, das ebenfalls noch separat behandelt werden soll. In diesem wird explizit darauf eingegangen, dass Sklaverei auch ein modernes Problem ist und nicht der Vergangenheit angehört. Modernere Publikationen der Vereinten Nationen betreffen Teilaspekte von Sklaverei. So hat die UNODC 2009 den „Global Report on Trafficking in Persons“ herausgegeben. (Vgl. UNODC 2009) Bereits einleitend wird deutlich darauf hingewiesen, dass die Transaktionen mit denen Human Trafficking umschrieben wird Verbrechen sind, die als Versklavung besser beschrieben würden. UNODC weist darauf hin, dass es sich eindeutig um eine moderne Form von Sklaverei handelt, die lange ignoriert wurde und für die langsam ein Bewusstsein entsteht. Letzte Entwicklungen wie entstehende Gesetze und ein Verantwortungsbewusstsein der nationalen Rechtswesen entstehen. Genauso kommen BürgerInneninitiativen gegen Sklaverei auf und zu kleinem Teil gibt es auch Anzeichen guten Willens in der Privatwirtschaft, den Opfern zu helfen. Eine dringende Notwendigkeit sieht UNODC darin, die sich aufdrängenden Fragen einerseits nach Zahlen der Betroffenen und andererseits nach Möglichkeiten aktiv zu werden gegen moderne Sklaverei zu beantworten. UNODC sieht als ersten Schritt, sich eingehend mit der Verbreitung und Schwere der Problematik zu befassen und Informationen darüber weiterzugeben. Nur so könne gegen diese Praktiken moderner Sklaverei vorgegangen werden. Der Report zieht Daten aus der Justiz und zur Behandlung der Opfer aus 155 Ländern heran. (Vgl. UNODC 2009: 6)

Ein wichtiges Thema für UNODC sind die kriminellen Strukturen von Human Trafficking. Mehr als zehn Millionen Menschen im Jahr bewegen sich illegal von einem Land in ein anderes. Sie sind dabei großem Risiko ausgesetzt, mindestens 2 500 verlieren dabei jährlich ihr Leben. Die illegalen Migrationsbewegungen sind ein Geschäft, das im Jahr mehr als zehn Millionen US-Dollar umsetzt. Die Kosten für das Trafficking einer Person können praktisch jede beliebige Summe ausmachen, manchmal mehr als 50 000 US-Dollar. (Vgl. McGill 2003: 1) Umfassend eingegangen wird auf die Problematik von Human Trafficking im Kap. IV.

III.4.1 UNO-Konvention zur Abschaffung von Sklaverei, SklavInnenhandel, Institutionen und Praktiken 1956

Die UN-Konvention 1956 wurde verfasst, da die vorangegangene Sklaverei-Konvention aus dem Jahre 1926 noch keine vollständige Abschaffung von Sklaverei erreichen konnte. (Vgl.: Un-Konvention 1956) Die neue Konvention hatte zum Ziel, die Abschaffung von Sklaverei und SklavInnenhandel umzusetzen. Wichtige Inhalte welche in der Konvention festgehalten werden, sind insbesondere die Freiheit von Geburt an die ein Menschenrecht ist, sowie dass Sklaverei und SklavInnenhandel in allen Formen verboten sein sollen.

Alle Mitgliedsstaaten werden explizit dazu aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen gegen Institutionen und Praktiken, die Sklaverei fördern. In Hinblick auf die Definition von Sklaverei wird auf die Sklavereikonvention von 1926 verwiesen, wobei die Definition im Detail auch in der Definition von 1956 nochmals festgehalten wird. So fallen laut der UN-Konventionen alle Formen von Schuldknechtschaft, Leibeigenschaft, Zwangsheirat und Ausbeutung von Kindern unter Sklaverei.

Die Staaten sollen das Halten und Handeln von SklavInnen strafrechtlich verfolgen und sicherstellen, dass innerhalb ihrer Grenzen kein Transfer von SklavInnen möglich ist.

Weiters soll der zwischenstaatliche Austausch von Information Basis für eine Kooperation im Kampf gegen Sklaverei sein. Jede/r SklavIn, der/die als Flüchtling

aufgegriffen wird, hat als frei betrachtet zu werden. Sklaverei ist definiert als Besitzzugehörigkeit zu einer anderen Person, welche entsprechende Machtausübung innehat. Unter SklavInnenhandel fallen alle Formen von Gefangennahme, Erwerb und Veräußerung von Personen. (Vgl. UN-Convention 1956)

III.4.2 Das UNO- FACT-Sheet N0.14 zu moderner Sklaverei 1991

Sklaverei wurde als erste Menschenrechtsangelegenheit von internationalem Belang bekämpft. Heute besteht weltweiter Konsens darüber, dass Sklaverei zu verurteilen ist. Trotzdem sind sklavereiähnliche Praktiken nach wie vor ein immanentes Problem Ende des 20. Jahrhunderts. So umfasst der Begriff Sklaverei heute eine Summe an Verletzungen der internationalen Menschenrechte. Die Verborgenheit, in der sie auf stattfinden, ist Teil des Problems. Opfer moderner Sklaverei stammen aus den ärmsten und verwundbarsten sozialen Gruppen. Sie schweigen oft über ihre Situation, um ihr Weiterleben zu sichern. Es gibt aber ausreichend Beweise, welche die Existenz moderner Sklaverei belegen. Armut ist die häufigste Gemeinsamkeit zwischen den einzelnen Formen moderner Sklaverei. Auch Sklavenmärkte sind nicht endgültig verbannt. Innerhalb der Vereinten Nationen gibt es eine Arbeitsgruppe zu Formen moderner Sklaverei. Diese Arbeitsgruppe ist eine Form aktiven Engagements der Vereinten Nationen gegen moderne Sklaverei. Zudem überwacht die UN die Anwendung der Konventionen, wie die der UN-Konvention aus dem Jahre 1956 und die ILO-Konventionen gegen Zwangsarbeit. Die Aufgabe der UN liegt also insbesondere in der Überprüfung der Fortschritte im Kampf gegen Sklaverei in verschiedenen Teilen der Welt. Die Arbeitsgruppe initiierte auch schon spezifische nationale und internationale Programme gegen moderne Sklaverei. Weiters hat die Arbeitsgruppe Empfehlungen zum Umgang mit moderner Sklaverei veröffentlicht. So sollen Produkte die durch die Ausbeutung von Kindern hergestellt werden boykottiert werden. Es sollen Seminare oder Workshops in Kooperation mit der ILO angeboten werden, die sich mit Zwangsarbeit auseinandersetzen. In Entwicklungsprojekten internationaler Institutionen ist unbedingt darauf zu achten, dass Formen moderner Sklaverei nicht unterstützt werden. (Vgl. UN Fact Sheet No. 14, 1991)

III.5 Kritik an den Maßnahmen von UN und ILO gegen Sklaverei

Die Macht der UN ist nicht so groß wie sie oft anmutet. Die Bemühungen gegen moderne Sklaverei vorzugehen sind groß von Seiten der UN. Doch gerade was den Faktor der Effizienz ihrer Maßnahmen anbelangt, ist eine kritische Hinterfragung unausweichlich.

Einen allgemeinen Konsens zwischen der UN und anderen KämpferInnen gegen Sklaverei gibt es darin, dass Sklaverei abgeschafft werden muss. Die Anstrengungen der UN werden behindert durch nationale Regimes, aber auch durch ihre eigene Bürokratie und die Verzweigkeit ihrer eigenen Behörden. (Vgl. Bales 2007: 140) Ein weiterer Grund für die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der UN im Kampf gegen Sklaverei könnten die bestehenden Strukturen innerhalb der UN sein. Doch würde es lange dauern, bis die Strukturen in der UN demokratisch wären. Der große Vorteil der UN liegt in ihrer globalen Reichweite, wie auch der kritische Sklavereiexperte Bales zuerkennt. (Vgl. Bales 2007: 151) Gerade das weltweite Machtungleichgewicht könnte und sollte demnach laut Bales mit der UNO als Instrument genützt werden, um in der Abschaffung von Sklaverei voranzukommen. Da bereits der internationale Konsens besteht, dass die Versklavung von Menschen gegen die Menschenrechte verstößt und deshalb enden muss, sollten die Supermächte ihre Position ausnützen, wie Bales meint. Sklaverei ist in armen Ländern ein häufiges Phänomen. Da die armen Länder in Abhängigkeitsverhältnissen zu den Supermächten stehen, könnte entsprechend Druck auf sie ausgeübt werden, Strukturen zu verändern und Sklaverei so abzuschaffen. Das wäre eine Vorgehensweise, durch entsprechende internationale Machtausübung den Weg aus der Sklaverei zu finden. (Vgl. Bales 2007: 151)

Dieses gewagte Konzept birgt jedoch seine Gefahren in sich. Auch wenn gerade im Falle der Abschaffung der Sklaverei bereits auf politischer Ebene ein internationaler Konsens zu finden ist, so ist die Umsetzung von auf bestimmten Werten basierenden Vorstellungen durch politischen Druck auf jeden Fall mit einiger Skepsis zu betrachten. Denn würde dieses Vorhaben praktische Umsetzung finden und erfolgreich sein, wäre Sklaverei zwar tatsächlich abgeschafft. Doch in meinen Augen verlangt die Abschaffung der Sklaverei eine wesentliche

Auseinandersetzung mit den Ursachen der Sklaverei, auch und gerade durch die UN. Sklaverei ist nicht nur durch Macht und Druck abzuschaffen, sondern vielmehr durch einen langfristigen Prozess, der die Ursachen der Sklaverei behebt.

Dass hierbei die kritisierte Unkoordiniertheit innerhalb der UN und ihrer Teilorganisationen eine große Hürde ist, möchte ich allerdings ebenfalls hervorheben.

Eine ernst zu nehmende Problematik der ILO ist, wie bei allen politischen internationalen Organisationen, dass ihr Handlungsspielraum stets begrenzt ist. Sie können kaum Sanktionen setzen, wenn ihre Mitglieder sich nicht an die vorgeschlagenen Normen halten. Die von der ILO formulierten Normen sind im Allgemeinen kompromissorientiert. Durch entsprechende Formulierung wird angestrebt, einer hohen Zahl von Mitgliedern die Ratifikation der Konventionen zu ermöglichen. (Vgl. Maul 2007: 24)

Eine Herausforderung im Kontext moderner Sklaverei ist stets die Definition. Die Vielfalt an Definitionen wurde bereits in einem eigenen Kapitel behandelt. Doch nicht nur in der theoretischen Auseinandersetzung mit moderner Sklaverei sind genaue Definitionen eine Herausforderung. Vielmehr bedeutet es auch eine schwierige Aufgabe für praktische Arbeit gegen Sklaverei, sie adäquat zu definieren. Die Definitionen in den Konventionen von UN und ILO sind, wie bereits mehrfach erwähnt, sehr allgemein gehalten und sind aus Kompromissen entstanden. Klare, strikte Definitionen würden eine praktische Umsetzung der Konventionen jedoch um ein Vielfaches erleichtern. Eine Aufforderung wäre also dringend an die internationalen Organisationen wie ILO und UN zu richten, eine möglichst enge Definition von Sklaverei zu geben und darauf aufbauend neue internationale Verträge zu formulieren, anstatt sich an den Konventionen zu orientieren, die unter völlig anderen politischen und sozialen Voraussetzungen entstanden waren. Dadurch könnten TäterInnen entsprechend verfolgt und bestraft werden und die Opfer leichter als solche erkannt werden. (Vgl. Miers 2003: 452-453)

* * *

Politische, internationale Organisationen haben sowohl in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, als auch in den letzten beiden Jahrzehnten wertvolle Arbeit für die

Abschaffung von Sklaverei geleistet. Ihr Beitrag besteht vor allem in der Schaffung internationaler Normen und darin, möglichst viele Staaten für die Anerkennung dieser Normen zu gewinnen. Zentrales, internationales Instrument für die Umsetzung dieser Normen sind die Vereinten Nationen und im spezifischen Fall von einzelnen Typen moderner Sklaverei die ILO, welche sich auf Belange des internationalen Arbeitsrechts spezialisiert hat. Zwei bedeutsame Dokumente der ILO gegen moderne Sklaverei sind die beiden Konventionen 029 aus dem Jahre 1930 und 105 aus dem Jahre 1957, welche die Abschaffung von Zwangsarbeit anstreben. Die Umsetzung dieser Konventionen beobachtet und dokumentiert die ILO selbst, einerseits mithilfe der obligatorischen, jährlichen Berichte der einzelnen Mitgliedsstaaten, andererseits durch die Verfassung eigener Reports zur Entwicklung der Abschaffung von Zwangsarbeit. Umfangreiche, aktuelle Informationen über den Stand der Fortschritte in der Abschaffung von Zwangsarbeit aus der Perspektive der ILO bieten die Publikation „Global Action against Forced Labour“ aus dem Jahre 2005, der ILOLEX-Report 2007 und „The Cost of Coercion“, der Bericht zur Internationalen Arbeitskonferenz 2009. Die ILO setzt sich in ihren Berichten im Detail mit einzelnen Formen von Zwangsarbeit und mit globalen wie auch regionalen Entwicklungen auseinander. Gemeinsam haben die genannten Reports der ILO, dass sie positive Trends aus den Entwicklungen der letzten Jahre ablesen. Ihre eigene Arbeit wird als wichtig erachtet für die Erfolge gegen Zwangsarbeit. Einen wichtigen Schwerpunkt legt die ILO auf die Arbeit mit Opfern von Zwangsarbeit und die internationale Kooperation zum Opferschutz. Auch Präventionsarbeit fällt in diesen Arbeitsbereich. Potenziell Betroffene sollen vermehrt aufgeklärt werden über ihre Arbeitsrechte, insbesondere im Falle von MigrationsarbeiterInnen. Zusammenarbeit fokussiert die ILO vor allem mit ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Maßnahmen der Vereinten Nationen haben ihre Wurzeln noch in der Arbeit des Völkerbundes. Durch die Gründung des Sklaverei-Komitees 1923 und der aus dessen Arbeit hervorgehenden Sklavereikonvention 1926 wurden bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wichtige Schritte zur Abschaffung von Sklaverei gesetzt. 1956 kam es zur Konvention zur Abschaffung von Sklaverei und SklavInnenhandel der Vereinten Nationen. Seither gibt es keine neuen

Konventionen zu Sklaverei, aber ein Fact Sheet aus dem Jahre 1991, das sich konkret mit den Merkmalen moderner Sklaverei auseinandersetzt. Außerdem befassen sich die Vereinten Nationen immer wieder mit Teilaspekten moderner Sklaverei, wie in ihrem „Global Report on Trafficking in Persons“, der von UNODC im Jahre 2009 publiziert wurde und sich mit Human Trafficking als Form moderner Sklaverei intensiv auseinandersetzt. Dieser Report arbeitet umfangreiche Daten zum internationalen Umgang mit Human Trafficking auf. Muster bei TäterInnen und Opfern werden festgehalten, ebenso wie die Struktur von Human Trafficking als transnationales Verbrechen analysiert wird.

Maßnahmen von ILO und Vereinten Nationen sind auch Kritik ausgesetzt. So werden die Maßnahmen gegen moderne Sklaverei oft als nicht effizient genug eingeschätzt. Gerade der große Bürokratieapparat der UN wird als hemmend empfunden für eine praxisorientierte Arbeit gegen Sklaverei. Zudem ist der Handlungsspielraum der großen internationalen Organisationen beschränkt, da sie zwar die Umsetzung der von ihnen geschaffenen Normen kontrollieren, aber die Ausführung nicht aktiv durchsetzen können. Bei den Konventionen handelt es sich zudem um stark kompromissorientierte Übereinkommen.

IV. Human Trafficking als moderner SklavInnenhandel

Menschenhandel ist ein wesentlicher Kernpunkt moderner Sklaverei, der Handel mit Menschen ist ein lukratives Geschäft. Die IOM beschäftigt sich mit Menschenhandelsströmen als Form irregulärer Migration. Im World Migration Report 2008, welchen die IOM herausgegeben hat, wird die Aktualität modernen SklavInnenhandels deutlich. Die Ausbeutung der Betroffenen wird im Bericht hervorgehoben, als häufige Opfer werden Frauen und Kinder genannt. Als oft vorliegende Zwecke des Menschenhandels werden sexueller Missbrauch und Ausbeutung von Arbeitskraft angeführt. Problematisiert wird auch die Missachtung der Menschenrechte im Zusammenhang mit Menschenhandel. (Vgl. IOM 2008: 204)

SklavInnenhandel kann definiert werden als Prozess von Aneignung, Rekrutierung, Unterbringung und Transport einer Person über beliebige Distanzen und sie in Sklaverei oder sklavereiähnliche Ausbeutung zu bringen. (Vgl. Kara 2009: 5)

Rund 2,5 Millionen Betroffene schätzt die ILO im Jahr 2005, werden Opfer von Menschenhandel. Der Handel mit Personen ist eine Schlüsselstelle bei der anzusetzen ist zur Bekämpfung von Ausbeutung, insbesondere auf dem Sektor von kommerzialisierter, sexueller Ausbeutung. (Vgl. ILO 2005: 46)

Der Bericht der IOM aus dem Jahre 2008 sieht eine Eindämmung nur dann für möglich an, wenn die Ursachen für den Handel mit Personen langfristig und effizient bekämpft werden. Im Prozess der Globalisierung gibt es ein Entstehen neuer Arbeitsmärkte und die rasch wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese werden durch reguläre Migrationsströme nicht ausreichend befriedigt. Dadurch entstehen für Mittelspersonen profitable Nischen für den Handel mit Menschen. Diese Personen sieht die IOM als Nutznießer der beschriebenen Situation, welche MigrantInnen zu Opfern machen und ausbeuten. Erst in jüngster Zeit bekommen andere Sektoren als die sexuelle Ausbeutung ebenfalls vermehrte Aufmerksamkeit von internationalen Institutionen, wie der IOM-Report hervorhebt. Genannt als Zielsektoren für gehandelte Personen werden vor allem informelle Arbeitssektoren, wie Haus- und Landwirtschaft, Pflegebereich, Unterhaltungssektor, Bauwesen, Tourismus aber auch Bettelei und Kleinkriminalität. (Vgl. IOM 2008: 204-205) Hinzu kommt der große Bereich in Zusammenhang mit Prostitution, Pornographie und sexueller Ausbeutung. Hierbei handelt es sich nicht nur um wirtschaftliche, sondern vor allem um gesellschaftliche Grauzonen, was die Präventionsarbeit zusätzlich erschwert. Oft erfolgt die Anwerbung der Betroffenen über Arbeits- und Heiratsvermittlungen oder durch Au-pair Verträge. Die betroffenen Frauen und Mädchen landen so in einem Abhängigkeitsverhältnis und wagen es oft nicht, sich an die Behörden zu wenden. (Vgl. Oberloher 2003: 91)

Um zu erreichen, dass Menschen nicht mehr aufgrund der Nachfrage gehandelt und ausgebeutet werden, müsse der Nachfrage nach billiger Arbeitskraft entsprechend Rechnung getragen werden und auch informelle Arbeit im Arbeitsrecht verstärkt verankert und damit Kontrollen unterworfen werden. Auch fordert die IOM eine Änderung im Migrationsrecht, welche die illegalen Migrationsströme entsprechend reguliere und damit eine neue Migrationspolitik einleiten würde. (Vgl. IOM 2008: 205)

Auch die ILO beschäftigt sich mit Menschenhandel als Form modernen SklavInnenhandels. Der ILOLEX-Report 2007 befasst sich unter anderem mit dem

Transport von Menschen in Zusammenhang mit Zwangsarbeit. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass gerade seit Beginn des 21. Jahrhunderts in Zusammenhang mit der fortschreitenden Globalisierung und entsprechenden Fortschritten in Technologie und Transportmöglichkeiten dieses Problem größer geworden ist. Es kam zu einer internationalen Einigung, dass Menschenhandel zu verschiedenen Zwecken wie Zwangsprostitution, Zwangsarbeit und Sklaverei eingesetzt wird. Der Bericht verweist darauf, dass bereits mit Gesetzen reagiert wurde, welche den Transport von Menschen gegen ihren Willen unterbinden sollen. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 73) Der Report geht auch darauf ein, dass die Opfer des Menschenhandels von den Zielstaaten, meist Industriestaaten, oft kriminalisiert werden. Sie werden als illegale Einwanderer betrachtet und nicht als Opfer von transnationalem, organisiertem Verbrechen. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 74) Deshalb bemüht sich die ILO nun darum die Mitgliederstaaten auf ihre Verpflichtung durch die Ratifizierung der Konventionen 29 und 105 aufmerksam zu machen, dass jene Personen, welche in den Handel von Personen involviert sind entsprechend bestraft werden. Andererseits bemüht sich die ILO, sich in Bezug auf die Stärkung von Opfern von Menschenhandel an lokale Autoritäten im Zielland zu wenden. Der Aufenthalt müsse in solchen Fällen legalisiert werden. Als wichtig betrachtet das zuständige Komitee der ILO auch die Präventivarbeit und will potenzielle Opfer von Menschenhandel durch gezielte Information aufklären. (Vgl. ILOLEX 2007: Absatz 74-75)

Auch die Vereinten Nationen haben sich Human Trafficking zugewandt. Während organisierte Verbrechen allgemein zu 90 Prozent von Männern ausgeübt werden, gibt es im Falle von Human Trafficking andere Genderrelationen. Frauen spielen im Human Trafficking eine Rolle als Täterinnen. So sind beispielsweise in Europa mehr Frauen als Männer wegen Human Trafficking verurteilt worden. (Vgl. UNODC 2009: 10) Des Weiteren ist in Hinblick auf die Strukturen auch die Konstruktion der transnationalen Netzwerke von Interesse. Unklar ist noch, ob die Geschäfte mit Trafficking vor allem von den Herkunfts- oder von den Zielländern ausgehen. Die wegen Human Trafficking Verurteilten sind in der Regel Einheimische in dem Land, in welchem sie als TäterInnen verurteilt werden. Es ist also nahe liegend, dass lokale Netzwerke der Herkunftsländer die Opfer akquirieren und sie dann an kriminelle Netzwerke der Zielländer verkaufen. (Vgl. UNODC 2009: 10)

Bei den TäterInnen sind durch die gesammelten Daten gewisse Muster feststellbar gewesen. Es wird darauf verwiesen, dass sie nur für jene Fälle von Human Trafficking repräsentativ sind, die dokumentiert wurden. Signifikant ist, dass in Europa und dem Nahen Osten ausländische Traffickers eine wichtige Rolle einnehmen, was in anderen Regionen nicht der Fall ist. Frauen als Täterinnen dominieren in Osteuropa und Zentralasien vor und in Ostasien, dem Pazifikraum, Zentralamerika und der Karibik sind sie stark vertreten. Die starke weibliche Präsenz bei Verurteilten für Human Trafficking fällt besonders auf, wenn mit den Zahlen verurteilter Frauen für andere Verbrechen verglichen wird. (Vgl. UNODC 2009: 45-47)

Auch versucht UNODC, Profile der Opfer zu erstellen, um bessere Präventionsarbeit leisten können. Zu diesem Zwecke wurden 2006 über 21 400 Opfer in 111 Ländern identifiziert und erfasst. Welche Opfer als solche identifiziert werden konnten, ist stark abhängig von den lokalen Gegebenheiten im Rechtssystem. So werden oft Kinder oder Opfer sexueller Ausbeutung fokussiert bei der Erhebung. In 61 Ländern wurde das Geschlecht der Opfer erhoben. Zwei Drittel der Opfer waren weiblich, 13 Prozent Mädchen. In jenen 52 Ländern, in denen Angaben zur Form der Ausbeutung gemacht wurden, handelte es sich bei 72 Prozent um Opfer sexueller Ausbeutung. (Vgl. UNODC 2009: 10-11) Ähnlich verhält es sich mit Daten zur Ausbeutung von Männern und Buben, deren Fälle oft undokumentiert bleiben. Vorkommen von Child Trafficking wurden in allen Teilen der Welt festgestellt, oft ist es die einzige, offiziell wahrgenommene Form von Human Trafficking. Zwar haben die gesammelten Daten ergeben, dass sexuelle Ausbeutung häufiger Zweck von Human Trafficking ist, doch auch andere Formen der Ausbeutung wurden registriert, wie beispielsweise Zwangsarbeit. Die Statistiken verschleiern die großen regionalen Unterschiede. Festgehalten wird, dass Zwangsarbeit in Westafrika der häufigste Hintergrund für Human Trafficking ist, in West- und Mitteleuropa, sowie in Ost- und Zentralasien sind rund 35 Prozent der Opfer von Human Trafficking für Zwangsarbeit transferiert worden. (Vgl. UNODC 2009: 48-50) Andere Ziele von Human Trafficking, welche durch die von UNODC ermittelten Daten erfasst wurden sind Haushaltsdienste, Kinderbettelei, Zwangsheirat, Organhandel bzw. Organraub und Ritualmorde. Kinder für Bettelei wurden überwiegend nach West- und Mitteleuropa gebracht, in West- und Südafrika wurden Fälle von Human Trafficking für Ritualmorde dokumentiert.

Trafficking für Organentnahmen wurde in Europa, Südasien und dem Nahen Osten aufgedeckt, für Zwangsheiraten fanden sich überwiegend Fälle in Asien. (Vgl. UNODC 2009: 50-51)

Die Transportströme von Human Trafficking beschäftigten UNODC ebenfalls. So wurden zwischen 2003 und 2008 mehr Fälle von intraregionalem Human Trafficking erfasst, als transnationale. Dennoch scheint Trafficking innerhalb von Landesgrenzen nur marginal wahrgenommen zu werden. Opfer aus Ostasien wurden weltweit in verschiedensten Zielregionen erfasst, die von Asien über Afrika, Amerika, Europa und den Nahen Osten reichen. Opfer die in West- und Mitteleuropa angetroffen wurden, kamen aus der höchsten Zahl unterschiedlicher Herkunftsregionen, nämlich Europa, Afrika, Ostasien, Zentralasien, Lateinamerika und Südasien. (Vgl. UNODC 2009: 69)

Der UNODC - Report befasst sich auch mit der Entwicklung der Rechtslage in Bezug auf Human Trafficking. So wurde 2003 ein UN-Protokoll zu Human Trafficking verfasst. Seither reagierten zahlreiche Staaten mit entsprechenden Gesetzen. Gerade in den letzten fünf Jahren gab es große Entwicklungen in den nationalen Strafgesetzen, die auf das UN-Protokoll aus dem Jahre 2003 zurückzuführen sind. Der Bericht geht in weiterer Folge auf die einzelnen Weltregionen im Detail ein. (Vgl. UNODC 2009: 22)

Weltweit hatten 2003 35 Prozent der Staaten Gesetze die Human Trafficking ahndeten, Ende 2008 waren es 80 Prozent. (Vgl. UNODC 2009: 36)

Gerade im letzten Jahrzehnt wuchs die Erkenntnis, dass Menschenhandel als Verbrechen zu werten ist. ExpertInnen schätzen den Handel mit Personen als sehr lukrativ ein, während die Opfer oft schwere Traumata davontragen. Nicht nur die Bedingungen des Transports sind für die Opfer psychisch schwer belastend und oft mit gesundheitlichen Konsequenzen verbunden. Vielmehr ist die sich an den Transport anschließende Ausbeutung die Fortsetzung der schlimmen Bedingungen, mit denen Opfer von Menschenhandel konfrontiert werden. (Vgl. Oberloher 2003: 89-90)

Interessant ist auch eine Definition von Traffickers, wie Anti-Slavery International und ICFTU sie anbieten. So sind all jene Trafficker, welche die Rekrutierung, den Transport, die Beherbergung erleichtern oder die Opfer in Empfang nehmen. Weiters umfasst der Begriff des Traffickers alle, die aus der Verletzbarkeit der

Betroffenen Profit schlagen und sie betrügen oder nötigen. (Vgl. Anti-Slavery International/ICFTU : 12)

Jene Menschen, die in den illegalen Transfer von Menschen involviert sind, sitzen an verschiedensten Positionen im weltweiten Netz von Human Trafficking. Nicht selten sehen sich die Beteiligten als HelferInnen und betonen, dass die geschmuggelten Personen auf eigenen Wunsch hin ins Ausland gebracht werden. Genau dies hebt auch ein chinesischer Kontaktmann hervor, dessen Erfahrungen und Meinung McGill in „Human Traffic“ schildert. (Vgl. McGill 2003: 123-125) Der Bericht dieses Insiders, der zwar einerseits betont, nicht involviert zu sein in Human Trafficking, andererseits durch seine detaillierten Beschreibungen nach Einschätzung des Autors offensichtlich Teil des Netzes von Human Trafficking ist, zeigt einige der zahlreichen Facetten von illegalem Transfer von Personen. Der Informant sieht Human Trafficking als das Ausnützen eines Marktes, der vorhanden ist und als eine Dienstleistung, die ihren Preis hat. Einen Preis, der ständig ansteigt. Als Grund für die steigenden Transferkosten nennt er laufend verbesserte Methoden zur Aufdeckung, sowie dem hohen Risiko. (Vgl. McGill 2003: 125) Dass Maßnahmen gegen Human Trafficking durch die Politik nicht wirkungsvoll sind erklärt der Informant damit, dass ständig mehr Personen in das Geschäft einsteigen. Die Kosten für den Transport hat immer die Person zu tragen, die ins Ausland gebracht wird. Die Bezahlungsmöglichkeiten sind unterschiedlich. Und hier kommt in Zusammenhang mit Human Trafficking der Aspekt moderner Sklaverei deutlich zum Tragen, selbst wenn der Transfer tatsächlich auf Wunsch der geschleppten Person basiert. Eine Option der Bezahlung sind Schuldknechtschaftsverträge, wo die Opfer im Ausland für die Transporteure arbeiten müssen, bis ihre Schulden abgearbeitet sind. Hierbei handelt es sich um Gebundenheit von etwa 10 bis 15 Jahren. (Vgl. McGill 2003: 125-126) Eine andere Bezahlungsmöglichkeit ist die Einwilligung, ein Organ für den Transport zu geben. Unter diesen Umständen ist die Reise im Gegensatz zu anderen Fällen von Human Trafficking sehr komfortabel, damit das betreffende Organ in bestmöglichem Zustand an seinen Bestimmungsort kommt. Auch zur Abbezahlung von Schulden gibt es oft die Option, ein Organ zu opfern. Die Entnahme passiert selten in Spitälern, sondern meist an abgeschiedenen Orten. Das Risiko ist entsprechend hoch. (Vgl. McGill 2003: 127-128) Wie der Transfer der Person sonst vor sich geht, ist unterschiedlich. So kann dies mit fremden Pässen und teuren Flügen passieren, da Passagiere in der

ersten Klasse seltener von Zollbeamten aufgehalten werden. Dabei handelt es sich um die teuerste Variante. Mit fremden Papieren in der Economy Class zu reisen ist eine andere Möglichkeit, ansonsten erfolgt der Transport per Schiff oder mit dem Auto. Das Transportmittel hinge alleine von der Bezahlung ab. (Vgl. McGill 2003: 128)

Die Zusammenhänge zwischen Menschenhandel, Sklaverei und Zwangsarbeit sind eng. Eine Möglichkeit, zahlreiche Formen von Zwangsarbeit in Zukunft zu verhindern, ist effizientere Arbeit gegen den Schmuggel von Menschen. Doch auch Menschen, die freiwillig migrieren, sind für Zwangsarbeitsverträge und Schuldknechtschaft besonders geeignete Opfer. Insbesondere jene, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, sind leicht unter Druck zu setzen und landen deshalb in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Den Betroffenen fehlt das Vertrauen in die Behörden, weshalb sie oft keine Alternative haben. Dies wird von ihren ArbeitgeberInnen ausgenützt. (Vgl. ILO 2005: 46-47)

Human Trafficking, also der Transport von Menschen zur Ausbeutung für Arbeit oder sexuelle Dienste konnte international kriminalisiert werden. Vermehrt machten in den letzten Jahren Länder den Transport von Menschen gegen deren Willen, zu ausbeuterischen Zwecken strafbar. Auch dort, wo entsprechende Gesetze in Kraft sind, ist der Umgang mit individuellen Fällen in der Praxis offenbar nicht immer einfach. Staatliche Exekutiven sind häufig damit überfordert, Opfer von Menschenhandel als solche zu erkennen. Die ILO nimmt eine beratende Funktion an, um in Zukunft die Arbeit der Exekutive in den einzelnen Staaten in diesem Bereich zu optimieren. Hervorgehoben wird die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, die eine Liste von Indikatoren für Zwangsarbeit und Menschenhandel herausgab. Diese Indikatoren sollen den Zweck erfüllen, dass Staaten und ihre Organe die Opfer von Menschenhandel leichter erkennen und entsprechend handeln können.

Schlepperei von Menschen als verbreitete Form von Migration ist eine Herausforderung im Kampf gegen moderne Sklaverei. Der informelle Sektor ist besonders betroffen. Dienstleistungen, wie als Arbeitskraft in privaten Haushalten förderten die Nachfrage, wobei hier vor allem junge Frauen betroffen sind. (Vgl. ILO 2009)

Besonders häufig ist das Schicksal von SexsklavInnen, die unter falschen Versprechungen ins Ausland gelockt werden. Dafür tragen sie in der Regel selbst

die Kosten oder verschulden sich und stehen damit in großer Abhängigkeit von den MenschenhändlerInnen. Die Zahlen der Betroffenen sind sehr hoch, geschätzt wird dass eine Million Frauen weltweit als SexsklavInnen festgehalten werden. Europäische Länder haben ebenso wie die USA, Australien oder Neuseeland mit dem Anstieg illegaler, ausländischer Prostituiertes zu kämpfen. Die rigide Einreisepolitik und die erschwerten Möglichkeiten für eine Aufenthaltserlaubnis machen es nicht unmöglich, Frauen ins Land zu schmuggeln. Es treibt allerdings die Kosten dafür in die Höhe. Laut einer UN-Schätzung sind in jedem Moment zwei Millionen Frauen und Kinder irgendwo auf illegalen Transportwegen unterwegs. Die Herkunft der Opfer ist weit gestreut, oft handelt es sich jedoch um Frauen aus Südasiens, Südostasien, Osteuropa, dem Pazifik oder auch aus Brasilien oder Honduras. Ihr Schicksal ist individuell und doch gibt es Ähnlichkeiten. Sie teilen den Wunsch nach einem besseren Leben, welcher sie ins Ausland führt. Dort werden viele zu Sexsklavinnen. Die meisten von ihnen hoffen auf Reichtum und Luxus, wenige erwarten im Zielland einfache Arbeit verrichten zu müssen oder gar als Prostituierte zu enden. (Vgl. McGill 2003: 77-81)

Die Opfer von Sex Trafficking enden jedoch oft in einem größeren Elend, als jenem aus dem sie kommen. Neben der Armut, in der sie meist leben müssen erleben sie körperliche und psychische Misshandlungen. Ein weiterer, sehr schwieriger Aspekt auch in Hinblick auf eine Re-Sozialisierung von Opfern ist die Schande, die sie in der Wahrnehmung vieler Gesellschaften über ihre Familie bringen. Wenn ihnen die Flucht gelingt oder sie es schaffen, Kontakt zu ihrer Familie herzustellen, lehnen diese den Kontakt oft ab. Viele wagen es auch nicht, sich mit ihrer Familie in Verbindung zu setzen aus Scham- und Schuldgefühlen. Zudem hält viele die Hoffnung aufrecht, sie könnten nach Abarbeitung ihrer „Schulden“ bei den Traffickern und Zuhältern, ihre Freiheit wieder erlangen und dann eine bessere Beschäftigung finden. (Vgl. Kara 2009: 2-3) Menschenhandel mit dem Ziel sexueller Ausbeutung ist trotz der medialen Aufmerksamkeit ein schwer begreifbares Thema. Problematisch ist auch der Mangel an internationaler Kooperation von Organisationen die Sex Trafficking bekämpfen wollen. Auch bei der Durchsetzung der Gesetze gegen Sex Trafficking sind die Fortschritte nur sehr langsam. Ein Ansatz zur Unterbindung von Menschenhandel für kommerzielle, sexuelle Ausbeutung wäre eine umfassende Analyse der dahinter stehenden Ökonomie, in Verbindung mit gezielten Schritten der Intervention. Eine solche

Analyse fehlt bislang. (Vgl. Kara 2009: 3) Eine zentrale Ursache für die enorme Expansion von Sex Trafficking ist der Profit, der damit gemacht wird. Die Möglichkeit des Profits ist eine direkte Konsequenz globaler Ungleichheiten, die aus dem Prozess ökonomischer Globalisierung entstanden. Um dem Handel mit Menschen für sexuelle Ausbeutung ein Ende zu machen, muss der Profit damit Einbrüche erfahren, denn wenn das Geschäft nicht mehr lukrativ wäre, würde das Gewerbe nicht mehr von Interesse sein. (Vgl. Kara 2009: 4) Der SklavInnenhandel erfüllt die Nachfrage nach SexsklavInnen. Die Erfüllung von Angebot und Nachfrage erfolgt in drei Schritten: der Beschaffung, der Verschiebung und der Ausbeutung der SklavInnen. Lokale Faktoren spielen eine große Rolle bei der Akquirierung, doch in der Regel erfolgt sie über bestimmte Muster. Diese können Täuschung des Opfers, Verkauf des Opfers durch die Familie, Entführung, Verführung oder Rekrutierung durch ehemalige SklavInnen sein. Gerade die Rekrutierung durch ehemalige SklavInnen ist in ihren Ursachen schwer nachvollziehbar. Doch die Psyche der Opfer wird durch ihre Erfahrungen als SexsklavInnen stark geprägt. Sie nehmen Gewohnheiten an, um in ihrem Alltag überleben zu können. Dazu gehören Alkohol und Drogen ebenso, wie ständiger psychischer Druck. Ihnen wird vermittelt, sie würden kein besseres Leben verdienen, als jenes als SklavIn. Deshalb arrangieren sie sich mit ihren SklavhalterInnen und kooperieren mit ihnen. Dadurch können sie innerhalb des SklavInnensystems aufsteigen. Sie können AufseherInnen werden oder auch zur Rekrutierung neuer SklavInnen ausgesandt werden, oft in ihrer Heimat. Sie werden bestens ausgestattet auf ihre Mission geschickt und haben Geld zur Verfügung, um ihren Auftrag zu erfüllen. Zudem werden ihnen Provisionen versprochen für jede/n neue/n SklavIn, die/den sie bringen. (Vgl. Kara 2009: 9)

Um effiziente Maßnahmen gegen Sex Trafficking, der häufigsten Form von Human Trafficking treffen zu können, ist demnach eine genaue Befassung mit den ökonomischen Mechanismen demnach sehr sinnvoll. Das große, globale Angebot an SexsklavInnen ist ein wichtiges Merkmal des Handels mit SexsklavInnen. Die Faktoren welche das Angebot an potenziellen SklavInnen ausmachen, haben eine sehr große Spannweite. Sie reichen von historischen Gründen über Armut, fehlende Gesetze, militärische Konflikte, ökonomische Krisen, soziale Instabilität und gesellschaftliches Ungleichgewicht in ethnischen oder Gender-Bedingungen. Jeder einzelne dieser Faktoren steht in Zusammenhang mit der fortschreitenden

Globalisierung. (Vgl. Kara 2009: 23) Auch das Interesse ist in Hinblick auf Ursachenbekämpfung relevant: drei Kräfte beeinflussen den Markt in Hinblick auf die Nachfrage. Nachfrage (von Männern) nach sexuellen Dienstleistungen, Profit und die Flexibilität der Nachfrage. Die Sexindustrie könnte nicht existieren, ohne die entsprechende Nachfrage von KundInnen nach kommerziell angebotenen Sexleistungen. Doch nur ein sehr kleiner Anteil an Männern ist für die Nachfrage verantwortlich. Es kann geschätzt werden, dass weltweit zwischen sechs und neun Prozent der Männer (abhängig von der angenommenen Frequenz, in der die Männer die Sexdienste in Anspruch nehmen) SexsklavInnen aufsuchen. Dennoch hat die männliche Nachfrage nach kommerziellen Sexdiensten das Sexgewerbe seit Jahrhunderten vorangetrieben und daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Seit den 1990er Jahren gibt es jedoch den globalen Trend, die Etablissements mit SklavInnen zu belegen und nicht mehr mit freiwilligen ArbeiterInnen. Sexsklaverei ist somit eine Form der Profitmaximierung in der Prostitution. (Vgl. Kara 2009: 32-33) Die Abschaffung von Menschenhandel mit dem Ziel kommerzieller, sexueller Ausbeutung ist also verbunden mit einem Durchbrechen des Kreislaufs von Angebot und Nachfrage und den damit verbundenen Faktoren. Was in Hinblick auf Sex Trafficking als lukratives Gewerbe eine sehr effiziente Maßnahme ist, um die Abschaffung voranzutreiben, ist den Profit zu reduzieren. Der Transport für eine/n SklavIn muss kostspieliger werden, was die Gewinnspanne entsprechend verringert. Gleichzeitig muss das Risiko für Menschenhandel für die Traffickers steigen. (Vgl. Kara 2009: 200) Es muss also eine Kooperation der internationalen Abschaffungsbewegungen von Human Trafficking geben, die sich für einen Einbruch des Profits und eine Steigerung des Risikos für das Geschäft des Traffickings engagiert. Denn wenn die Kosten steigen und diese an die Kundschaft weitergegeben werden, wird die Gewinnspanne durch die höheren Preise ebenso sinken, wie wenn die Trafficker selbst die erhöhten Transportkosten tragen. Das Geschäft mit SexsklavInnen wird dadurch weniger attraktiv. Der Transport an den Einsatzort des/der SklavIn ist der teuerste Faktor im Geschäft mit SexsklavInnen. An ihrem Zielort werden sie ausgebeutet und der/die SklavenhalterIn hat kaum Kosten zu tragen. Um moderne Sexsklaverei zu beenden, muss also der Transport der SklavInnen erschwert werden. Dies kann durch Steigerung der Kosten, Erschwernis durch entsprechende Gesetze und durch Sichtbarmachen passieren. Denn Human Trafficking ist eine illegale Praktik, die dennoch weltweit täglich

angewandt werden kann. Die Illegalität ist die größte Schwäche des Gewerbes. Steigende Kosten würden für viele BetreiberInnen die Rentabilität ihres Geschäfts in Frage stellen, da das hohe Risiko vor allem durch hohe Gewinne ausgeglichen wird. Gegenwärtig sind die Kosten in der Kalkulation der BetreiberInnen niedriger als das Risiko. Das derzeitige Risiko als SklavenhalterIn gefasst, verurteilt und bestraft zu werden, ist relativ gering. Die TäterInnen sind sich der Illegalität ihrer Tätigkeit bewusst und gehen das geringe Risiko ein, da selbst ökonomische Nachteile durch eine mögliche Verurteilung meist durch den Gewinn durch die Sexsklaverei abgedeckt sind. (Vgl. Kara 2009: 202-205)

In Zusammenhang mit der Prävention von Menschenhandel ist es besonders wichtig zu erkennen, wie Menschen in die Hände der Menschenhandelsnetzwerke geraten. Hier ist ein dichtes, kriminelles Netzwerk die Grundlage. Kriminelle Landsleute der Opfer sind für Auskundschaftung und Anwerbung künftiger Opfer verantwortlich. Die Netzwerke reichen jedoch bis zu politischen Persönlichkeiten und Beamten, welche auf illegalem Wege Dokumente und Reisepapiere für Opfer gegen Bezahlung bereitstellen. (Vgl. Oberloher 2003: 92-93) In Zusammenhang mit Menschenhandel verweist die Publikation „Forced Labour in the 21st Century“ von Anti-Slavery International und ICFTU auch auf die UN-Konvention gegen transnationales, organisiertes Verbrechen. In dieser Übereinkunft ist als weiterer Schritt im Opferschutz vorgesehen, dass bei der Behandlung von Human Trafficking und den damit in Zusammenhang stehenden Formen menschlicher Ausbeutung als Verbrechen, die ursprüngliche Zustimmung des Opfers zur ausbeuterischen Situation keine Relevanz hat auf die Exekution von Menschenhandel und Ausbeutung als Verbrechen. Als Beispiel wird angeführt, dass es Frauen gibt die vorab zustimmen, nach Europa gebracht zu werden, um dort im Sexgewerbe zu arbeiten. In weiterer Folge wird aber häufig die persönliche Freiheit eingeschränkt, ihnen ihre Dokumente weggenommen, sie werden zu 12 Stunden Arbeit am Tag gezwungen und nicht bezahlt. Solche Situationen entsprechen nicht nur nicht den Erwartungen der Opfer, sondern sind eindeutig als Ausbeutung einzustufen, für welche die Täter strafrechtlich verfolgt werden sollen. (Vgl. Anti-Slavery International/ICFTU : 12)

Gezielte Schritte gegen Menschenhandel sind für die Zielländer der Schmugglerketten mittlerweile ein politisch relevantes Thema. In Europa konzentriert sich die Bekämpfung der Schlepperei von Menschen vor allem auf eine

lokale Ebene. Eine transnationale Rolle fällt der UN zu, die zwar aktiv wenig zur Umsetzung der Abschaffung des Menschenhandels beitragen kann, aber als Plattform zur Weitergabe von Information Wert hat. So wurde durch die von den Vereinten Nationen weitergeleitete Information im Jahre 2002 die steigende Zahl geschmuggelter somalischer Kinder aufgedeckt. Die betroffenen Kinder stammten aus dem somalischen Bürgerkriegsgebiet. Häufig finanzierten ihre Familien ihre Ausreise, um ihre Zukunft zu sichern. Viele gerieten dadurch in die Hände von Menschenhändlerringen und landeten in Kriminalität oder Prostitution. Nachdem die UN auf diesen Missstand hingewiesen hatte, konnten aktive Maßnahmen ergriffen werden. Bei den Passkontrollen wurde die Aufmerksamkeit ebenso erhöht, wie bei asylwerbenden Familien DNA-Proben eingeführt wurden um Kinder zu identifizieren, die ohne ihre Familie reisten. Die verstärkte Aufmerksamkeit ermöglichte die Verhaftung einiger TäterInnen. (Vgl. McGill 2003: 186-188)

Es gibt zahllose Beispiele für Human Trafficking aus allen Teilen der Welt.

Human Trafficking wird als Folge von Armut auch schnell mit armen Ländern assoziiert, doch nicht zu vergessen ist, dass die Zielländer nicht selten reiche Industriestaaten sind. Europa ist Zielregion des modernen SklavInnenhandels, ebenso gibt es aber auch Ströme von Human Trafficking innerhalb Europas. Es ist im Westen mehr eine Vorstellung von Frauen aus Asien und Lateinamerika verbreitet, die nach Europa gebracht werden und nicht aus anderen europäischen Ländern. Auch AfrikanerInnen kommen durch Human Trafficking nach Europa. In Hinblick auf Ströme von Human Trafficking für sexuelle Ausbeutung stieg mit Ende des 20. Jahrhunderts die Bedeutung intraregionaler Bewegungen von Personen innerhalb von Regionen oder Ländern. Die Ausdehnung des Sexmarktes bedeutete eine steigende Nachfrage nach Frauen. Gerade in den ärmsten Ländern der Regionen sind die Sexmärkte stets am größten. Nachfrage wird durch Trafficking erfüllt. Auch Faktoren wie Gender-Ungleichheit und lokale Konflikte spielen eine Rolle bei den Herkunftsländern der Opfer. Das Wachstum der Sexindustrie im Westen bedingt eine steigende Nachfrage, da in den wohlhabenden Ländern kaum einheimische SexarbeiterInnen gefunden werden. Das erschafft einen starken Markt für MigrantInnen, der auch durch Trafficking wesentlich befriedigt wird. Am untersten Ende der Sexindustrie stehen Bedingungen, die nur als Sexsklaverei bezeichnet werden können, während am oberen Ende große Gewinne stehen, die Wenigen zufließen. (Vgl. Kelly 2005: 240-243)

Auch Human Trafficking von ZwangsarbeiterInnen nach Europa und innerhalb Europas sind keine Ausnahme. In diesem Kontext werden tendenziell eher männliche Opfer assoziiert, wie zum Beispiel Arbeiter in Bergwerken und Minen. Tatsächlich sind auch große Zahlen von Frauen betroffen, insbesondere was intraregionale Bewegungen anbelangt. Hintergrund von Arbeitsausbeutung in Europa ist die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft für Gewerbe die nicht mehr konkurrieren können und die deshalb eine Kostensenkung benötigen. Durch Einsparung bei den Arbeitskräften können die Produktionskosten stark reduziert werden und die Firmen bleiben konkurrenzfähig. Einige Sektoren der westeuropäischen Wirtschaft sind bereits abhängig von der Arbeit legaler und illegaler MigrantInnen. Davon sehr häufig betroffen ist die Landwirtschaft, aber auch die Textilindustrie. Zwangsarbeit hat jedenfalls noch nicht das gleiche Volumen an Aufmerksamkeit erreicht, wie Sex Trafficking. (Vgl. Kelly 2005: 245-246) Die Kosten für Trafficking variieren sehr stark und sind abhängig von der Route. Je teurer die Reise, desto größer ist die Abhängigkeit und Verschuldung der MigrantInnen. Gerade die Preise für die Reise nach Europa sind sehr hoch. Auch deshalb ist die Ausbeutung der Opfer in Europa besonders extensiv. Kauf und Weiterverkauf von SklavInnen in der Sexindustrie werden immer häufiger. Ein türkischer Trafficker gab im Rahmen einer Studie offen zu, dass es regelrechte Auktionen gibt, bei denen Frauen verkauft werden. Frauen werden buchstäblich als Waren verkauft. Berichte unterstreichen diesen Trend, so erzählen Frauen davon, mehr als 20 Mal weiterverkauft worden zu sein. Es handelt sich um einen Mechanismus, der zu maximaler Ausbeutung führt, da Schulden so niemals abbezahlt werden können. Jene Preise, die für die SklavInnen erzielt werden, spiegeln weiters einen Warenwert wider und haben auch rassistischen Hintergrund. Der „Wert“ von Menschen wird durch finanzielle Kalkulation festgelegt, die Konsequenzen für die Identität der Opfer kaum realisiert. Bezeichnend ist auch, dass die Flucht aus der Sklaverei für Opfer von Human Trafficking sehr schwer ist, was auch in Zusammenhang mit der Gesetzgebung in vielen Ländern steht. Betroffene Prostituierte, die von der Exekutive aufgegriffen werden, erfahren eine Behandlung als illegale Migrantinnen und werden oft verhaftet. Das ist für die Betroffenen sehr abschreckend, weshalb viele eine Flucht nicht in Erwägung ziehen. (Vgl. Kelly 2005: 248-249)

Eine solche Situation ergibt sich auch für Opfer von Menschenhandel in Österreich. In Wien fand 2008 ein Symposium statt, das sich mit Bekämpfungsstrategien gegen Menschenhandel auseinandersetzte. Dabei stellten ExpertInnen die Herausforderungen für Österreich dar, um gegen Menschenhandel vorzugehen und die Opfer in Zukunft besser zu schützen. Hervorgehoben wurde die Bedeutung internationaler Kooperation. Um das Problem an der Wurzel zu bekämpfen, müsse verstärkte Zusammenarbeit mit jenen Staaten betrieben werden, von denen der Menschenhandel ausgeht. Auch wird ein Zusammenhang des Menschenhandels mit sozialen Problemen wie Armut und schlechter Bildungssituation erwähnt. (Vgl. AIDP 2008: 5) MenschenhändlerInnen strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen wird als große Herausforderung betrachtet. Im Kontext der Strafverfolgung soll unbedingt auch dem Opferschutz ein wichtiger Platz eingeräumt werden. Das Menschenrechtsprotokoll der UNODC versucht, beide Anliegen zu berücksichtigen. Die einzelnen Staaten sollen dabei angeleitet werden, ihre Betreuungsstrukturen für Opfer von Menschenhandel zu optimieren. (Vgl. AIDP 2008: 10-12)

* * *

Human Trafficking als Form moderner Sklaverei nimmt jenen Platz ein, den früher der SklavInnenhandel eingenommen hat. Human Trafficking umfasst einen Prozess von Rekrutierung, Transfer und Übergabe von SklavInnen, oft mit Zwischenschritten wie vorübergehender Unterbringung und Ausbeutung vor Erreichen des eigentlichen Bestimmungsortes. Der heutige Menschenhandel hat ganz klar die Ausbeutung von Menschen zum Profit anderer zum Ziel. Unterschiede gibt es bei der Rekrutierung, die unter Zwang aber auch durch Vortäuschung falscher Tatsachen und aufgrund von Hoffnungen des Opfers vor sich gehen kann. Der Transport der Opfer kann innerhalb eines Landes oder transnational sein. Mit effizienten Maßnahmen gegen Human Trafficking würde entscheidend gegen moderne Sklaverei vorgegangen werden, da die Nachfrage nach SklavInnen nicht mehr erfüllt werden könnte. Sektoren, welche mittels Human Trafficking ArbeitnehmerInnen beziehen sind sehr unterschiedlich, sie reichen von Landwirtschaft über Hauswirtschaft, Pflege, Unterhaltungsindustrie, Tourismus, Baugewerbe und zahlreiche informelle Tätigkeiten, aber auch kriminelle Beschäftigungen. Dazu kommt der große Sektor der Prostitution, der für die

Verbreitung von Human Trafficking bekannt ist. Um die Ausmaße von Human Trafficking einzudämmen ist es wichtig, die Probleme bei ihrer Wurzel zu erfassen. Dazu gehört die Armut in den Herkunftsländern der Opfer. Aber auch soziale Strukturen, die manche Teile der Gesellschaft, wie ethnische Minderheiten oder Frauen besonders gefährden, können Human Trafficking fördern. Auch die Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik in den Zielländern kommt den Traffickern oft entgegen. Durch den illegalen Aufenthalt im Zielland werden die Opfer von ihnen abhängig gemacht und haben oft nicht den Mut, sich an die Behörden zu wenden. Deshalb müssen die Behörden für den Umgang mit Opfern von Human Trafficking entsprechend sensibilisiert werden. Spezifisch für Human Trafficking ist weiters, dass die Transferkosten stets den Opfern angelastet werden, was zu einer enormen Verschuldung und Abhängigkeit der Opfer führt, auch wenn die Opfer freiwillig migrieren. Um für die TäterInnen das Geschäft des Handels mit Menschen uninteressant zu machen, müssten die Kosten steigen und die Gewinne entsprechend sinken. Durch verschärfte Kontrollen könnten die Kosten für den Transfer in die Höhe getrieben werden.

Hervorzuheben ist die Globalität von Human Trafficking, dem modernen SklavInnenhandel. Um dagegen vorgehen zu können, darf der Fokus nicht alleine auf den Herkunftsländern liegen, sondern auch die Zielländer von Human Trafficking müssen bei der Schaffung von Gegenmaßnahmen ausreichend Berücksichtigung finden.

V. Internationale Kinderarbeit als besonderes Problemfeld im Kontext moderner Sklaverei

Kinderarbeit ist im Feld moderner Sklaverei besonders heikel in Hinblick auf ihre Definition. Kinderarbeit soll hier nicht pauschal kriminalisiert werden. Vielmehr soll hervorgehoben werden, dass genau differenziert werden muss zwischen produktiver Tätigkeit von Kindern in einem zumutbaren Rahmen und jenen Formen der Kinderarbeit, wo massive Ausbeutung besteht, die individuelle Freiheit beschnitten wird und es zu Misshandlung kommt.

Die Ausbeutung von Kindern nahm eine zentrale Position in UN-Berichten der 1980er und 1990er Jahre ein. Akzeptiert wurden Formen von Kinderarbeit

innerhalb der Familie oder auch außerhalb bei älteren Kindern, wenn sie dadurch nicht von Bildung und Freizeit abgehalten wurden. (Vgl. Miers 2003: 425) Andernfalls galten sie als KindersklavInnen oder ausgebeutete Kinder. Die Problematik von Kinderarbeit ist in armen Ländern deutlich mehr verbreitet, als in den reichen Ländern. Die Arbeitsbedingungen sind sehr unterschiedlich, teilweise gefährden sie die Gesundheit und das Leben der Kinder. Dies ist beispielsweise in chinesischen Feuerwerksfabriken der Fall. (Vgl. Miers 2003: 427) Alarmierend ist auch die Zahl der Kinder, die durch Entführung und Zwang dazu gebracht werden, Teil bewaffneter Gruppen zu werden, sowohl im Rahmen Armeen als auch in Rebellengruppen. Die UN schätzte zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zahl der Kindersoldaten weltweit auf rund 300 000 in etwa 30 Ländern. Bekanntheit hat die Befreiung von über 2 500 Kindersoldaten im Sudan 2001 erlangt, welche von UNICEF in die USA gebracht und dort in Gastfamilien untergebracht worden waren. (Vgl. Miers 2003: 428)

Trotz der vergleichsweise großen internationalen Aufmerksamkeit, welche KindersklavInnen die im Sexgewerbe festgehalten werden bekommen, sind die Zahlen der Betroffenen und die Verbreitung besonders hoch. Die sexuelle Ausbeutung von Kindern betrifft Buben und Mädchen, wobei die Zahl der betroffenen Mädchen wesentlich höher ausfällt. Die Kinder werden gekidnappt oder von ihren Eltern an VermittlerInnen verkauft, da sie sie nicht ernähren können. Schaffen sie den Ausstieg aus dem Gewerbe oder gelingt ihnen die Flucht aus ihrer Gefangenschaft, können sie meist nicht auf familiäre Unterstützung hoffen. Sie sind AußenseiterInnen in ihrer Gesellschaft. Durch Schuldknechtschaftsverträge oder/und durch Gewalt werden sie zur Sexarbeit gezwungen und bleiben von ihr abhängig, dazu kommt der Mangel an Alternativen. Im Fall der SexsklavInnen besteht sehr oft eine Verbindung zu Menschenhandelsaktivitäten. Denn in den allermeisten Fällen werden die betroffenen Kinder vom Heimatort weggebracht, entweder in größere Städte oder aber sie werden in andere Länder verschleppt. Zielort sind nicht selten reiche Länder, wo die Kinder versteckt gehalten und zur Prostitution gezwungen werden. (Vgl. Miers 2003: 428)

Das Geschäft mit Kindern hat nicht nur den Zweck der sexuellen Ausbeutung. Kinderhandel für den Adoptionsmarkt ist ebenfalls ein blühendes Geschäft. Die Kinder werden entführt oder ihren Eltern abgekauft. Auch in diesem Fall können die Eltern ihre Kinder nicht versorgen oder die Mütter sind Prostituierte und

deshalb gezwungen, ihre Kinder wegzugeben. Meist haben die Kinder, welche auf diese Weise verkauft werden keine Zukunft mit guter Bildung und einer neuen Familie in einem wohlhabenden Land, sondern werden als Arbeitskräfte ausgebeutet und/oder sexuell missbraucht. Ihre Situation ist die von SklavInnen, sie haben kaum eine Möglichkeit zu entkommen. (Vgl. Miers 2003: 430)

Human Trafficking von Kindern beschäftigt auch internationale Organisationen. Die UN-Konvention gegen transnationale Verbrechen sieht vor, dass die Beihilfe zur Migration im Falle von KinderarbeiterInnen auf jeden Fall immer als Verbrechen zu ahnden ist. Durch die Schlepperei haben sie keinen legalen Aufenthaltsstatus im Zielland, was ihre Ausbeutung erleichtert. Zudem sind sie aufgrund ihres Alters leichter auszubeuten, als Erwachsene (Vgl. Anti-Slavery International/ICFTU: 12)

Fallbeispiele von Kindern, welche Opfer von Human Trafficking wurden gibt es in großer Zahl. So dokumentierten Anti-Slavery International und ICFTU die Geschichte des Transports und der Zwangsarbeit von Kindern, die vom Benin nach Gabun gebracht wurden und Zwangsarbeit verrichten mussten. Von den dokumentierten Fällen waren 86 Prozent der Opfer Mädchen. Die Eltern sagten häufig aus, sie wären vorbestimmt den Rekrutierenden ihre Kinder auszuhändigen, da sie nicht genug Einkommen haben, um sie zu ernähren. Mehr als zwei Drittel der befragten Kinder bezeichneten ihre Behandlung im Gabun als schlecht. Sie erzählten, dass sie geschlagen und angeschrien wurden und teilweise kein Essen bekommen hatten. Als besonders schlimm bezeichneten viele der Kinder ihre Arbeitsbedingungen. Sie hatten bis zu 18 Arbeitsstunden am Tag zu leisten, sowohl neben kommerzieller Arbeit auch im Haushalt. Die Arbeit war auch körperlich schwer, oft waren weite Fußwege zurückzulegen. Falls die Kinder zu wenig verdienten, waren sie dem Risiko von körperlicher Misshandlung als Strafe zusätzlich ausgesetzt. Außerdem wurden die Kinder vor sexueller Ausbeutung nicht geschützt, sondern nicht selten durch ihre ArbeitgeberInnen in die Prostitution gedrängt. Es berichten auch Kinder davon, dass ihre Waren oder die Tageseinkünfte gestohlen wurden und sie dann von Fremden angesprochen wurden, die den Schaden ersetzten, wenn sie dafür sexuelle Dienste leisteten. Dadurch gerieten sie oft in ein zusätzliches Abhängigkeitsverhältnis. Einigen gelang die Flucht und sie wurden von lokalen Organisationen wieder heimgebracht in das Benin. (Vgl. Anti-Slavery International/ICFTU: 13)

Die Gründe für Kinderarbeit und die moderne Versklavung von Kindern sind in unterschiedlichen Kontexten zu finden. Ein Grund sind ökonomische Krisen. Die Situation der Ärmsten der Welt hat sich seit den 1970er Jahren verschlechtert. Davon besonders betroffen sind Kinder.

Ein besonderer Stellenwert bei der Analyse von Kinderarbeit muss jenen Kindern zuteil werden, die keinen elterlichen Schutz haben. Denn Kinder ohne Eltern sind ungleich verletzlicher als Kinder mit Eltern. Schutz der Familie ist daher ganz wesentlich bei Maßnahmen gegen moderne Sklaverei bei Kindern. Sowohl Waisenkinder als auch Kinder die den Kontakt zu ihren Eltern verloren haben, sind sehr gefährdet ausgebeutet zu werden. Die Gründe für eine Trennung der Kinder von ihren Eltern differenzieren stark. Die Trennung von der Familie wirkt sich meist nachteilig für die Kinder aus. Die Kinder sind gefährdeter von Gewalt, Ausbeutung, Verschleppung, Diskriminierung oder anderen Formen von Missbrauch. Besonders Mädchen ohne direkten Schutz sind sehr bedroht von der Gefahr sexuellen Missbrauchs. (Vgl. *Children without parental care*, UNICEF 2007)

Kinderarbeit ist auch ein soziales Phänomen, das von der Gesellschaft toleriert wird. Betroffen sind aber in erster Linie stets die Kinder der untersten, sozialen Klassen. Reicht das Haushaltseinkommen nicht mehr, wird die Arbeit der Kinder zur Sicherung der Subsistenz benötigt. Wenn Kinder Lohnarbeit nachgehen, verliert die Familie oder soziale Gruppe die Kontrolle über die Arbeit. Oft behält eine Familie ein bis zwei ihrer Kinder im eigenen Haushalt, die auch zur Schule gehen können. Weitere Kinder werden bei Verwandten oder Bekannten untergebracht wo ihr Status geringer ist, als im elterlichen Haushalt. Deshalb werden sie eher arbeiten geschickt und erhalten seltener Bildungszugang. (Vgl. Cabanes 2000: 264)

Lokale, soziale Netzwerke und Traditionen sind oft Teil der Ursache der Ausbeutung von Kindern. Die Wahrnehmung von Kinderarbeit als solcher ist bereits ein Problem, da sie in den lokalen Gewohnheiten sehr verfestigt sein kann. In ruralen Regionen arbeiteten Kinder immer mit in der Landwirtschaft, es ist Teil ihrer Sozialisierung. Kinderarbeit in der Landwirtschaft wird als etwas Natürliches wahrgenommen. Tatsächlich ist es jedoch Teil der sozialen Ordnung. (Vgl. Lange 2000: 268) Als Teil dieser sozialen Ordnung ist auch die Differenzierung der Arbeit nach Alter und Geschlecht zu betrachten. Die Aufgaben ändern sich mit dem Alter der Kinder. Zudem unterscheiden sich die Tätigkeiten der Kinder nach Geschlecht.

Die Arbeit von Mädchen ist oft unterbewertet. Mädchen werden oft schon sehr früh auf ihre vorgesehene Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereitet, sollen ihre künftigen Aufgaben erlernen und haben oft mehr Pflichten. (Vgl. Lange 2000: 269) Versklavung von Kindern in der Gegenwart ist ein Prozess mit großem Facettenreichtum.

Es soll zur leichteren Definition von KindersklavInnen in der heutigen Zeit die ILO-Konvention 182 aus dem Jahr 1999 herangezogen werden, welche die Abschaffung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit zum Ziel hat und diese schlimmsten Formen von Kinderarbeit auch umfassend definiert. Diese schlimmsten Formen von Kinderarbeit, sowie alle Formen von Kinderhandel, sollen hier als Formen moderner Sklaverei behandelt und analysiert werden.

V.1 Die ILO-Arbeit gegen Kinderarbeit

V.1.1 Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit, ILO Convention 182, 1999

Die Konvention versteht sich als notwendige Ergänzung zum Übereinkommen und der Empfehlung über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung der ILO 1973, die als Grundlage gegen Kinderhandel gültig bleiben. (Vgl. ILO Convention No. 182, 1999) Ziel der neuen Konvention ist die Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit durch nationale und internationale Maßnahmen. Betont werden die Wichtigkeit einer unentgeltlichen Grundbildung, die soziale Wiedereingliederung betroffener Kinder und die Berücksichtigung familiärer Bedürfnisse. Als Ursache für Kinderarbeit wird in erster Linie Armut genannt. Wirtschaftswachstum soll deshalb als Maßnahme gegen Kinderarbeit dienen, da dieses zu sozialem Fortschritt und besserer Bildung führen soll. Die ratifizierenden Mitglieder der ILO müssen unverzüglich effiziente Schritte zur Abschaffung schlimmster Formen von Kinderarbeit in die Wege leiten. Als Kinder werden alle Personen unter 18 Jahren klassifiziert. Als schlimmste Formen von Kinderarbeit gelten laut diesem Übereinkommen alle Formen von Sklaverei und sklavereiähnlichen Praktiken, Formen von Zwangsarbeit, Leibeigenschaft und

Schuldknechtschaft, sowie Verkauf von und Handel mit Kindern und der Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Weiters zählen dazu der Missbrauch von Kindern in Prostitution und Pornographie, das Heranziehen von Kindern zu illegalen Tätigkeiten, unter anderem hinsichtlich der Gewinnung und des Handels von Drogen sowie Arbeiten welche der Gesundheit, Sicherheit oder Sittlichkeit von Kindern schaden.

Die nationale Gesetzgebung hat mit ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenverbänden Wege zu erarbeiten, die diese schlimmsten Formen von Kinderarbeit unterbinden.

Weiters ist zu verorten, wo genannte Formen von Kinderarbeit vorkommen. Regelmäßige Überprüfung durch die Gesetzgeber ist explizit vorgeschrieben. Den Mitgliedern ist es überlassen, geeignete Mechanismen dafür zu erstellen. Verpflichtend ist weiters, allen aus schlimmster Kinderarbeit geholten Kindern unentgeltliche Grundausbildung zu garantieren und Kinder welche besonders gefährdet sind zu lokalisieren und zu berücksichtigen, sowie der spezifischen Lage von Mädchen gerecht zu werden. (Vgl. ILO Convention No. 182, 1999)

V.1.2 Umsetzung der Regelungen zur Abschaffung von Kinderarbeit aus Perspektive der ILO

Die ILO publizierte anlässlich der internationalen Arbeitskonferenz 2006 einen umfangreichen Bericht zum Stand der Abschaffung von Kinderarbeit unter dem eindrucksvollen Titel „Das Ende der Kinderarbeit - Zum Greifen nah“. Hier impliziert bereits der Titel der Veröffentlichung, dass die Schritte zur Abschaffung von Kinderarbeit erfolgsträchtig sind. Ziel ist eine dynamische Einschätzung der aktuellen, globalen Situation in Sachen Kinderarbeit durch die ILO. (Vgl. ILO 2006: 5)

Auch behandelt die ILO erneut in ihrem Global Report zu Kinderarbeit 2006 jene Formen von Kinderarbeit, die nach dem Völkerrecht unzulässig sind. Im Kontext dieser Arbeit ist von besonderer Relevanz, dass hier Formen von Kinderarbeit im Zusammenhang mit Sklaverei, Schuldknechtschaft, Zwangsarbeit, Menschenhandel und Zwangsrekrutierung für bewaffnete Konflikte, Prostitution und Pornographie und illegale Aktivitäten angeführt werden. (Vgl. ILO 2006: 24)

Im Detail wurde die Verbreitung der Erwerbstätigkeit von Kindern erhoben, der Umfang und die weltweite Verteilung von Kinderarbeit und des Weiteren wie viele Kinder auf der Welt gefährliche Arbeiten verrichten. Bei den entsprechenden Schätzungen zu arbeitenden Kindern werden Zahlen des statistischen Informations- und Überwachungsprogramms zur Kinderarbeit herangezogen. Es wird von der ILO differenziert zwischen erwerbstätigen Kindern, Kinderarbeit und Kindern in gefährlicher Arbeit. Als erwerbstätige Kinder gelten alle Kinder, die einer produktiven Tätigkeit nachgehen. Unberücksichtigt bleiben Faktoren wie Bezahlung, Rechtmäßigkeit, Regelmäßigkeit oder Zeitaufwand der Tätigkeit. Kinder über 12 Jahren die nur wenige Stunden pro Woche arbeiten oder Kinder über 15 Jahre die keine gefährliche Arbeit verrichten, werden hier nicht näher definiert. Im Kontext von Kinderarbeit als moderne Sklaverei ist die letztgenannte Gruppe von arbeitenden Kindern von besonderem Interesse. Das sind jene, die so genannte gefährliche Arbeit verrichten. Gefährliche Arbeit gilt als Risiko für die Sicherheit des Kindes, bedroht seine körperliche, sittliche oder seelische Entwicklung. Auch Arbeiten, welche aufgrund ihres Umfangs oder ihrer Intensität oder auch aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen negative Auswirkungen auf das Wohl des Kindes haben können, gelten als gefährliche Arbeit. (Vgl. ILO 2006: 5-6) Aus den erhobenen Zahlen geht hervor, dass 2004 126 Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren weltweit gefährlicher Arbeit nachgingen. (Vgl. ILO 2006: 6) Die Entwicklung ist jedoch rückläufig, so waren es noch im Jahr 2000 26 Prozent mehr Kinder, die gefährlicher Arbeit nachgingen. „Das sich abzeichnende Gesamtbild ist also höchst ermutigend: *Kinderarbeit geht zurück, und zwar um so schneller, je schädlicher die Arbeit und je verletzlicher die betroffenen Kinder sind.*“ (ILO 2006: 7)

Einen wichtigen Aspekt, den die ILO bei den Fortschritten der Abschaffung von schweren Formen von Kinderarbeit sieht, sind die nationalen, politischen Maßnahmen. Gerade die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht wirkt sich grundlegend auf die Verbreitung von Kinderarbeit aus. (Vgl. ILO 2006: 10) Als besonders effiziente Maßnahmen zur Abschaffung der schwersten Formen von Kinderarbeit wurden in der Konvention 182 der ILO Reformen im Bildungswesen und die Bekämpfung der Armut genannt. (Vgl. ILO Convention No. 182, 1999) Gerade Arbeit unter gefährlichen Bedingungen kann durch entsprechende, politische Entscheidung sehr effizient reduziert werden. Wenn die

Wirtschaftspolitik eine Förderung von Regionen mit hoch ausgeprägter ländlicher Armut forciert, das Mindestalter für Arbeit angehoben und die Schulpflicht ausgeweitet wird, kann insbesondere gefährliche Kinderarbeit schrittweise abgeschafft werden. Die Erfolge in Asien und Brasilien demonstrieren, so die ILO dass eine breite Bildungspolitik und Verringerung der Armut die wünschenswerten Erfolge bei der Abschaffung von Kinderarbeit bringen. (Vgl. ILO 2006: 15)

Auf der politischen Ebene sieht die ILO auch ihre Konvention zur Abschaffung der schwersten Formen von Kinderarbeit aus dem Jahre 1999 als maßgebend an. Die ILO sieht darin die Schaffung wichtiger, internationaler Normen. Es wird allerdings auch erkannt, dass die Ratifizierung einer Übereinkunft ihre Umsetzung nicht garantiert. (Vgl. ILO 2006: 15-16)

Die ILO nennt noch weitere internationale Rechtsinstrumente, welche für die Bekämpfung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit große Bedeutung haben. Es handelt sich um die Fakultativprotokolle verschiedener Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Konkret geht es dabei um die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und dem Kinderhandel, der Kinderprostitution und Kinderpornographie und weiters um das Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels zum Übereinkommen der UN gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. (Vgl. ILO 2006: 17)

Auch jene Maßnahmen, welche seit Verabschiedung der Konvention 182 häufig von den einzelnen Staaten ergriffen wurden, führt die ILO an. In Zusammenhang mit der Umsetzung der Konvention 182 nennt die ILO in ihrem Bericht zur Kinderarbeit aus dem Jahre 2006 auch häufig die Convention 138, welche Normen über das Mindestarbeitsalter schafft.

Laut den Berichten der Mitglieder wurden als Maßnahmen als Folge der Konvention 182 oft gezielte Aktionspläne eingesetzt. Auch Gesetze, die gefährliche Arbeit von Kindern, Kinderhandel oder Prostitution verbieten, wurden oft verabschiedet. Ebenso die gezielte Befreiung von Kindern aus ihren Arbeitsverhältnissen und ihre soziale Rehabilitation und Überwachungsmechanismen sind angeführte Maßnahmen der einzelnen Mitglieder. Seltener, aber ebenfalls genannt werden gesetzliche Maßnahmen gegen Sklaverei, Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit in diesem Zusammenhang. (Vgl. ILO 2006: 18)

Die ILO setzt sich auch mit der historischen Entwicklung der Abschaffung von Kinderarbeit seit Beginn des 20. Jahrhunderts auseinander und analysiert, welche Entwicklungen in den Industrienationen zu dem starken Rückgang von Kinderarbeit führten. Denn neben dem Wachstum der Wirtschaft und der Verbesserung des Bildungssystems sind noch andere Faktoren erkennbar. So wandelte sich der Arbeitsmarkt für Erwachsene, es kam zu großen, technologischen Veränderungen und einem Wandel der kulturellen Strukturen. Durch den kulturellen Wandel verbesserte sich die Position der Frauen und die Machtstrukturen in den Familien erneuerten sich. Eine Konsequenz aus all diesen Entwicklungen war der drastische Rückgang der Kinderarbeit. (Vgl. ILO 2006: 20) Nun stellt sich die Frage nach einer Strategie für die Regionen, die am Beginn des 21. Jahrhunderts hohe Zahlen arbeitender Kinder haben. Eine Problematik ist, dass Kinderarbeit selbstverstärkend sein kann. So sichern in armen Regionen Kinder oft das Überleben ihrer Familien. Am Arbeitsmarkt ist das Angebot an Arbeitskräften dadurch besonders hoch, was die Löhne weiter drückt. Diese Einkommenssituation ermutigt die Familien nicht, ihre Kinder in Schulen zu schicken, sondern vielmehr werden sie mehr und früher zum Arbeiten geschickt. Begünstigt durch die große Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte kommt es auch kaum zu Investitionen in neue Technologien von Seiten der ArbeitgeberInnen. Die gesellschaftliche Norm von Kinderarbeit erschwert die Durchsetzung eines besseren Bildungswesens, da der Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft entsprechend gering ist. Diesen Mechanismus zu durchbrechen ist eine schwierige Aufgabe. Wie die Beschreibung der Situation deutlich macht, muss eine Veränderung auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Ebene geschehen. Die ILO sieht Hilfe von außen in vielen Ländern für notwendig, um die Schritte zu den Veränderungen einzuleiten. Dabei spricht die ILO von einem Vorteil der heutigen Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten Anfang des 20. Jahrhunderts. Denn heute existiere bereits entsprechendes Wissen, von dem sie profitieren können. (Vgl. ILO 2006: 21-22)

Besonders negativ auf die Verbreitung von Kinderarbeit wirkt sich Instabilität aus, mit welcher arme Länder oft zu kämpfen haben. In ihr finden sich Ursachen von Kinderarbeit, aber auch Gegenmaßnahmen müssen darauf Bezug nehmen. Die Krisen welche die Instabilität auslösen, können verschiedenster Art sein. Als Beispiel für eine verheerende Krise in Südasien nennt die ILO den Tsunami von 2004. Die betroffenen Länder waren aufgrund der großen Zerstörung in der darauf

folgenden Zeit instabil. Soziale Netze wurden aufgelöst. Zahlreiche Kinder wurden von ihren Familien getrennt und Opfer von Entführungen. Auch war Kinderarbeit als Bewältigungsstrategie der Krise sehr verbreitet. Die ILO hat nach der Naturkatastrophe in betroffenen Gebieten Maßnahmen eingeleitet, um möglichst rasch die Existenzgrundlagen wiederherzustellen und dadurch die Gefährdung von Kindern ausgebeutet zu werden einzudämmen. Möglichst rasche Wiederherstellung des Schulbetriebes war ein weiterer Schutz der Kinder. (Vgl. ILO 2006: 26)

Die ILO unterstützt auch langfristige Projekte und Programme zum Schutz gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Diese Projekte sind auch auf mediale Aufmerksamkeit stark angewiesen. Ein solches Projekt ist der Welttag gegen Kinderarbeit, der 2002 erstmalig stattfand. Der erste Welttag gegen Kinderarbeit 2002 war insbesondere dem Kinderhandel gewidmet. (Vgl. ILO 2006: 30) Anlässlich des Tages gegen Kinderarbeit 2009 warnte die ILO eindringlich davor, dass die Erfolge vergangener Jahre durch die globale Finanzkrise zunichte gemacht werden könnten. 2009 war der Welttag gegen Kinderarbeit besonders den Chancen von Mädchen gewidmet. In diesem Zusammenhang verwies die ILO auch darauf, dass in Krisenzeiten arme Familien zuerst Töchter aus der Schule holen und arbeiten schicken, wenn sie nicht mehr all ihren Kindern den Schulbesuch ermöglichen können. Die Lage erfordert unbedingt, dass eine grundlegende Schul- und Berufsausbildung für alle Kinder weiterhin intensiv gefördert werde. Eine weitere Problematik, welche die ILO in diesem Kontext hervorhebt ist, dass die Arbeitsbereiche von Mädchen öfter außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung liegen. Neben der Arbeit außerhalb haben Mädchen oft noch mehr Verpflichtungen im Haushalt und können deshalb seltener als Jungen die Schule besuchen. Viele Mädchen sind in fremden Haushalten angestellt und deshalb ist ihre Arbeitsleistung schwer erfassbar und zudem sind sie besonders gewaltgefährdet. Eine gute Schulbildung ist für die Mädchen die beste Möglichkeit einer aussichtsreichen Zukunft. Die Ausbildung verzögert den Zeitpunkt ihrer Heirat, sie haben in der Gesellschaft mehr Einfluss, bekommen weniger Kinder und können deren Schulbildung leichter sicherstellen. Höhere Bildungsstandards bei Mädchen fördern weiters auch die Gesundheit der nächsten Generation, da Frauen mit höherer Bildung auch besser informiert sind über Gesundheitsvorsorge bei ihren Kindern. (Vgl. Welttag gegen Kinderarbeit, ILO 2009)

Ein ökonomisch interessanter Aspekt welchen die ILO beleuchtet, ist der wirtschaftliche Nutzen der Abschaffung von Kinderarbeit. Eine weltweite Beseitigung von Kinderarbeit und die Einführung universeller Bildung würden der Wirtschaft erhebliche Vorteile bringen, da die Arbeitskräfte qualifizierter und motivierter wären. Die vorübergehende, wirtschaftliche Belastung müsste man demnach als Investition betrachten. Eine von IPEC durchgeführte Studie geht von ungefähr eineinhalb Jahrzehnten wirtschaftlicher Belastung aus, welche die Abschaffung von Kinderarbeit bedeuten würde. Ab diesem Zeitpunkt wäre allerdings mit keinen weiteren Kosten zu rechnen sondern vielmehr mit Gewinnen, welche durch die Investition in Bildung und in Gesundheit geschaffen würden. (Vgl. ILO 2006: 33)

Für die ILO ist auch die Erhebung des Erfolges ihrer Konvention 182 aus dem Jahre 1999 von großem Interesse. Die als schlimmste Formen von Kinderarbeit geltenden Beschäftigungen von Kindern haben im Fokus der ILO Priorität. Jene als schwere Formen von Kinderarbeit klassifizierten Tätigkeiten sind schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte. In dem Global Report der ILO werden die einzelnen Formen schlimmster Kinderarbeit und die Fortschritte ihrer Abschaffung einzeln analysiert. Zunächst wird auf Kinderhandel eingegangen, der eine zentrale Drehscheibe ist, an die für zahlreiche Ausbeutungen von Kindern anknüpfen. Die ILO möchte in der Debatte um Kinderhandel vor allem den Arbeitsaspekt betonen. Lange Zeit lag der öffentliche Fokus von Kinderhandel vor allem auf kommerzieller, sexueller Ausbeutung von Kindern mit Schwerpunkt auf den Tourismus. Damit wurde die Problematik immer nur mit wenigen Ländern in Zusammenhang gebracht, welche als touristisches Ziel bekannt waren, die anderen Sektoren und Regionen in denen Kinderhandel vorkommt, blieben weiterhin weitgehend unbeachtet. (Vgl. ILO 2006: 41-42) Kommerzielle, sexuelle Ausbeutung von Kindern ist eine weitere der schlimmsten Formen von Kinderarbeit, deren Abschaffung die ILO mit der Konvention 182 anstrebt. Jährlich sind über eine Million Kinder betroffen. Diese schlimme Form von Kinderarbeit zeichnet sich durch weltweite Verbreitung aus, sie ist in den Industrieländern ebenso verbreitet, wie in Entwicklungsländern. Lange Zeit fokussierten Programme eher auf jene Regionen, aus denen das Angebot kam - also jene Länder aus denen die Kinderprostituierten häufig stammten. Nun wird jedoch auch verstärkt auch die Nachfrageseite mitberücksichtigt in den Projekten zur Bekämpfung kommerzieller,

sexueller Ausbeutung von Kindern. (Vgl. ILO 2006: 42-43) Die nächste Form der als schlimmste Kinderarbeit genannten Formen von Ausbeutung betrifft die Arbeit in Haushalten. Dieses Arbeitsfeld ist besonders heikel, da es nicht selten das familiäre Umfeld der Kinder berührt. Die Hausarbeit betrifft zu großen Teilen Mädchen. Gerade die Arbeit im Haushalt wird oft als Arbeit in einem geschützten Umfeld betrachtet. Hierbei kommt die kulturelle Dimension von Kinderarbeit stark zum Tragen. Die Arbeit im Haushalt wird gesellschaftlich in der Regel toleriert. Ein Aspekt der Hausarbeit ist, dass sie besonders oft unbezahlt geleistet wird, wobei Jungen eher als Mädchen für die Hausarbeit entlohnt werden. Das Risiko in der Hausarbeit liegt vor allem darin, dass es kaum Regulierungen gibt. Deshalb werden ausbeuterische und gefährliche Kinderarbeit im Haushalt oft nicht als solche wahrgenommen. (Vgl. ILO 2006: 43-44) Die nächste besonders schlimme Form von Kinderarbeit betrifft die Rekrutierung von Kindern für militärische Zwecke. Die Zahl von Kindern in bewaffneten Konflikten ist seit Mitte der 1990er Jahre stark angestiegen, mit einer Tendenz zu immer jüngeren Kindern. Kinderarbeit in bewaffneten Konflikten umfasst auch entführte Kinder, die in weiterer Folge sexuell ausgebeutet und/oder für Zwangsarbeit eingesetzt werden. Es gibt Schwerpunktprogramme verschiedener Organisationen in von bewaffneten Konflikten heimgesuchten Ländern, wo KindersoldatInnen aus der Situation geholt und resozialisiert werden. Auch Kinder, die von den bewaffneten Konflikten betroffen sind aber nicht für militärische Zwecke rekrutiert wurden, werden von solchen Programmen erfasst, damit sie nicht dem Risiko der Rekrutierung ausgesetzt sind. Ihnen sollen von vornherein Perspektiven angeboten werden. Die Resozialisierung der ehemaligen KindersoldatInnen verlangt sensibles Vorgehen. Ein wichtiger Teil des Programms ist die Ermöglichung einer Berufsausbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. (Vgl. ILO 2006: 44-45) Die ILO beleuchtet auch die Situation von Kindern in Zwangs- und Schuldarbeit. Mehr als zwei Drittel jener Kinder in den bisher erläuterten schlimmsten Formen von Kinderarbeit, befinden sich in Zwangs- und Schuldarbeitsverhältnissen. Doch auch in anderen Sektoren sind Zwangs- und Schuldarbeit von Kindern ein verbreitetes Problem. Schuldarbeit ist im landwirtschaftlichen Sektor sehr verbreitet, es gibt aber auch Erhebungen zu Schuldarbeit in Haushalten, Steinbrüchen oder Bergwerken. (Vgl. ILO 2006: 45) Die ILO setzt sich auch ausführlich mit globalen Strategien zur Bekämpfung von Kinderarbeit als gemeinsames Ziel auseinander, neben der bereits

zusammengefassten Analyse einzelner Teilbereiche von Kinderarbeit und den spezifischen Schwerpunkten. Die Wissensbasis zu verbessern nennt die ILO als wesentlichen Schritt für die Abschaffung von Kinderarbeit. Bislang wurde Kinderarbeit zu wenig Priorität bei der Erhebung statistischer Daten eingeräumt. (Vgl. ILO 2006: 56) Auch sieht die ILO die zunehmende Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen Kinderarbeit und Aspekten wie Armut, Lohnpolitik, Arbeitsmarktverhältnisse, Bildung, Wirtschaftswachstum oder Bevölkerungsdynamiken als wichtigen Schritt für die Umsetzung effizienter Maßnahmen zur Abschaffung von Kinderarbeit. Diese Zusammenhänge sollen politischen EntscheidungsträgerInnen vor Augen führen, dass der Abschaffung von Kinderarbeit höhere Priorität einzuräumen ist. (Vgl. ILO 2006: 56) Einige ganz klare Maßnahmen zur Beseitigung von Kinderarbeit schlägt die ILO vor, einerseits im Rahmen der Schulbildung, andererseits aber auch außerhalb dieser. So sollen die Schulen sichere Orte sein, deren Atmosphäre den Bedürfnissen von Kindern gerecht ist. In den Schulen sollen kostenlose Mahlzeiten zur Verfügung gestellt, sowie regelmäßige Untersuchungen zu Ernährung und Gesundheit durchgeführt werden. Die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte müssen verbessert werden. Es sollen Freizeitprogramme nach dem Unterricht in den Schulen angeboten werden. Die Ausbildung soll berufsorientiert sein. Es sollen Sanitäranlagen, insbesondere für Mädchen zur Verfügung stehen. Für entlegene Gruppierungen soll Fernunterricht angeboten werden. Die Schulgebühren sollen abgeschafft werden, es soll stattdessen von staatlicher Seite mehr in die Bildung investiert werden. Die Geburtenregistrierung aller Kinder, damit sie vom Bildungswesen später entsprechend erfasst werden können ist ebenfalls ein Vorschlag. All diese Maßnahmen bilden ein konkretes Konzept für einen Bildungszugang, der die Kinderarbeit zurückdrängen soll. (Vgl. ILO 2006: 61)

V.2 Weitere Aspekte der Bestrebungen zur Abschaffung von Kinderarbeit

Wenn Schulbildung ein wichtiger Schlüssel zur Abschaffung der Kinderarbeit sein soll, muss dem Bildungssystem ebenfalls entsprechende Aufmerksamkeit zuteil werden. In ländlichen Gegenden nützen Lehrkräfte etwa ihre Position gegenüber den SchülerInnen oft aus. Die Kinder müssen dann Arbeiten für die Lehrkraft

verrichten, wie beispielsweise Wasser holen, Holz sammeln oder auch Reinigungstätigkeiten. Oft sind die Familien der Kinder davon in Kenntnis, schreiten aber nicht ein, da sie Angst um die Noten der Kinder haben. Deshalb wehrt sich gegen solche Praktiken kaum jemand in den betroffenen Regionen. Zudem nützen Lehrkräfte die Kinder manchmal auch für landwirtschaftliche Tätigkeiten. Die Schulkinder sind für sie kostenlose Arbeitskräfte, durch welche die LehrerInnen zusätzliche Einkünfte erlangen können. (Vgl. Lange 2000: 271-272)

Dort wo es lange Tradition von Kinderarbeit gibt, ist ein sensibles Vorgehen bei der Abschaffung erforderlich. Das trifft auf westafrikanische Staaten wie Togo zu. In ruralen Gegenden werden Kinder dort oft auch für Arbeiten im Gemeinwesen herangezogen. Lokale Autoritäten betrauen sie mit Aufgaben wie der Reparatur und Instandhaltung öffentlicher Gebäude wie Schulen oder Spitäler. Während Kinder in Städten in den letzten Jahren vermehrt von staatlichen Förderungen auf dem Bildungssektor profitieren konnten, trifft das auf die Bevölkerung am Land weniger zu. Am Land ist der Schulbesuch verbunden mit Pflichten, wie der Erhaltung des Schulgebäudes oder Dienstleistungen für Lehrkräfte und andere Beamte und Personen des öffentlichen Lebens. Die Ursachen für diese Probleme liegen weiterhin in der Struktur des Staates, der mangelnden Investition in Bildung und dem ökonomischen System. Die wirtschaftliche Situation auf dem Land macht die Arbeit von Kindern erforderlich und sie als Arbeitskräfte heranzuziehen ist aufgrund der lokalen Tradition legitim. (Vgl. Lange 2000: 274-275)

Kinderhandel und Verschleppung von Kindern zum Zweck sexueller Ausbeutung ist trotz der relativ großen, öffentlichen Wahrnehmung sehr verbreitet. Auch hier gibt es zahlreiche Ansätze zur Bekämpfung der globalen Problematik. Damit befasst sich der Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Im Bericht des dritten Weltkongresses 2008 wird auf die Fortschritte seit dem letzten Kongress 2001 eingegangen. Kritisiert wird in dem Report, dass zwar zahllose Berichte über Trafficking seit dem letzten Kongress verfasst wurden, aber wichtige Fakten unberücksichtigt blieben. Es handelt sich dabei um fehlende Angaben zu Alter und Geschlecht der Betroffenen. Dadurch werden Rückschlüsse erschwert, ob Trafficking von Kindern für sexuelle Ausbeutung steigend oder rückläufig war seit 2001. Der Schwerpunkt der Erhebungen lag zudem stets auf transnationalem Trafficking, doch in großen Ländern wie Indien und China kommt Trafficking von Kindern für sexuelle Ausbeutung innerhalb der Landesgrenzen sehr

häufig vor, bleibt aber in den Berichten oft unberücksichtigt. (Vgl. Dottridge 2008: 17) Seit dem letzten Weltkongress kam es zu einigen Fortschritten. So wurden in vielen Staaten neue Gesetzgebungen zu Human Trafficking verabschiedet. Im Grunde sind diese Gesetze zum Schutz vor Human Trafficking für Kinder genauso gültig, wie für Erwachsene. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren wichtige zusätzliche Bemühungen, welche das Justizsystem kinderfreundlicher machen sollen. Hierzu gehört beispielsweise, die Opferrolle von Kindern in Prozessen nicht zu verstärken. Das kann vermieden werden durch besonderen Schutz ihrer Privatsphäre und die Vermeidung von unnötigem Kontakt mit ihren ehemaligen PeinigerInnen. Die Umsetzung ist nicht nur für die Opfer sehr relevant, sondern kann auch den Fortlauf eines Prozesses entscheidend beeinflussen. Denn Verurteilungen scheiterten in vielen Ländern schon an der Partizipation von Opfern und ZeugInnen. Ein Zusammenhang besteht nicht nur mit Angst vor Repressalien, sondern auch mit der oft entwürdigenden Prozedur der Prozesse. (Vgl. Dottridge 2008: 24-25)

CACT (Campaign against Child Trafficking) ist eine indische INGO, die sich mit Kinderhandel befasst und durch ihre Publikationen auf die verbreitete Problematik aufmerksam machen will. Sie brachten 2002 einen Folder heraus, der sich mit der Thematik befasst und der 2003 neu herausgegeben wurde. (Vgl. CACT 2003) CACT weist darauf hin, dass in Indien täglich Kinder in der Sklaverei verschwinden und nicht mehr heimkehren. Verkaufte und versklavte Kinder werden für verschiedenste Tätigkeiten missbraucht. Genannt werden von CACT Bettelei, sämtliche Wirtschaftssektoren, Unterhaltsindustrie, Kinderheirat, und Kinderprostitution. (Vgl. CACT 2003: 1-6) CACT spricht ganz konkret von Sklaverei im Zusammenhang mit Child Trafficking. Einige der Zwecke von Kinderhandel sind spezifisch ausgerichtet auf das junge Alter der Opfer. Das gilt besonders für Kinder, die zum Betteln oder für Drogenschmuggel missbraucht werden. Auch der Einsatz von Kindern im Bereich von Tourismus und Entertainment findet gezielt statt. Beispiele dafür sind Zirkuskinder oder auch Kameljockeys. (Vgl. CACT 2003: 11) CACT fasst auch zusammen, welche einzelnen Elemente Child Trafficking ausmachen. Es bedeutet in erster Linie, dass die Betroffenen jünger als 18 Jahre sind, da alle Personen unter dieser Altersgrenze laut UN als Kinder definiert sind. Weiters umfasst es die Beteiligung an der Bewegung der Kinder von einem Ort zu einem anderen, unabhängig davon welche

Aufgabe die Traffickers im Detail übernehmen. Dabei kann es sich um Rekrutierung, Unterbringung, Verkauf oder Transport handeln. Child Trafficking steht in Zusammenhang mit Gewalt, Täuschung, Drohung oder Betrug. Es gibt eine Form von Entlohnung, in bar oder in einer anderen Form für die Traffickers, sowie weitere Personen, die Profit machen. Am Ende von Kinderhandel steht die Ausbeutung, manchmal bereits innerhalb des Prozesses von Trafficking oder als Konsequenz davon. (Vgl. CACT 2003: 10)

Nicht alle arbeitenden Kinder werden ausgebeutet. Ausbeutung von Kindern geschieht in einem bestimmten sozialen Umfeld. Im Kontext von ausbeuterischer Kinderarbeit stehen Gefahren wie Mangelernährung, Krankheiten, Unfälle, schlechte Bildung oder Drogen. Diese Kinder leben in einer Klasse von hart arbeitenden, extensiv Ausgebeuteten, die sich ihrer Rechte nicht bewusst sind. Es ist leicht sie auszubeuten. Die ausbeuterische Kinderarbeit hat einen sozialen, aber auch einen wirtschaftlichen Preis. Durch die schlechte Bildung und die Perspektivenlosigkeit wächst eine Generation von Erwachsenen heran, welche die gesellschaftliche Substanz eines Landes schwächt. (Vgl. Meillassoux 2000: 315-320) Um Strategien entwickeln zu können, um aus diesem Prozess auszusteigen, ist zunächst ein neuer Blickwinkel der Verantwortlichen auf die Kinderarbeit notwendig. Problematisch ist beispielsweise, dass Kinder häufig nicht als vollwertige Personen betrachtet werden. Rechtlich betrachtet gelten sie nicht als eigenständige Personen, da sie sich nicht selbst vertreten können. Es findet eine De-Humanisierung der KinderarbeiterInnen statt, da sie durch die Justiz nicht als eigenständige Individuen betrachtet werden. Eine Frage, die Meillassoux im Reader „The Exploited Child“ aufwirft ist, ob Kinderarbeit abgeschafft werden soll, oder ob sie reguliert und modifiziert werden sollte. Diese Frage stellt sich die ILO nicht, welche ganz klar die Forderung nach der Abschaffung von Kinderarbeit stellt und argumentiert, wie fortgeschritten dieser Prozess bereits ist. Meillassoux verweist bei dieser Frage auf Usha Ramanathan, die sich in ihrer Forschung auf Recht und Armut spezialisiert hat und die drei mögliche Ansätze von Gesetzgebern im Umgang mit dieser Frage vorstellt: Realismus, Pragmatismus und Idealismus. Im Realismus als Herangehensweise strebt das Gesetz nur an, bestehende Situationen entsprechend zu regeln. Die Gesetze schaffen einen Rahmen der Legitimität. Pragmatismus als weitere Herangehensweise befasst sich ebenfalls mit bestehenden Situationen, versucht aber zumindest, Bedingungen zu verbessern. Es gibt

Bemühungen, nicht tolerierbare Situationen so schnell wie möglich zum Besseren zu verändern. Die Abschaffung von Kinderarbeit ist auf dieser Ebene ein Langzeitziel. Doch nationale Gesetzgeber stehen hier vor großen Herausforderungen, wenn es darum geht entsprechende Gesetze zu verabschieden. Wer soll die Verantwortung für Kinderarbeit übernehmen und bestraft werden? Sollen die Eltern der betroffenen Kinder bestraft werden? Ausbeutung auf welcher Ebene soll zur Strafsache werden? Sind UnternehmerInnen für schuldig zu erklären, weil sie billige, junge Arbeitskräfte bevorzugen? Welche Auswirkungen auf die Versorgung ihrer Familien hätte es, wenn die UnternehmerInnen sie nicht beschäftigt hätten? Und weiters, welche Rolle spielen die KonsumentInnen, welche die Produkte von Kinderarbeit gekauft haben? Wo liegt ihre Verantwortung? All diese Fragen erschweren der nationalen Gesetzgebung Schritte gegen Kinderarbeit auf der pragmatischen Ebene. Gemäß Ramanathans Konzept ist der Idealismus als dritte Herangehensweise der zielführende Weg, nachdem sich Realismus und Pragmatismus als unzureichend erwiesen haben. Der Ansatz des Idealismus beinhaltet das Streben nach einem Ideal, der Abschaffung von Kinderarbeit. Er erlaubt kein Verweilen bei der gegenwärtigen Situation, die Abschaffung muss als Ziel außer Frage stehen. (Vgl. Meillassoux 2000: 324-325) Um Kinderarbeit auf einem internationalen Level abzuschaffen, müssen radikale wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden. Der politische Norden hat zwei Mittel ergriffen, um die Umsetzung voranzutreiben: Boykott und „soziale Besteuerung“. Produkte, welche von Kindern produziert sind sollen also entweder nicht gekauft oder aber mit Sondersteuern belegt. Diese Sondersteuern sollen dann zurückfließen in das Produktionsland und dort in das Bildungssystem investiert werden. (Vgl. Meillassoux 2000: 325-326) Doch keine der Lösungen berührt das eigentliche Problem, nämlich den Freien Markt und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitskräfte. Institutionen wie die Weltbank und der IMF stehen vor neuen Herausforderungen und neuer Verantwortung in ihrer Politik, wenn Kinderarbeit abgeschafft werden soll. Während die UNO (United Nations Organization) und einige ihrer Suborganisationen, wie UNICEF (United Nations Children Fund) und ILO aktive Maßnahmen gegen Kinderarbeit setzen, bleiben Entscheidungsträgerorganisationen wie Weltbank und IMF passiv. Diese Entscheidung ist wirtschaftlich durchaus schwerwiegend, da sie die Menschheit an einer sehr verwundbaren Stelle trifft, nämlich bei den kommenden Generationen.

Tatsächlich ist man sich der sozialen Auswirkungen von Entscheidungen in der Wirtschaftswelt durchaus bewusst. Statt die Möglichkeit zu nützen, eine ausgleichende Wirtschaftspolitik mit dem Ziel positiver demographischer Effekte zu betreiben, wird die Schwächung mancher Staaten regelrecht forciert. Dazu kommt die Schwäche der nationalen Regierungen, die eigene Bereicherung anstreben, statt eine bessere ökonomische Situation für die folgenden Generationen. Die Sichtweise von Menschen als Kapital oder Ressourcen muss enden, damit Kinderarbeit abgeschafft werden kann. (Vgl. Meillassoux 2000: 327-328)

* * *

Kinderarbeit hat zwei Aspekte in Hinblick auf moderne Sklaverei, die mich dazu bewegt haben, sie separat zu behandeln. Einerseits sind Kinder besonders häufig von moderner Sklaverei betroffen, da sie aufgrund ihres Alters leichter ausgebeutet werden können und schneller in Abhängigkeit geraten als Erwachsene. Andererseits ist eine Definition die erklärt, wann Kinderarbeit eine Form moderner Sklaverei ist besonders komplex, da Kinderarbeit nicht automatisch Ausbeutung und Gefährdung des Kindeswohls bedeutet. Kinderarbeit nimmt bei internationalen Organisationen wie UN und ILO bereits seit den 1980er Jahren eine wichtige Stelle ihrer Arbeit ein. Krieg und ökonomische Krisen fördern gefährliche Kinderarbeit. Lokale Traditionen können Kinderarbeit fördern, da diese oft Teil der gesellschaftlichen Struktur sind. Kinderarbeit wird dort zu einer Form moderner Sklaverei, wo die Tätigkeiten welche das Kind verrichten muss Gesundheit, Sittlichkeit oder Sicherheit gefährden, wie die ILO in ihrer Konvention 182 festhält. Darunter fallen sämtliche Formen von Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Missbrauch in Prostitution und Pornographie, der Einsatz in bewaffneten Konflikten und der Handel und Verkauf von Kindern zu verschiedensten Zwecken. Die ILO bezeichneten diese Formen von Kinderarbeit als schlimmste Formen von Kinderarbeit, die es schnellstmöglich abzuschaffen gilt. Die ILO schätzt die Entwicklung seit dem Inkrafttreten der Konvention 1999 positiv ein. Dennoch sind die von der ILO erhobenen Zahlen nach wie vor alarmierend, so wird von 126 Millionen Kindern weltweit ausgegangen, die gefährlicher Arbeit nachgehen, auch wenn die Trends zeigen dass die Zahlen rückläufig sind. Ein zentraler Aspekt bei den schlimmsten Formen von Kinderarbeit ist, dass zugleich die Bildung der Kinder

vernachlässigt wird oder ihnen gar keine Bildung zuteil wird. Durch Bildungsmaßnahmen, insbesondere in armen, ruralen Gegenden kann effizient gegen schwere Formen der Kinderarbeit vorgegangen werden. Bildung ist ein guter Schutz gegen Ausbeutung in moderner Sklaverei. Bildungsoffensiven können auch gegen Armut, die eine zentrale Ursache der Kinderarbeit ist eine zielorientierte Maßnahme sein. Die globale, bessere Bildung würde auch der Wirtschaft zuträglich sein. Weiters kann durch besseren Bildungszugang die soziale Position von Mädchen und Frauen gefördert werden. Kindersklaverei wird heute im Westen vor allem im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung wahrgenommen, die trotz dem relativ hohen Bewusstsein sehr verbreitet ist. Spezifische Gesetze gegen Sex Trafficking und sexuelle Ausbeutung von Kindern sollen erschwerende Wirkung haben. Zudem soll die Justiz opferfreundlicher werden, um Kinder zu ermutigen, auch gegen ihre TäterInnen auszusagen. Wer die Verantwortung für moderne Kindersklaverei trägt, ist eine sehr komplexe Frage. Denn die Ursachen sind sehr verzweigt und reichen von Gesetzen, über soziale Missstände, lokale Traditionen bis hin zur Ausprägtheit internationaler organisierter Kriminalität.

VI. Alternative Ansätze zur Abschaffung moderner Sklaverei

Nicht nur politische, internationale Organisationen sind engagiert in der Abschaffung von moderner Sklaverei. Im Gegenteil, zahllose INGOs und private Initiativen sind ebenfalls damit befasst und dokumentieren das Vorkommen von Sklaverei, arbeiten aber auch praktisch gegen sie. Projekte gegen Sklaverei gibt es in allen Teilen der Welt.

Die Fortschritte in der Bekämpfung der von mir bislang berührten Formen moderner Sklaverei werden unterschiedlich beurteilt. In der praktischen Arbeit gegen moderne Sklaverei spielen einige INGOs global eine zentrale Rolle. Zu ihnen gehört Anti-Slavery International.

Anti-Slavery International ist eine britische Organisation, welche deren Wurzeln bis bereits mit den Anfängen der britischen Abolitionsbewegung im 18. Jahrhundert zurückreichen. Sie gilt als älteste Menschenrechtsorganisation weltweit und ist bis heute aktiv gegen Sklaverei. Seit 1990 trägt sie den Namen Anti-Slavery International. In den letzten Jahrzehnten blieb das Engagement der Anti-Slavery

International im Kampf gegen Sklaverei ungebrochen. Besondere Schwerpunkte liegen in Kampagnen gegen Kindersklaverei und Schuldknechtschaft. Anti-Slavery International nennt in der Geschichte ihrer Organisation einige wichtige Kampagnen gegen Sklaverei in den letzten beiden Dekaden. Das gilt für die maßgebliche Beteiligung an End Child Prostitution in Asian Tourism (ECPAT). Insbesondere dessen britische Zweigstelle ist sehr erfolgreich, die 1994 eine Gesetzesänderung in Großbritannien erreichte, die Strafverfolgung von Menschen ermöglichte, die sexuellen Kindesmissbrauch in Übersee begingen. Weiters war Anti-Slavery International einer der Organisatoren des Global March against Child Labour 1998. Ziel war es, internationale Aufmerksamkeit zu wecken für die KinderarbeiterInnen und ihre Bedürfnisse. Der Global March against Child Labour war eine der bisher größten Informations- und Unterstützungskampagnen in Hinblick auf Kinderarbeit, welche auch die ILO Konvention 182 gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit in die Wege leitete. Auch für Hausangestellte und gegen deren Ausbeutung war Anti-Slavery International sehr engagiert in den vergangenen Jahren. Eine internationale Zusammenarbeit zwischen NGOs auf diesem Sektor wird forciert, wie beispielsweise 1999 mit dem philippinischen Visayan Forum für den Dreh eines Videos, welches über das Fernsehen auf die Ausbeutung von Hausangestellten aufmerksam machte. (Vgl. Anti-Slavery International History: 1-15)

Das Programm von Anti-Slavery International wird von einem 12-köpfigen Team betreut. Es behandelt alle Formen von Sklaverei in allen Teilen der Welt. Die enge Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen in den betroffenen Regionen wird als sehr wichtig eingestuft. Diese haben Erfahrungen mit den lokalen Bedingungen und die notwendigen lokalen Kontakte. Eine weitere Ebene der Arbeit von Anti-Slavery International ist die Verbesserung des Bildungszuganges für ehemalige SklavInnen. Mangelhafte Bildung wird als eine Wurzel von moderner Sklaverei genannt. Angestrebt wird von der INGO die Unterzeichnung von Verträgen und Übereinkommen, welche Sklaverei für die TäterInnen strafbar machen. Weiters werden die Kooperation mit Regierungen auch in Hinsicht auf bessere Möglichkeiten zur Aufdeckung von Sklaverei, sowie zur Unterstützung und dem Schutz von Opfern angestrebt. Gezielt will sich Anti-Slavery International auch für die Freilassung von SklavInnen, sowie deren gesellschaftliche Reintegration einsetzen. Dabei nimmt die Schaffung von ökonomischen Alternativen auch einen

bedeutsamen Platz ein. Die Zusammenarbeit und Stärkung von NGOs und Organisationen ehemaliger SklavInnen um Ursachen und Folgen von Sklaverei wirkungsvoll bekämpfen zu können, wird ebenfalls als Aufgabe des Programmteams genannt. Ebenfalls zu dessen Aufgaben zählt die öffentliche Aufklärung über die Verbreitung und Problematik moderner Sklaverei. (Vgl. Programm von Anti-Slavery International, 2009)

Die ILO setzt sich bei ihrem Engagement gegen moderne Sklaverei primär mit Zwangsarbeit auseinander. Ein Indikator dafür sind die beiden Konventionen gegen Forced Labour, die bereits in vorangegangenen Kapiteln intensive Behandlung erfahren haben. Jüngere Berichte der ILO sprechen häufig auch von Spuren von Sklaverei in heutigen Zwangsarbeitsverhältnissen. Anti-Slavery International setzt sich mit Zwangsarbeit ebenfalls auseinander. Die Bereiche, in denen die Betroffenen mit großer Häufigkeit beschäftigt sind umfassen laut Anti-Slavery International Landwirtschaft und Fischerei, Hauswirtschaft, Arbeit im Bauwesen, in Minen und Steinbrüchen, in Handarbeiten, Fertigung und Verpackung, Prostitution und sexueller Ausbeutung, im Handel und in diversen illegalen Tätigkeiten. (Vgl. Definition von Zwangsarbeit, Anti-Slavery International 2009) Hervorzuheben an dieser Auflistung ist insbesondere, dass diese Arbeitsbereiche genau jene umfassen, welche in den beiden ILO-Konventionen gegen Zwangsarbeit explizit behandelt werden und deren Abschaffung demnach bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angestrebt wurden.

Worauf Anti-Slavery International hinweist ist die Problematik, dass in rund 20 Prozent der Fälle von Zwangsarbeit der Staat direkt verantwortlich ist. Als Beispielländer wird auf China, Nordkorea und Burma verwiesen. (Vgl. Definition von Zwangsarbeit Anti-Slavery International 2009) Dennoch sieht die INGO das Problem vor allem im privatwirtschaftlichen Sektor, wo Menschen durch die Zwangsarbeit anderer Profite machen. Die Opfer kommen häufig aus Randgruppen oder Minderheiten, welche institutionalisierte Diskriminierung erfahren, wodurch die kommerzielle Ausbeutung erleichtert wird. Staatliche Schutzmaßnahmen fehlen oder sie sind nicht ausreichend effizient. (Vgl. Definition von Zwangsarbeit, Anti-Slavery International 2009)

Bei den Zahlen von Betroffenen, die Anti-Slavery International im Zusammenhang mit Zwangsarbeit nennt, werden die von der ILO erhobenen Daten zitiert, die im entsprechenden Kapitel dieser Arbeit bereits angeführt wurden.

Auch werden von der INGO entsprechende Publikationen zum aktuellen Stand der Arbeit gegen Zwangsarbeit herausgegeben. Dabei thematisiert sie auch die Abschaffung von Zwangsarbeit und die möglichen Maßnahmen. Verwiesen wird im Kontext der Abschaffung auf die Arbeit der ILO gegen Zwangsarbeit. Neben den Konventionen 029 und 105 wird auf den Global Report on Forced Labour verwiesen, der von Anti-Slavery International auch positiv bewertet wird. (Vgl. Anti-Slavery International/ICFTU: 20)

Im Internet präsentiert Anti-Slavery International auch Fortschritte in der Arbeit gegen moderne Sklaverei. So hat die UNO 2008 einen Sonderberichterstattungsposten zu moderner Sklaverei geschaffen. Dabei handelt es sich um die Einführung eines neuen Mechanismus gegen Sklaverei nach 30 Jahren ohne Innovation auf diesem Sektor. Auch die Einführung oder Neufassung von Gesetzen gegen Sklaverei in Nepal, Niger, Brasilien und Mauretanien im 21. Jahrhundert wird als wichtiger Fortschritt gewertet. Diese Gesetze bewirkten die Freilassung von mehr als 100 000 SklavInnen. (Vgl. Erfolge, Anti-Slavery International 2009) Diese positiven Entwicklungen, die Anti-Slavery International präsentiert, erscheinen tatsächlich als Fortschritte im Kampf gegen Sklaverei, wenn auch die direkte Arbeit der INGO im Kontext mit den genannten Errungenschaften nicht erkenntlich ist.

Worüber Anti-Slavery International konkret durch ihre Homepage aufklärt, ist der Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit und der Produktion und dem Kauf bestimmter Waren. Die Umstellung der Systeme zur Herstellung bestimmter Produkte von Zwangsarbeit zu freier Arbeit ist eine komplexe Herausforderung für Unternehmen. Durch die Mitgliedschaft bei ETI engagiert sich Anti-Slavery International für die Ermutigung von Unternehmen, zumindest ein gewisses Minimum an standardisierten Arbeitsbedingungen in ihr Firmenprogramm zu integrieren. Eine weitere Organisation, die sich für verbesserte Arbeitsbedingungen einsetzt, ist Fairtrade. Durch eine Zertifizierung wie Fairtrade sie für Unternehmen anbietet, sollen bessere Arbeitsbedingungen für die ProduzentInnen garantiert werden und mehr Druck auf HerstellerInnen gesetzt werden, keine Zwangsarbeit für ihre Produktion zu nützen. Die Hoffnung liegt vor allem in einer Änderung des KonsumentInnenverhaltens, was zu einer neuen Handlungsweise der ProduzentInnen führen soll. (Vgl. Slavery and what we buy, Anti-Slavery International 2009:.) Mit der Weitergabe dieser Informationen leistet Anti-Slavery

International zugleich Aufklärungsarbeit im Internet über moderne Sklaverei und die Mitverantwortung der KonsumentInnen. Sklaverei kann in jedem Stadium der Produktionskette stattfinden, von der Gewinnung von Rohstoffen über die Herstellung bis hin zum Verkauf. Da die Produktionsketten heute sehr lang sind und sehr viele ProduzentInnen an der Herstellung eines einzelnen Produktes beteiligt sind, kann es sehr schwierig sein festzustellen ob bei einem oder mehreren Produktionsschritten SklavInnen involviert waren. Oft läßt sich der Weg des Produkts kaum mehr nachvollziehen. Die Aufforderung an Firmen von Anti-Slavery International ist eindeutig: diese sollen sicherstellen, dass die Deklaration für Menschenrechte überall in ihrer Produktion respektiert wird und es an keiner Stelle Sklaverei gibt. (Vgl. Slavery and what we buy, Anti-Slavery International 2009) Anti-Slavery International versteht sich selbst als Menschenrechtsgruppe und definiert ihre Aufgabe darin, Übereinkünfte zu den Arbeitsbedingungen wie die ILO sie mit den einzelnen Mitgliedsländern trifft, bei den betreffenden Regierungen einzumahnen. Doch eine besondere Herausforderung beim Kampf für die Umsetzung von gerechten Arbeitsbedingungen sind transnationale Konzerne. Auch sie zu erreichen, sieht Anti-Slavery International als seine Aufgabe. Die UN bemüht sich nun um Vereinbarungen mit transnationalen Konzernen, damit auch diese Verantwortung tragen müssen für die Arbeitsbedingungen an ihren Produktionsstandorten und sie an die internationalen Menschenrechte gebunden sind. (Vgl. Slavery and what we buy, Anti-Slavery International 2009)

An die KonsumentInnen appelliert Anti-Slavery International, sie sollen vermehrt hinterfragen, wenn sie einkaufen. KonsumentInnen haben Macht und sollen diese bei ihrem Einkaufsverhalten demonstrieren. Eine Möglichkeit für KonsumentInnen ist es, auf Siegel zu achten, die gerechte Arbeitsbedingungen garantieren. Weiters rät Anti-Slavery International dazu, Konzerne als KonsumentIn anzuschreiben und sie direkt nach ihren Maßnahmen in der Produktion zu fragen, mit denen sie Prävention von Sklaverei und Zwangsarbeit betreiben. Wovor Anti-Slavery International ausdrücklich warnt, ist der Boykott von bestimmten Produkten oder Produktionsregionen, da dies die Lage für die lokalen Arbeitskräfte noch verschlimmern kann. Dadurch kann die Wirtschaft in einem armen Land vollkommen zusammenbrechen und die Armut noch verstärken. Die Armut selbst ist jedoch eine der Wurzeln von moderner Sklaverei. Deshalb schlägt Anti-Slavery International die gezielte Förderung von Produkten mit entsprechender

Kennzeichnung vor, die faire Arbeit garantieren anstatt dem Boykott von Waren, die diesen Bedingungen nicht entsprechen. (Vgl. Slavery and what we buy Anti-Slavery International 2009)

Free the Slaves ist die US-amerikanische Schwesterorganisation von Anti-Slavery International und steht unter dem Vorsitz des Sklavereiexperten Kevin Bales. Die Organisation befreit SklavInnen und hilft ihnen, ein neues Leben aufzubauen. Die aktive Arbeit steht bei der NPO im Vordergrund. Sie dokumentiert die Schicksale ehemaliger SklavInnen und führt Aufzeichnungen und Statistiken über moderne Sklaverei. Die Produktionsketten sollen von Sklaverei bereinigt werden. Ziel ist die endgültige Abschaffung von Sklaverei als sich fortsetzender Prozess. (Vgl. Prinzipien, Free the Slaves 2009)

Ganz konkret regt Free the Slaves im Internet dazu an, sich auch als Individuum für die Abschaffung der Sklaverei zu engagieren und zeigt auf, welche Möglichkeiten jede/r Einzelne dafür hat. Free the Slaves nennt umfassende Information durch Literatur oder über Bildungseinrichtungen zur Wissensbeschaffung, Weitergabe von eigenem Wissen durch Schreiben und Reden, aktive Mitgliedschaft in der Organisation, Spenden und Freiwilligenarbeit als potenzielle Maßnahmen von Privatpersonen gegen moderne Sklaverei. (Vgl. How you can help, Free the Slaves 2009) Auch repräsentiert Free the Slaves ihre Strategien gegen Sklaverei und den Ansatz zur Bekämpfung im Internet. So hat die INGO auch eine strikte Vorgehensweise bei der Auswahl ihrer PartnerInnen. Es wird zunächst intensiv zu einer von Sklaverei betroffenen Region recherchiert und dann ein entsprechendes Projekt initiiert. Dabei werden die Prioritäten für die jeweilige Region auch festgeschrieben. Dann erfolgt eine Auswahl der ProjektpartnerInnen, die nach bestimmten Kriterien stattfindet. Die jeweilige Organisation muss gewillt sein, Menschen basierend auf den Menschenrechten zu stärken und sich entsprechend zu organisieren, um bestehende Machtstrukturen aufzubrechen. Dadurch können Menschen vor Sklaverei geschützt oder von ihr befreit werden. Organisationen die mit Free the Slaves zusammenarbeiten, müssen nachhaltige Lösungen anstreben. Denn gerade das Erreichen dauerhafter Freiheit ist ein Prozess, den SklavInnen durchlaufen müssen und kein plötzliches Ereignis. Es müssen also Antworten gegeben werden können, wie die ehemaligen SklavInnen ihr Leben in Freiheit organisieren können. Zudem ist bei der Zusammenarbeit die Überzeugung der

Organisation von der Bedeutung ihrer Arbeit wichtig, da aufgrund der großen Zahl an SklavInnen weltweit die Arbeit oft aussichtslos erscheint. Free the Slaves will nach Ansätzen suchen, die trotz der großen Verbreitung und Vielfältigkeit moderner Sklaverei Effizienz haben. Bei der praktischen Befreiungsarbeit hat Free the Slaves ebenfalls klare Richtlinien. Befreite SklavInnen sollen von unerwünschtem Medienzulauf unbedingt geschützt werden. Die Würde jedes/r Einzelnen ist in jedem Fall zu respektieren. Sklaverei ist eine Folge von Diskriminierung, was in der Arbeit der Organisationen zu reflektiert werden hat. Außerdem hat der Schutz ehemaliger SklavInnen hohe Priorität. Oft sind ehemalige SklavInnen weiterhin einem hohen Risiko ausgesetzt, erneut in Sklaverei zu geraten. Dem soll mit allen Mitteln vorgebeugt werden. Zudem ist eine nachvollziehbare, transparente Finanzierung der Organisation für die Zusammenarbeit mit Free the Slaves unabdinglich. (Vgl. Baumann 2004: 1-2) Free the Slaves propagiert einen Plan, der innerhalb von 25 Jahren zur vollständigen Abschaffung von Sklaverei führen soll. Dieser Plan wurde auch in dem Buch „Ending Slavery“ von Kevin Bales publiziert. Die wichtigsten Schritte sind auch im Internet nachzulesen. Sie richten sich an Privatpersonen genauso wie an Firmen und Regierungen. Der erste Schritt der Regierungen nahe gelegt wird, ist ein spezifischer, nationaler Aktionsplan gegen Sklaverei. Alle wichtigen RegierungsvertreterInnen sollen zusammentreten und eine/n Anti-Sklaverei-BotschafterIn ernennen. Dessen/deren Aufgabe soll es sein, einen Maßnahmenplan zu entwerfen, der zur Abschaffung der Sklaverei innerhalb des Landes führen soll. Auch eventuell benötigte Hilfestellungen vom Ausland kann dieser Plan umfassen. Der Erstellung dieses Plans muss unbedingt die praktische Umsetzung folgen. Der Plan soll eine Orientierung für die nationale Führung sein, welche Maßnahmen erforderlich sind. Kritik geübt wird an der bisherigen Arbeit der nationalen Regierungen, die das Ende der Sklaverei bereits versprochen haben. Was fehlt sind effiziente Handlungen. Zwischen der Schaffung von Gesetzen und ihrer Exekution liegt oft ein weiter Weg. Es mangelt oft an der Investition finanzieller Mittel, welche für die Umsetzung der Maßnahmen benötigt werden würden. Im schlimmsten Fall ist die Korruption im Land so groß, dass Regierungsangehörige sich von SklavhalterInnen bestechen lassen und so über Sklaverei hinweggesehen wird. In den USA werden jährlich zwischen 14 500 und 17 500 Personen durch Trafficking in die Sklaverei gebracht. Ähnliche Zahlen weist die US-amerikanische Mordstatistik auf. Doch während 90 Prozent der

Mordfälle aufgeklärt werden, gilt dies nur für 1 Prozent der Fälle von moderner Sklaverei. (Vgl. Ending Slavery, Governments Free the Slaves 2009) Auch Gemeinden in den einzelnen Ländern werden direkt angesprochen, sich an der Abschaffung der Sklaverei zu beteiligen. Jede/r wird dazu Zuletz aufgerufen, aufmerksam zu sein auf Anzeichen von Sklaverei im eigenen Umfeld. So können ArbeiterInnen in der Landwirtschaft, in Fabriken, in Restaurants, in einem Geschäft oder in der Prostitution von Sklaverei betroffen sein, wenn bestimmte Merkmale auf sie zutreffen. Diese Merkmale sind Festhalten gegen den Willen des/der Betroffenen, keine freie Wahl den/die ArbeitgeberIn zu wechseln, Einschränkung in der Bewegungsfreiheit oder ständige Überwachung, wenn die Person es vor anderen nicht wagt offen zu sprechen, wenn sie bedroht oder misshandelt wird, wenn sie Schulden abbezahlen muss oder ihre Dokumente nicht selbst verwahren darf. (Vgl. Ending Slavery, Communities, Free the Slaves 2009) Durch Aufmerksamkeit von Einzelpersonen können diese Merkmale von Sklaverei erkannt und SklavInnen befreit werden. Auch an die Wirtschaftswelt wird appelliert, sich am Kampf gegen Sklaverei zu beteiligen. Derzeit leisten SklavInnen auf der ganzen Welt entscheidende Arbeit bei der Befriedigung der Nachfrage nach Rohstoffen und Waren. Diese von SklavInnen gewonnenen und hergestellten Produkte sind Teil der globalen Warenkette und landen in den Haushalten der KonsumentInnen. So liegt die Verantwortung letztendlich auch bei den einzelnen KonsumentInnen, die das Produkt beziehen. Was es so erschwert, Produkte zu meiden die unter Sklaverei produziert wurden ist, dass durch die internationale Arbeitsteilung meist nur ein kleiner Teil eines Produkts unter Sklaverei hergestellt wurde. Es ist schwer, Produkte die von SklavInnen produziert wurden zu unterscheiden von jenen, auf die dies nicht zutrifft. (Vgl. Ending Slavery, Businesses, Free the Slaves 2009)

Die größten Profite hat der/die SklavhalterIn, also jene kriminelle Person welche die SklavInnen hält und ihre Arbeitskraft ausbeutet. Da es auch in Wirtschaftssektoren, die bekanntermaßen von Sklaverei betroffen sind ArbeitgeberInnen gibt, die ihren MitarbeiterInnen anständige Behandlung zukommen lassen, ist ein vollständiger Boykott des Produkts nicht sinnvoll. Er würde auch jene treffen, die gewissenhaft ihre Produktion ausüben. Die Lösung, welche Free the Slaves statt des Boykotts vorschlägt ist eine gezielte Kooperation mit jenen die den Menschenrechten entsprechen arbeiten und den lokalen Regierungen. Dadurch werden jene, welche sich der Sklaverei bedienen

ökonomisch getroffen. Eine Möglichkeit für Individuen, solche Kooperationen zu fördern, ist beispielsweise der Kauf der Fair-Trade-Produkte. (Vgl. Ending Slavery, Businesses, Free the Slaves 2009)

In dem Schritte-Programm zur Abschaffung der Sklaverei sind auch die politischen internationalen Organisationen angesprochen, wie insbesondere die UNO. Es wird anerkannt, dass in manchen Dekaden die Arbeit der Vereinten Nationen gegen Sklaverei wegweisend war. Heute lehnen die Vereinten Nationen Sklaverei in scharfen Worten ab, doch es wird zu wenig Geld investiert in praktische Schritte gegen moderne Sklaverei. Das wirkt entmutigend, da die Vereinten Nationen eine der bestmöglich organisierten Organisationen zum Kampf gegen Sklaverei wären. Die UNO ist durch ihre Teilorganisationen weltweit überall vertreten. So wären die WHO oder das World Food Program optimale Institutionen vor Ort, die mit SklavInnen in Kontakt treten, ihnen Hilfsangebote unterbreiten und zu ihrer Befreiung beitragen könnten. Auch beim Aufbau eines neuen Lebens könnten sie ehemalige SklavInnen gezielt durch ihre Präsenz vor Ort unterstützen. Zudem könnten UN-InspektorInnen zur Exekution der Abkommen gegen Sklaverei eingesetzt werden, wie sie derzeit beispielsweise bereits gegen Massenvernichtungswaffen im Einsatz sind, wenn der konkrete Verdacht besteht. Free the Slaves fordert von den Vereinten Nationen die konkrete Umsetzung von vier wichtigen Punkten zur Abschaffung von Sklaverei. Der erste Punkt ist die Ernennung eines/r Sonderbeauftragten für Sklaverei und Human Trafficking. Diese/r soll die Aufgabe haben, ein Treffen des Sicherheitsrates vorzubereiten, das sich mit moderner Sklaverei befasst. Der zweite Punkt ist die Förderung der Arbeit des/der Sonderbeauftragten durch die permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates mittels Fonds und Ressourcen, um einen ernsthaften Angriff auf die moderne Sklaverei zu ermöglichen. Die dritte Forderung ist die Aufstellung eines ExpertInnenkomitees durch den Sicherheitsrat. Dieses Komitee soll zuständig sein für die Durchsicht der bestehenden Konventionen zu Sklaverei und soll sie zu einer einheitlichen Stellungnahme zusammenfassen. Dadurch soll das Vorgehen der UN für die Zukunft gut koordiniert sein. Viertens soll der Sicherheitsrat eine Kommission ins Leben rufen, welche die Aufsichtsbehörden der Vereinten Nationen für den Einsatz gegen moderne Sklaverei adaptiert. (Vgl. Ending Slavery, International Organizations, Free the Slaves 2009)

Free the Slaves veröffentlicht im Internet und in den Büchern von Kevin Bales auch Erfolgsberichte. Die berührenden Erfahrungsberichte Betroffener sollen auf das Schicksal der SklavInnen aufmerksam machen und zur Mitarbeit und Unterstützung der Arbeit von Free the Slaves anregen. Ein Beispiel ist die Geschichte von indischen SteinbruchsklavInnen. Sie erfuhren langsam, dass Freiheit für sie greifbar ist, durch Mundpropaganda ebenfalls Betroffener. Das Leben im Steinbruch beschreibt ein ehemaliger Sklave mit den Worten „[...]anything that I wanted to do – I required permission.“ (Success Stories, Free the Slaves 2009) Nach und nach begannen die SklavInnen im indischen Sonnebarsa, sich mit anderen SklavInnen der Region zu treffen und auszutauschen. Sie begannen ihre Rechte einzufordern. Es kam zu Übergriffen zwischen SklavInnen und SklavenhalterInnen mit Todesopfern. Befreiten SklavInnen gelang es, die Pachtrechte für Steinbrüche in der Gegend zu gewinnen. Damit konnten die ehemaligen SklavInnen wirtschaftlich unabhängig werden und neue Dörfer in Freiheit gründen. Für die ehemaligen SklavInnen bedeutet dies ein völlig neues Leben, in welchem ihre Gedanken und Schritte selbst bestimmt sind. Die Kinder haben erstmals die Möglichkeit zum Schulbesuch und befreite SklavInnen können selbst Pläne für ihre Zukunft machen. (Vgl. Success Stories, Free the Slaves 2009)

Ein weiteres Fallbeispiel das Free the Slaves vorstellt, ist das Schicksal von jungen Frauen aus Kamerun, die als SklavInnen in den USA landeten. Als Teenager wurden sie in die USA gelockt mit der Aussicht auf eine Schulausbildung. Stattdessen mussten sie Sklavenarbeit leisten, 15 Stunden täglich, ohne Bezahlung, aber teilweise unter körperlicher Misshandlung. Eine Sklavin erzählt, dass sie eines Tages nicht mehr imstande war, dieses Schicksal zu ertragen. Sie lief davon und nahm Kontakt zu einem Landsmann auf, der das Haus ihres Sklavenhalters mehrmals besucht hatte und besorgt um sie schien. Ein anderer Landsmann erfuhr von ihrer Flucht und nahm sie auf. Die junge Frau berichtete von anderen Betroffenen, die auf ähnliche Weise festgehalten wurden. Lokale Anti-Sklaverei-AktivistInnen nahmen sich der jungen Frauen an, brachten ihre Fälle vor Gerichte, es kam zu Verurteilungen von TäterInnen und die jungen Frauen erlangten ihre Freiheit wieder. Heute können sie bezahlter Arbeit nachgehen und mit dem Geld die Schulbildung ihrer Geschwister in Afrika unterstützen. Eine ehemalige SklavIn appelliert in ihrem Bericht an andere Betroffene, den Schritt in die Freiheit zu wagen. (Vgl. Success Stories 2, Free the Slaves 2009)

Traurige Geschichten können auch die ehemaligen KindersklavInnen der Fischereiindustrie in Ghana erzählen. Ihren Eltern wurde versprochen, die Kinder würden in erfolgreichen Geschäften mitarbeiten. Die Familien waren meist leicht zu überzeugen, die Kinder mitzuschicken. Sie werden in die berüchtigte Fischereiregion Yeji gebracht, wo unzählige Kinder gezwungen werden, die gefährlichsten und schmutzigsten Arbeiten zu tun. Ein Betroffener schildert Free the Slaves von seinem acht Jahre andauernden Martyrium. Nur zwei Mahlzeiten pro Tag bekamen die Kinder zu essen, die erste am Nachmittag und die zweite vor dem Zubettgehen. Auch Schläge waren keine Seltenheit. Dazu kam eine spezifische Form der Bestrafung. Die Kinder wurden mit dem Fischerboot ausgesetzt und mussten über lange Distanzen dem Boot schwimmend folgen, was auch tödlich ausgehen konnte. Free the Slaves – PartnerInnen in Ghana befreiten den Jungen schließlich. Nun wünscht er sich die Chance, zur Schule gehen zu dürfen. (Vgl. Success Stories 3, Free the Slaves 2009)

Die Fallbeispiele aus verschiedenen Regionen der Welt haben trotz der unterschiedlichen Formen von Ausbeutung Gemeinsamkeiten. Die Opfer werden durch Lügen und falsche Versprechungen in die Sklavereifalle gelockt. Sie haben Hoffnung auf ein besseres Leben und erfahren stattdessen schlimmste Ausbeutung. Physische Gewalt und Drohungen sind gemeinsame Erfahrungen der Opfer. Was jedoch aus den Berichten der befreiten SklavInnen deutlich hervorgeht, ist, dass sie neue Hoffnung durch ihre Freiheit gefunden haben. Sie haben wieder Träume und Ziele. Sie wünschen sich Arbeit oder Ausbildung und wollen durch ihre Berichte auf die Situation jener aufmerksam machen, die nach wie vor in Sklaverei leben müssen. Die Berichte, welche Free the Slaves sammelt, verdeutlichen die kollektive und die individuelle Not der modernen SklavInnen. Sie sollen zur Mitarbeit im Kampf gegen moderne Sklaverei anregen.

Eine jüngere INGO, welche sich für die Abschaffung moderner Sklaverei einsetzt, ist CAST (Coalition to Abolish Slavery and Trafficking). Die Organisation kooperiert mit anderen INGOs, wie auch mit Free the Slaves. Die Organisation wurde 1998 gegründet. Auslöser war die Aufdeckung eines Falles moderner Sklaverei in der Bekleidungsindustrie. 72 Thais waren acht Jahre lang festgehalten worden in Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Nach Bekanntwerden dieses Falles realisierte die Gründerin von CAST, Kathryn MacMahon die Notwendigkeit von einem Engagement gegen das Wiederaufkommen von Sklaverei in unserer

eigenen Nachbarschaft. Ihren Sitz als multi-ethnische, multi-linguale Menschenrechtsorganisation hat CAST heute in Los Angeles. Inzwischen ist die Organisation national und international bekannt für ihren Einsatz gegen Trafficking, die Mobilisierung von Menschen mit dem Ziel, Trafficking zu erkennen und zu verurteilen und gemeinsam dagegen vorzugehen und für die Bereitstellung von Leistungen für die Opfer von Trafficking und moderner Sklaverei. Die Angebote für Opfer reichen von sozialen Dienstleistungen bis zu Rechtsberatung, sie sehen sich als Anlaufstelle und ermöglichen Kontakte. Auch als erstes Notquartier für Opfer stellt CAST sich zur Verfügung. (Vgl. CAST History 2009) Die Wege über welche die Opfer zu CAST gelangen, sind völlig unterschiedlich. Manche werden von lokalen Organisationen an CAST weiterverwiesen, andere von Exekutivorganen. Andere werden von privaten HelferInnen zu CAST gebracht oder sie finden die Organisation selbst. Das Personal hilft bei der Organisation von allem Lebensnotwendigen. Dazu gehören Schlafplatz, Kleidung, Essen und Sicherheit. Es wird erhoben, wie die Sicherheit des Opfers am besten gewährleistet werden kann und welche Informationen und welchen Beistand das Opfer braucht. Die Arbeit von CAST unterscheidet sich von anderen Organisationen insofern, als sie soziale und rechtliche Beratung, sowie Obdach für Betroffene unter einem Dach anbieten, während andere Organisationen in der Regel nur eines dieser Services anbieten. Die Sozialleistungen zielen darauf ab, den Opfern nach Jahren des Missbrauchs Unabhängigkeit zu ermöglichen. Neben der Bereitstellung von einer Grundversorgung und einer umfangreichen Beratung, die auf den individuellen Fall abgestimmt wird, umfassen die Sozialleistungen auch Services, welche die mentale Gesundheit und das Wohlbefinden steigern. Dazu gehören verschiedene Therapieformen genauso wie Berufsberatung. Auch nicht-westliche Therapieformen werden angeboten, um eine der Kultur des Opfers entsprechende Heilung zu ermöglichen. Außerdem gibt es verschiedene Ausbildungsangebote, welche einen Berufseinstieg der Opfer erleichtern sollen. Das angebotene Obdach bei CAST umfasst ein bestimmtes Angebot. Ziel ist es, durch den Schutz und die Geborgenheit den Heilungsprozess der traumatisierten Opfer voranzutreiben und sie dabei zu unterstützen, eigene Pläne für die Zukunft zu gestalten. Bei der Rechtsberatung gibt es ebenfalls spezifische Schwerpunkte in der Arbeit von CAST. Dazu gehören die Vorbereitung auf Prozesse, die rechtliche Vertretung bei Abschiebungsprozessen, Zeugenschutz

und die Sicherung von Anspruch auf Flüchtlingsbeihilfe. (Vgl. Services for Survivors, CAST 2009)

Eine vieldiskutierte Strategie ist das Freikaufen von SklavInnen. Im Rahmen dieser Strategie werden SklavInnen nur gekauft, um dem Individuum Freiheit zu schenken. Diese Praktik ist nicht neu, sondern existiert parallel zur Sklaverei in der Geschichte schon lange. KritikerInnen weisen darauf hin, dass durch das Freikaufen von SklavInnen jedoch der Markt weiterhin besteht, da es sich um eine Form der Nachfrage handelt. Somit würden solange Menschen SklavInnen freikaufen auch neue Menschen versklavt und die Sklaverei noch gefördert werden. (Vgl. Bales/Cornell 2008: 103-105) Hier möchte ich darauf hinweisen, dass es zu einer Differenzierung zwischen der Unterstützung von Individuen, die als SklavInnen leben und der Prävention von Sklaverei als Praktik kommen muss. Denn das Freikaufen eines Sklaven oder einer Sklavin hilft dieser Person und ermöglicht ihr ein Leben in Freiheit. Dennoch ist es kein Schritt gegen Sklaverei als institutionalisierte Vorgehensweise. Die Unterstützung von Einzelnen und der Kampf gegen Sklaverei als weltweite Praktik können parallel ablaufen, wichtig ist die Reflexion über die eigenen Ziele bei der Umsetzung von Arbeit gegen Sklaverei.

Einen ganz anderen Aspekt bei der Abschaffung von Sklaverei bringt McGill in dem Buch „Human Traffic-Sex, Slaves, Immigration“ zur Sprache. Mitglieder wichtiger, internationaler politischer Institutionen wie der Europäischen Union, der NATO oder der Vereinten Nationen sind nicht nur mit der Abschaffung moderner Sklaverei befasst durch ihre politische Tätigkeit. Sie sind auch wichtige Kunden der Sexsklavinnen in den Bordellen. Besonders heikel hierbei ist, dass diese Kunden durch ihren Status vor Konsequenzen weitgehend geschützt sind und deshalb auf ihren beruflichen Reisen oft die Dienste der unfreiwilligen Prostituierten in Anspruch nehmen. (Vgl. McGill 2003: 84)

* * *

Neben politischen internationalen Organisationen sind auch INGOS und interessierte Privatpersonen sehr engagiert gegen moderne Sklaverei. Verschiedene große INGOS stellen ihre Arbeit und ihre Ansätze gegen moderne Sklaverei im Internet vor. Obwohl sie oft eigene Konzepte und Zielsetzungen haben, verweisen

sie häufig auch auf die Arbeit von ILO und UN. Bei der Nennung von Zahlen zu Verbreitung moderner Sklaverei wird häufig auf von der ILO erhobene Zahlen zurückgegriffen, was ein Hinweis darauf ist, dass die Arbeit der ILO von den INGOs durchaus geschätzt wird, auch wenn sie vor allem in Hinblick auf ihre praktische Umsetzung zugleich oft kritisiert wird.

Anti-Slavery International ist eine INGO, die bereits auf eine lange Geschichte und viel Erfahrung im Kampf gegen Sklaverei zurückblicken kann. Jünger sind ihre Tochterorganisation Free the Slaves und die Partnerorganisation CAST. Gemeinsam haben die Organisationen, dass sie auf verschiedenen Ebenen arbeiten. Sie wollen einerseits die öffentliche Aufmerksamkeit für moderne Sklaverei wecken und Leute zur Mitarbeit ermutigen. Andererseits leisten sie auch in zahlreichen lokalen Projekten praktische Arbeit bei der Befreiung von SklavInnen und der Betreuung ehemaliger SklavInnen. Die Organisationen veröffentlichen die Lebensgeschichten ehemaliger SklavInnen, die schildern wie sie in die Fall der Sklaverei gerieten, wie sie ausgebeutet und schließlich befreit wurden und wie ihr neues Leben in Freiheit gestaltet ist und welche Zukunftspläne sie haben. Um ihre Projekte fortführen zu können, sind die INGOs auch auf Spenden angewiesen, für die sie ebenfalls im Internet werben. Die Organisationen haben Beschreibungen einzelner Formen moderner Sklaverei zusammengefasst, welche neben den Fallbeispielen die Verbreitung und die Diversität moderner Sklaverei unterstreichen. Interessierte können lernen, wie sie Indizien moderner Sklaverei erkennen können und wie sie Sklaverei in ihrem Umfeld verhindern können. Gerade das Engagement von couragierten Privatpersonen ist in den Lebensgeschichten der SklavInnen für die Befreiung oft ausschlaggebend. Die Betreuung durch die Organisationen umfasst ein weit reichendes Angebot. So gibt es Rechtsberatung, psychotherapeutische Beratung, Bildungsangebote, medizinische Betreuung, Grundversorgung, die das Überleben der Opfer sichern soll und Hilfe bei der sozialen Wiedereingliederung und dem Finden einer neuen Identität.

VII. Conclusio

Moderne Sklaverei ist ein globales Phänomen. Internationale politische und non-politische Organisationen finden hierin ebenso einen Konsens wie darin, dass Sklaverei abgeschafft werden muss. Der Kampf gegen moderne Sklaverei begann bereits im frühen 20. Jahrhundert mit der Entstehung des Völkerbundes. Heute entstehen Organisationen aus dem Wunsch heraus, gegen moderne Sklaverei vorzugehen.

In Hinblick auf meine erste Forschungsfrage, wie internationale Organisationen gegen moderne Sklaverei arbeiten habe ich in erster Linie differenziert zwischen politischen und non-politischen Organisationen, wobei jede Organisation ihre eigenen Prioritäten hat und es zwischen den Organisationen immer Überschneidungen und Kooperation gibt. Als Normen sind die Anti-Sklaverei-Konvention des Völkerbundes beziehungsweise der Vereinten Nationen und die Konventionen gegen Zwangsarbeit und die Konvention gegen Kinderarbeit der ILO in Kraft. Hierbei handelt es sich um keine verbindlichen Gesetze, sondern um Richtlinien, deren Einhaltung nicht durch Zwang durchzusetzen sind, wie non-politische Organisationen kritisieren. Große internationale Organisationen wie ILO und IOM leisten viel Arbeit gegen Formen moderner Sklaverei, indem sie Daten zu den Betroffenen erheben und Berichte verfassen. Diese werden veröffentlicht und an nationale Regierungen weitergegeben, welche entsprechende Maßnahmen ergreifen können. Die Funktion insbesondere der ILO ist in erster Linie eine beratende. INGOs hingegen sind vermehrt engagiert in praktischer Arbeit gegen moderne Sklaverei. Die Vielfalt an praktischen Maßnahmen gegen moderne Sklaverei wurde bereits bei der exemplarischen Beschreibung der Arbeit der von mir ausgewählten Organisationen deutlich. Einerseits ist die Medienarbeit ein wichtiger Teil des Kampfes gegen moderne Sklaverei. Öffentliche Aufmerksamkeit ist ein wirksames Mittel, um das Bewusstsein für das Unrecht moderner Sklaverei zu stärken. INGOs arbeiten auch intensiv mit ehemaligen SklavInnen zusammen. Sie sind teilweise in ihre Befreiung und Resozialisierung involviert. Auch die Publizierung von Erfahrungsberichten ist in verschiedener Hinsicht wertvoller Teil der Arbeit von INGOs. Einerseits wird betroffenen SklavInnen verdeutlicht, dass sie nicht alleine sind und sie werden ermutigt, ebenfalls für ihre Freiheit und ihre Rechte zu kämpfen. Andererseits veranschaulichen Fallbeispiele das Schicksal der SklavInnen. So wird moderne Sklaverei weniger abstrakt und leichter nachvollziehbar für nicht Betroffene, die bereit sind sich gegen moderne Sklaverei

einzusetzen. Abgesehen davon können die Aussagen der SklavInnen zur Verurteilung von TäterInnen führen und neue Schutz- und Präventionsmaßnahmen gegen moderne Sklaverei von zuständigen Institutionen getroffen werden. Die Bedeutung von Präventionsmaßnahmen wird in den aktuellen Berichten der politischen internationalen Organisationen deutlich. Regierungen und nationale Institutionen werden angeleitet, wie sie moderne Sklaverei erschweren können und wie Opfer geschützt werden können. Zur Mitarbeit angeregt werden sollen Individuen genauso, wie ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen.

Internationale Kooperation ist im Kampf gegen moderne Sklaverei essentiell. Diesen Standpunkt teilen politische und non-politische Organisationen. Die Ursachen von moderner Sklaverei sind nach Einschätzung der Organisationen wirtschaftlicher, politischer, sozialer und gesellschaftlicher Natur. Die wirtschaftlichen Gründe liegen insbesondere in dem Profit, den Einzelne von moderner Sklaverei haben. Die politischen Faktoren stehen in Zusammenhang mit mangelnder Kontrolle von Arbeitsbestimmungen und von vielen rechtlichen Grauzonen bei der Beschäftigung von Personen. Die sozialen Gründe werden in vielen Berichten besonders detailliert behandelt, es handelt sich vor allem um Armut und unzureichende Bildung, die in engen Zusammenhang mit dem Fortbestand moderner Sklaverei gebracht werden. Gesellschaftliche Strukturen ebnet auch den Weg für ein Weiterbestehen von Sklaverei, das können lokale Machtverhältnisse ebenso sein, wie traditionelle Genderbeziehungen und Traditionen von Kinderarbeit.

Die Berichte insbesondere der politischen Organisationen betonen stets positive Entwicklungen in der Abschaffung moderner Sklaverei. INGOs hingegen heben verstärkt auch die nach wie vor große Verbreitung moderner Sklaverei hervor. Obwohl die Statistiken positiver Entwicklungen Anlass zu großer Hoffnung geben, insbesondere was die schlimmsten Formen von Kinderarbeit anbelangt, ist ein Weg zur Abschaffung von Sklaverei nicht gefunden worden. Was die einzelnen Fallbeispiele allerdings belegen, ist dass die Bemühungen sich lohnen, gegen moderne Sklaverei vorzugehen und jede/r einzelne befreite SklavIn ein Erfolg ist.

Wo die Schwächen in der Bewegung der Abschaffung von Sklaverei sind, ist den Organisationen durchaus bewusst. Abhängig sind die Fortschritte von einer großen

Zahl an Faktoren, die auch mit anderen globalen Problemen in engem Zusammenhang stehen. Von Ausbeutung bedroht waren von jeher sozial und politisch schwache Gesellschaftsschichten, wie Arme, Ungebildete, Kinder, Minderheiten oder Frauen. Daran hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert. Um die Umsetzung von effizienten Maßnahmen moderner Sklaverei voranzutreiben, sind einerseits vermehrte Kooperationen zwischen Staaten, aber auch zwischen Organisationen notwendig. Andererseits muss das Problembewusstsein für moderne Sklaverei und all ihre Facetten global gesteigert werden. Derzeit sind vor allem die schlimmsten Formen von Kinderarbeit und Human Trafficking stark forciert durch die internationalen Organisationen, wie die große Zahl an Berichten und Projekten zu diesen Problematiken zeigt. Die Bedeutung des Schutzes von Kindern und ihrer Förderung wurden gegen Ende des 20. Jahrhunderts erkannt und seither angestrebt. Human Trafficking als moderne Form von SklavInnenhandel wurde erst im vergangenen Jahrzehnt als Kernstück moderner Sklaverei erkannt und bekämpft. Das Bewusstsein dafür entstand um die Jahrtausendwende. Das vermehrte Interesse der internationalen Organisationen an Human Trafficking ist ablesbar an der Zahl der Berichte und deren Umfang, die zu Human Trafficking verfasst wurden in der jüngsten Vergangenheit. Die Zusammenhänge zwischen Human Trafficking und Zwangsarbeit, sexueller Ausbeutung und Kinderarbeit wurden erkannt und werden in der Präventionsarbeit verstärkt berücksichtigt. Wirksame Maßnahmen können nur durch gute Kooperation und die Verknüpfung von Bereichen der Arbeit internationaler Organisationen und Institutionen eingesetzt werden. Um moderner Sklaverei ein Ende zu bereiten müssen Taten den Versprechen folgen, welche VertreterInnen von UN und ILO, aber auch RegierungsvertreterInnen schon lange Zeit geben.

Meiner Einschätzung nach ist das Bewusstsein der zuständigen Institutionen bereits geschärft für das Problem moderner Sklaverei und es gab in den letzten beiden Jahrzehnten viele, wirkungsvolle Ansätze, gegen moderne Sklaverei vorzugehen. Nun gilt es, diese noch vermehrt zu verfolgen und zu erkennen, dass nicht nur aus moralischer Perspektive moderne Sklaverei abgeschafft werden sollte, sondern durchaus auch die Wirtschaft davon profitieren kann. Freie Arbeit mit fairen Löhnen und ein besseres Bildungssystem wären zugleich auch ein Schritt gegen das weltweite Ungleichgewicht von arm und reich. Mit diesem Ungleichgewicht steht auch die Existenz moderner Sklaverei in engem Zusammenhang. Durch die

Abhängigkeit armer, sozial schwacher Schichten kommt es immer wieder zu Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch Formen moderner Sklaverei. Was die Berichte der internationalen Organisationen sehr deutlich machen, ist die Globalität moderner Sklaverei. Es wird durch die regionale Behandlung der Verbreitung von einzelnen Formen moderner Sklaverei und von Human Trafficking wird sehr klar erkennbar, dass moderne Sklaverei kein Problem einiger armer, so genannter rückständiger Staaten ist, sondern eine globale, gesellschaftliche Erscheinung in Zusammenhang mit den ungleichen Machtstrukturen der Welt und der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Bildungschancen. Sobald SklavInnen Zugang zu Information über ihre Rechte bekommen, bemühen sie sich um eine Verbesserung ihrer Situation und lokale Machtverhältnisse verändern sich, was auch auf die globalen Machtstrukturen Auswirkungen hat. Dies muss unbedingt verstärkte Berücksichtigung erlangen bei der Arbeit gegen moderne Sklaverei im 21. Jahrhundert.

Abkürzungsverzeichnis

CACT = Campaign against Child Trafficking

CAST = Coalition to Abolish Slavery and Trafficking

ICFTU = International Confederation of Free Trade Unions

ILO = International Labour Organisation

IOM = International Organisation for Migration

UN = United Nations

UNICEF = United Nations Children's Fund

UNO = United Nations Organization

UNODC = United Nations Office on Drugs and Crime

Quellen- und Literaturverzeichnis

Primärquellen

AIDP:

Landesgruppe Österreich der Internationalen Strafrechtsgesellschaft (AIDP) und Österreichischer Juristenverband: Menschenhandel – Herausforderungen und Bekämpfungsstrategien. Symposium am 25. April 2008 im Kleinen Festsaal des Bundesministeriums für Justiz in Wien

Baumann, Ginny: From the Frontline. How to Recognize. Washington 2004.

www.freetheslaves.net

Zuletzt aufgerufen am 13.08.2009

CACT: Children bought and sold. We can stop it. Campaign Against Child Trafficking. Neu Delhi 2003. Centre for Child Rights

ILO: Convention No. 029, Genf 1930

ILO: Convention No. 105, Genf 1957

ILO: Convention No. 182, Genf 1999

ILO: ILOLEX Report No. 252007G04, 2007. Eradication of forced labour

[http://www.ilo.org/ilolex/cgi-](http://www.ilo.org/ilolex/cgi-lex/pdconv.pl?host=status01&textbase=iloeng&document=221&chapter=25&query=%28%23docno%3D252007G%2A%29+%40ref&highlight=&querytype=bool&context=0)

[lex/pdconv.pl?host=status01&textbase=iloeng&document=221&chapter=25&query=%28%23docno%3D252007G%2A%29+%40ref&highlight=&querytype=bool&context=0](http://www.ilo.org/ilolex/cgi-lex/pdconv.pl?host=status01&textbase=iloeng&document=221&chapter=25&query=%28%23docno%3D252007G%2A%29+%40ref&highlight=&querytype=bool&context=0)

Zuletzt aufgerufen am: 18.04.2009

ILO: A Global Alliance against Forced Labour. Global Report under the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights on Work. Genf 2005.

International Labour Conference 93rd session 2005

ILO: Das Ende der Kinderarbeit – Zum Greifen nah. Genf 2006.

Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, Internationale Arbeitskonferenz

ILO: The Cost of Coercion. Global Report under the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights on Work. Genf 2009. International Labour Conference 98th session 2009

IOM: World Migration Report. Genf 2008. Vol. 4 IOM World Migration Report Series

UN: Fact Sheet No.14. Contemporary Forms of Slavery. Genf 1991

UNODC: Global Report on Human Trafficking. Genf 2009.

Sekundärliteratur

Anti-Slavery International/ICFTU: Forced Labour in the 21st Century. Sussex. Evonprint

Bales, Kevin: Ending Slavery. How We Free Today's Slaves. Berkeley 2007. University of California Press

Bales, Kevin/Cornell, Becky: Moderne Sklaverei. Hildesheim 2008. Gerstenberg Verlag

Cabanes, Robert: Family versus the Logic of the Market. In: Schlemmer, Bernard (Hg): The Exploited Child. New York 2000. Zed Books. S. 263-267

Dottridge, Mike: Trafficking in Children. In: Erdelmann, Anna (Hg.): Challenging Trafficking in Persons. Theoretical Debate & Practical Approach. Baden-Baden 2005. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Sector Project Against Trafficking in Women. Nomos Verlagsgesellschaft. S. 50-57

Dottridge, Mike: Child Trafficking for Sexual Purposes. Rio de Janeiro 2008. 3rd World Congress against Sexual Exploitation of Children and Adolescents. ECPAT International

Kara, Siddharth: Sex Trafficking. Inside the Business of Modern Slavery. New York 2009. Columbia University Press

Kelly, Liz: "You Can Find Anything You Want": A Critical Reflection on Research on Trafficking in Persons within and into Europe. In: Laczlo, Frank: Data and Research on Human Trafficking: A Global Survey. Offprint of the Special Issue of International Migration Vol. 43 (1/2) 2005. Genf 2005. International Organization for Migration. S. 235- 265

Lange, Marie-France: The Demand for Labour within the Household: Child Labour in Togo. In: Schlemmer, Bernard (Hg): The Exploited Child. New York 2000. Zed Books. S. 268-277

Laczlo, Frank: Data and Research on Human Trafficking: A Global Survey. Offprint of the Special Issue of International Migration Vol. 43 (1/2) 2005. Genf 2005. International Organization for Migration

Maul, Daniel: Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940-1970. Essen 2007. Klartext Verlag.

McGill, Craig: Human Traffic. Sex, Slaves and Immigration. London 2003 Vision Paperbacks

Meillassoux, Claude: Looking Ahead: A General Conclusion. In: Schlemmer, Bernard (Hg): The Exploited Child. New York 2000. Zed Books. S. 315- 329

Mertus, Julie A.: The United Nations and the Human Rights. A guide for a new era. Oxon 2005. Routledge. Global Institutions

Oberloher, Robert F.: Moderne Sklaverei im OK-Netz. Effiziente OK-Konfrontation mittels koordiniert-kooperativer Mehrebenenpolitik. Wien 2003. WUV Universitätsverlag

Schlemmer, Bernard (Hg.): The Exploited Child. New York 2000. Zed Books

Senghaas-Knobloch, Eva/Dirks, Jan/Liese, Andrea: Internationale Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung. Politisch-organisatorisches Lernen in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Münster 2003. LIT Verlag. Arbeitsgestaltung- Technikbewertung- Zukunft Bd. 17

Skinner, E. Benjamin: A Crime So Monstrous. A shocking exposé of modern-day sex slavery, human trafficking and urban child markets. Edinburgh 2008. Mainstream Publishing Company

Zimmermann, Susan: Sonderumstände in Genf. Die ILO und die Welt der nicht-metropolitanen Arbeit in der Zwischenkriegszeit. In: Fischer, Karin/Zimmermann, Susan: Internationalismen. Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 2008. Promedia Verlag & Südwind

Sonstige Online-Dokumente

Anti Slavery International: The history of Anti-Slavery International.
<http://www.antislavery.org/homepage/antislavery/history.htm>
Zuletzt aufgerufen am 13.08.2009

Coalition to Abolish Slavery and Trafficking <http://www.castla.org/>
Zuletzt aufgerufen am 13.08.2009

Free the Slaves: www.freetheslaves.net
Zuletzt aufgerufen am 13.08.2009

Services for Survivors, CAST
<http://www.castla.org/client-services-program>
Zuletzt aufgerufen am 2.8.2009

CAST History
<http://www.castla.org/history>
Zuletzt aufgerufen am 2.8.2009

Success Stories 3, Free the Slaves
<https://www.freetheslaves.net/SSLPage.aspx?pid=378>
Zuletzt aufgerufen am 1.8.2009

Success Stories 2, Free the Slaves

<https://www.freetheslaves.net/SSLPage.aspx?pid=250>

Zuletzt aufgerufen am 31.7.2009

Success Stories 1, Free the Slaves

<https://www.freetheslaves.net/SSLPage.aspx?pid=238>

Zuletzt aufgerufen am 31.7.2009

Ending Slavery, International Organizations, Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=331>

Zuletzt aufgerufen am 31.7.2009

Ending Slavery, Businesses, Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=333>

Zuletzt aufgerufen am 31.7.2009

Ending Slavery, Communities, Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=334>

Zuletzt aufgerufen am 30.7.2009

Ending Slavery, Governments, Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=330>

Zuletzt aufgerufen am 20.7.2009

Children without Parental Care, UNICEF 2007

http://www.unicef.org/protection/index_orphans.html

Zuletzt aufgerufen am 14.7.2009

Welttag gegen Kinderarbeit 2009, ILO

<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles/wdacl2009.htm>

Zuletzt aufgerufen am 11.7.2009

How you can help, Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=298>

Zuletzt aufgerufen am 6.7.2009

Slavery and What We Buy, Anti-Slavery International

http://www.antislavery.org/english/slavery_today/slavery_and_what_we_buy.aspx

Zuletzt aufgerufen am 5.7.2009

Slavery and the supply chain, Anti-Slavery International

Programm von Anti-Slavery International

http://www.antislavery.org/english/what_we_do/programme_and_advocacy_work/programme_and_advocacy_team.aspx

Zuletzt aufgerufen: 3.7.2009

Erfolge von Anti-Slavery International

http://www.antislavery.org/english/what_we_do/outcomes.aspx

Zuletzt aufgerufen: 3.7.2009

Definition zu Zwangsarbeit von Anti-Slavery International

http://www.antislavery.org/english/slavery_today/forced_labour.aspx

Zuletzt aufgerufen: 1.7.2009

Definition moderner Sklaverei von Anti-Slavery International
<http://www.antislavery.org/homepage/antislavery/modern.htm>

Zuletzt aufgerufen: 13.6.2009

Prinzipien von Free the Slaves

<http://www.freetheslaves.net/Page.aspx?pid=285>

Zuletzt aufgerufen: 11.4. 2009

Ratifikation der wichtigsten ILO-Konventionen 2009

<http://www.ilo.org/ilolex/english/docs/declworld.htm>

Zuletzt aufgerufen: 11.4.2009

Zusammenfassung

Moderne Sklaverei war in den 1990er Jahren und seit Beginn des 21. Jahrhunderts für internationale Organisationen ein wichtiges Thema. Es entstand ein breiter Diskurs über die möglichen Maßnahmen zur Abschaffung von Sklaverei. Meist wird in den Berichten eine Form der modernen Sklaverei fokussiert. Jene Formen, auf die in dieser Arbeit intensiv eingegangen wird sind Zwangsarbeit, Human Trafficking und Kinderarbeit.

Den Beginn der Arbeit stellt ein Kapitel über verschiedene Definitionen moderner Sklaverei, dann werden Maßnahmen politischer und non-politischer internationaler Organisationen behandelt. Es soll erhoben werden, welche Unterschiede es in der Arbeit zwischen politischen und non-politischen Organisationen bei der Bekämpfung moderner Sklaverei gibt und welche Entwicklungen zur Abschaffung moderner Sklaverei die Organisationen in den letzten Jahren wahrnahmen.

Um die einzelnen Maßnahmen zur Abschaffung und Bekämpfung von Sklaverei besser nachvollziehbar zu machen, gehe ich auch auf die einzelnen Formen moderner Sklaverei, ihr regionales Vorkommen und ihre Ursachen ein. Der Kontext bleibt dabei die Arbeit internationaler Organisationen, ihre Berichte und Einschätzungen.

In Hinblick auf die Abschaffung moderner Sklaverei gibt es durchaus essentielle Fortschritte. So gab es insbesondere in den letzten Jahren forcierte Kooperation zwischen Staaten, internationalen Organisationen und Institutionen, um Human Trafficking zu bekämpfen. Die Erkenntnis, dass internationale Zusammenarbeit unvermeidlich ist, wenn wirksam gegen Human Trafficking als Bindeglied zwischen Angebot und Nachfrage nach SklavInnen vorgegangen werden soll, war also sehr bedeutsam. Damit wurde auch die Globalität moderner Sklaverei verstärkt wahrgenommen, anstatt sie als Phänomen armer Länder zu betrachten. Tatsächlich belegen die Berichte internationaler Organisationen, dass moderne Sklaverei auf allen Kontinenten bis heute zu finden ist.

Die Abschaffung moderner Sklaverei als Prozess geht dennoch sehr langsam vonstatten. Oft sind die Strukturen innerhalb der politischen, internationalen Organisationen behindernd bei der Umsetzung von Maßnahmen. Zudem ist eine Abschaffung moderner Sklaverei letzten Endes abhängig von der Bereitschaft der Nationalstaaten, entsprechende Gesetze zu verabschieden und diese auch

durchzusetzen beziehungsweise die Nicht-Einhaltung zu sanktionieren. Des Weiteren ist die Einbeziehung der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen sehr relevant. Um moderne Sklaverei abzuschaffen, müsste ein Umdenken stattfinden, was den Wert von ArbeitnehmerInnen angeht und Profit der Unternehmen müsste durch bessere Ausbildung und Förderung der ArbeitnehmerInnen, statt durch deren Ausbeutung realisiert zu werden.

Abstract

Slavery remains a problem in the 21st century. My focus is on strategies of abolition and prevention of modern slavery.

The main part of my thesis is how different organizations work today against slavery, what the history of prevention work in the 20th century is like and which structures support modern slavery. I analyze and compare the work of chosen organizations by dealing with the original texts published by the organizations and further by using publications of experts how to work against modern slavery. To describe the most important strategies against today's slavery, I mention some of the variations of modern slavery as well, to give some impression about the current situation of the distribution of slavery in the world.

The first part of my thesis concentrates on existing forms of slavery today and various definitions.

The second part of my work is research on official documents against slavery, slave trade and forced labour, published by the UN, International Labour Organization and International Organization for Migration. I analyze these conventions and reports and have a critical view on the efficiency of the reported measures.

In the next chapter I attend to specific INGO's and their strategies against slavery.

I work out the difficulties on prevention of slavery in current years. Since more than 200 years the process of abolition of slavery is ongoing and I notice the developments of this process in the 20th and 21st century.

The problematic of slavery in current times and in the present is global. Slavery is imbedded in international processes and structures. The work of preventing slavery, which I am focussing in my thesis, is partly dependent on international cooperation. My main interest is the prevention work in the last 20 years, its success and how to deal with slavery in the future. Further, most important international decisions

against slavery are suited in the course of the 20th century and not exclusively in the last years.

International organizations are engaged in socio-political questions in the last hundred years. For the set of problems of slavery, forced labour and compulsory labour the United Nations and the International Labour Organization are relevant and I have chosen them for an analysis of their most important conventions and campaigns against slavery.

It seems important to me, to have another focus on NGOs, which have a long tradition in their engagement against slavery and are still working on the prevention of slavery worldwide. They offer different strategies on the fight against slavery, like preparing information, working directly with former slaves or put some pressure on governments and employers, to change working conditions.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Angelika Maria Löhr, geb. Partl

E-Mail: angelika.loehr@tele2.at

Geboren am 8. April 1985 in Wien

Österreichische Staatsbürgerin

Bildungslaufbahn

1991-1995: Volksschule I Korneuburg

1995-2003: Bundesgymnasium XXI., Bertha von Suttner

4.Juni 2003 Reifeprüfung, Nominierung für den „Fred Schneider Award 2003“ für eine Fachbereichsarbeit in Geschichte mit dem Titel „Zwischen Widerstand und Fanatismus- Frauenrollen im Nationalsozialismus“

30.05.2007 Abschluss des Studiums der Kultur- und Sozialanthropologie mit Auszeichnung

Titel der Diplomarbeit im Fach Kultur- und Sozialanthropologie: „Genderrollen im Zeitalter moderner Geburtenkontrolle- Geburtenfördernde und geburtenverhindernde Technologien unter besonderer Berücksichtigung der Genderverhältnisse“

Berufliche Tätigkeiten

Juli 2000 Ferialpraxis Caritas Betreuen und Pflegen Zuhause als Bürovertretung

August 2001 Ferialpraxis Caritas Zentrale als Bürovertretung

Juli 2002 Ferialpraxis im Dom- und Diözesanmuseum der Erzdiözese Wien

September 2003 bis Mai 2004 Assistentin beim Sportverein ATUS Korneuburg, bei den Gruppen Kleinkinder und Aktion Jugendsport- Kinderturnen

September 2004 bis Juni 2005 Leiterin der beiden Gruppen beim ATUS Korneuburg

Ehrenamtliche Gruppenleiterin der Jungschar Korneuburg 2001- 2004

September 2007 bis September 2008 CO-Trainerin für Gym-4-All bei Union Leopoldau

April bis Juni 2009 geringfügig Beschäftigte im Mutter-Kind-Haus der Caritas